

Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts:
Arbeitsbereich Soziologie

Lina Verschwele

Zwischen Repression und Dialog.
Bekämpfung politischer Gewalt am Beispiel
der russischen Teilrepublik Kabardino-
Balkarien

1/2018

Freie Universität Berlin

Arbeitspapiere 1/2018

Abteilung Soziologie am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin

Lina Verschwele

Zwischen Repression und Dialog. Bekämpfung politischer Gewalt am Beispiel der russischen Teilrepublik Kabardino-Balkarien

ISSN 1864-533X

Lina Verschwele (2018) Zwischen Repression und Dialog. Bekämpfung politischer Gewalt am Beispiel der russischen Teilrepublik Kabardino-Balkarien. Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts (Abteilung Soziologie) 1/2018, Freie Universität Berlin 2018.

Impressum

© bei den AutorInnen

Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts, Freie Universität Berlin

Abteilung Soziologie

Garyastraße 55

14195 Berlin

Internet:

<http://www.oei.fu-berlin.de/soziologie/index.html>

Redaktion: Julia Glathe

julia.glathe@fu-berlin.de

Lektorat/Layout: Lennart Jürgensen

l.juergensen@fu-berlin.de

Zwischen Repression und Dialog. Bekämpfung politischer Gewalt am Beispiel der russischen Teilrepublik Kabardino-Balkarien

Informationen zur Autorin:

Lina Verschwele

Master Osteuropastudien, Schwerpunkt Soziologie

lina.verschwele@gmx.de

Lina Verschwele hat von 2014 bis 2017 an der Freien Universität Osteuropastudien studiert. Für ihre Masterarbeit verbrachte sie drei Monate in Naltschik, um dort Interviews für ihre Abschlussarbeit zu führen. In Russland hat sie darüber hinaus verschiedene Praktika und Austauschprogramme absolviert. Ihre Studienschwerpunkte liegen im Bereich der Konflikt- und Radikalisierungsforschung sowie in der Religionssoziologie.

Zusammenfassung:

Die vorliegende Master-Arbeit beleuchtet den Rückgang aufständischer Gewalt in Russland am Beispiel der Teilrepublik Kabardino-Balkarien. Ausgehend vom Ausbruch massiver Gewalt im Jahr 2005 analysiert sie den Einfluss staatlicher Maßnahmen zur Gewaltprävention und Aufstandsbekämpfung. Sie konzentriert sich dabei auf vier Variablen: sozioökonomische Stabilisierung, Zwangsmaßnahmen, Ansätze des innenpolitischen Dialogs und die Externalisierung aufständischer Gewalt. Es wird argumentiert, dass nur ein Zusammenspiel aus allen vier Faktoren den Rückgang dieser Gewalt erklären kann. Eine besondere Rolle spielte jedoch die Externalisierung des Konflikts, da die Gewalt vor Ort durch forcierte Ausreisen nach Syrien deutlich abnahm. Ambivalent wirkten sich dagegen die staatlichen Wirtschaftsprogramme aus. Zwar führten diese statistisch betrachtet zu weniger Arbeitslosigkeit und höheren Einkommen, gleichwohl sahen die interviewten ExpertInnen staatliche Subventionen eher als Instrumente wachsender Ungleichheit, Korruption und Klientelismus.

Abstract:

This master-thesis sheds light on the reduction of insurgent violence in the Russian Republic of Kabardino-Balkaria. Starting with 2005's massive escalation, it analyses state measures to prevent violence and fight insurgency movements. The paper focuses on four variables: socio-economic stabilization, coercive measures, domestic dialogue and the externalization of insurgent violence. It will be argued, that an interplay of all four factors led to the reduction of insurgent violence in Kabardino-Balkaria. However, special attention shall be paid to the externalization of violence, since the latter reduced significantly due to increasing departures of insurgents to Syria. The effects of state measures to stabilize the economy have proven ambivalent: Though statistically, these led to less unemployment and higher income, the interviewed experts interpreted state subsidies as crucial instruments of growing inequality, corruption and clientelism.

Keywords:

Aufstand, Radikalisierung, Prävention, COIN, Nordkaukasus, Kabardino-Balkarien, IS, Kaukasus-Emirat; Insurgency, Radicalization, Prevention, COIN, North Caucasus, Kabardino-Balkaria, IS, Caucasus-Emirate

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
2. Methodik, Untersuchungszeitraum und Fallauswahl.....	5
3. Theorien zu politischer Gewalt und Stabilisierungsstrategien in Aufstandsgebieten.....	11
3.1 Ursachen auf der Makroebene	15
3.2 Ursachen auf der Mesoebene	18
3.3 Ursachen auf der Mikroebene	22
3.4 Gegenmaßnahmen.....	23
4. Aufstandsbekämpfung im Nordkaukasus – ein geschichtlicher Abriss.....	25
4.1 Der russisch-kaukasische Krieg (1817-1864).....	26
4.2 Aufstände in der Sowjetunion (1922-1991).....	28
4.3 Aufstandsbekämpfung in Russland: 1991-2016	30
5. Eskalation in Kabardino-Balkarien: Repression, Aufstand und Prävention zwischen 2005 und 2016	37
6. Stabilisierungsfaktoren nach dem Aufstand in Nalchik 2005	43
6.1 Sozioökonomische Stabilisierungsversuche.....	43
6.1.1 Gesetzliche Grundlagen und staatliche Maßnahmen.....	43
6.1.2 Auswirkungen auf Kabardino-Balkarien	47
6.1.3 Zwischenfazit.....	52
6.2 Zwangsmaßnahmen	54
6.2.1 Gesetzliche Grundlagen und staatliche Maßnahmen	54
6.2.2 Auswirkungen auf Kabardino-Balkarien	57
6.2.3 Zwischenfazit.....	63
6.3 Dialogprogramme	63
6.3.1 Gesetzliche Grundlagen und staatliche Maßnahmen.....	63
6.3.2 Auswirkungen auf Kabardino-Balkarien	66
6.3.3 Zwischenfazit.....	75
6.4 Externalisierung des Konflikts	76
6.4.1 Gesetzliche Grundlagen und staatliche Maßnahmen	76
6.4.2 Entwicklungen in Kabardino-Balkarien.....	80
6.4.3 Zwischenfazit.....	82
7. Fazit und Ausblick	82
8. Literatur.....	88
9. Anhang.....	95

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Getötete Personen nach Republiken*	32
Tabelle 2 Getötete Personen im Untersuchungszeitraum	37
Tabelle 3 Arbeitslosigkeit in Kabardino-Balkarien 2005-2016.....	47
Tabelle 4 Realer Lohnzuwachs 2005-2014	48
Tabelle 5 Anteil der Bevölkerung mit Einkommen unterhalb des Existenzminimums.....	48
Tabelle 6 Getötete im Untersuchungszeitraum	59

Abkürzungsverzeichnis und Erläuterungen

Adyge Khase: Zivilgesellschaftliche Organisation, die insbesondere in den 90er Jahren tscherkessische Anliegen im Nordkaukasus vertrat (vgl. Kapitel 5)

ATK: Anti-Terror-Komitee (regionale Unterabteilung des NAK)

COIN: Counter-Insurgency (Aufstandsbekämpfung)

DUM: Dukhovnoe Upravlenie Musulman (Духовное управление мусульман), offizielle Vertretung der Muslime in Russland bzw. in den jeweiligen Republiken

FSB: Federalnaya Sluzhba Bezopasnosti (Федеральная Служба Безопасности), Inlandsgeheimdienst der Russischen Föderation

Gazavat: Bewaffneter Kampf für den Islam (vgl. Kapitel 4.1.)

IS/ ISIS: sogenannter Islamischer Staat, Terrororganisation, die vor allem in Syrien und Irak aktiv ist

Kadi: Islamischer Richter

KBR: Kabardino-Balkarien

KE: Kaukasus-Emirat (vgl. Kapitel 4.3)

Krai: Administrative Territorialeinheit in der Russischen Föderation

KTO: Konter-Terroristische Operation (vgl. Kapitel 4.3)

Minkavkaz: Föderales Ministerium für den Nordkaukasus

Mufti: Hochrangiger Gläubiger, in Russland der Vorstand der DUM (ggf. der jeweiligen Republik)

MVD: Ministerstvo Vnutrennykh Del (Министерство внутренних дел), Innenministerium der Russischen Föderation bzw. der jeweiligen Republiken

NAK: Natsionalny Antiterroristicheskyy Komitet (Национальный антитеррористический комитет) Nationales Anti-Terror-Komitee (vgl. Kapitel 4.3.)

NCRC: Northern Caucasus Resorts Company (vgl. Kapitel 6.1.)

Siloviki: Sicherheitskräfte

SKFO: Severo-Kavkazkiy Federalny Okrug (Северо-Кавказский федеральный округ), Nordkaukasischer Föderalbezirk bestehend aus den Republiken Dagestan, Tschetschenien,

Inguschetien, Nordossetien, Kabardino-Balkarien, Karatschai-Tscherkessien und dem Stavropolskiy Kray

Speznaz: (Спецназ, подразделение специального назначения) Sondereinsatzkräfte

Vilayat: Bezeichnung Aufständischer für regionale Verwaltungseinheit

Karte der Region



Quelle: Mike Shand/ ICG

1. Einleitung

Seit dem Zerfall der Sowjetunion haben Terroranschläge und Aufstände in Russland über 2.100 Tote gefordert (GTD 2017). Anfangs auf Tschetschenien beschränkt, breitete sich die Gewalt schrittweise auch in den Nachbarrepubliken aus (Falkowski 2016). Spätestens mit der Geiselnahme im nord-ossetischen Beslan im Jahr 2004¹ erlangte der Nordkaukasus auch über die Landesgrenzen hinaus eine traurige Bekanntheit (Jüngling 2017). Am 13. und 14. Oktober 2005 kam es schließlich auch in der bis dahin ruhigen Republik Kabardino-Balkarien zum bewaffneten Aufstand. Unter der Führung von Anzor Astemirov stürmten rund 250 Aufständische verschiedene staatliche Behörden der Republik-Hauptstadt Nalchik². Der Angriff und seine Niederschlagung kosteten über hundert Menschen das Leben (Fagan et al. 2012; Kavkazkiy Uzel 2014a). In den Folgejahren eskalierte die Gewalt zunehmend. Zwischen 2005 und 2011 starben in Kabardino-Balkarien über 500 Menschen im bewaffneten Konflikt – das gewalttätigste Jahr war 2011, mit 129 Toten (Kavkazkiy Uzel 2017a). Während Terror seitdem weltweit zugenommen hat (GTD 2017), kam es im Nordkaukasus zu einer Wende. Zwischen 2011 und 2016 ging die Gewalt deutlich zurück. Während 2011 im gesamten Nordkaukasus noch 1378 Menschen im bewaffneten Konflikt starben, waren es 2016 nur noch 202 (Gunya 2017), 14 davon in Kabardino-Balkarien (Kavkazkiy Uzel 2017b). Zwischen 2009 und 2013 vermerkte das Nationale Antiterror Komitee einen Rückgang der terroristischen Verbrechen auf etwas über ein Fünftel³ (NAC 2014).

Die Debatte um den Rückgang der Gewalt reiht sich ein in eine lange wissenschaftliche Diskussion um die Ursachen von Radikalisierung, Aufstand und Terror. Trotz ihres langen Bestehens seit den 1970ern beschreibt die Terrorismus- und Radikalisierungsforschung noch immer ein „Kaleidoskop“ (Pisoiu 2013, 50) an Faktoren, die zur Eskalation beitragen. Die verschiedenen Ursachen politischer Gewalt sind zum Teil hart umstritten (Schmid 2013; Silke und Schmidt-Petersen 2015). Erstaunlich ist außerdem, dass diese Theorien recht wenig mit praktischer orientierten Erklärungsversuchen zum Rückgang solcher Gewalt verbunden werden⁴. Die vorliegende Arbeit geht deshalb der Forschungsfrage nach, welche staatlichen Maßnahmen zum Rückgang der aufständischen Gewalt in Kabardino-Balkarien beitrugen. Im

¹ Im nord-ossetischen Beslan überfielen am 1. September 2004 mindestens 32 TerroristInnen die Schule Nr. 1. Sie nahmen über 1.100 Geiseln. Bei der gescheiterten Befreiung am 3. September wurden mindestens 331 Menschen getötet, darunter 186 Kinder (Jüngling 2017).

² Es wird die englische Transliteration verwendet, also zum Beispiel „Nalchik“ statt wie im Deutschen „Naltschik“.

³ „On the whole, these measures result in a step by- step decrease in the terrorist activity (1030 terrorist crimes were committed in 2009, 779 crimes in 2010, 365 crimes in 2011, 316 crimes in 2012, 218 crimes in 2013“

⁴ Ausführlich dazu Kapitel drei.

Mittelpunkt der Analyse stehen die sozioökonomische Stabilisierung, Maßnahmen der Repression von und des Dialogs mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in der Republik sowie die Externalisierung aufständischer Gewalt.

Um diese bewerten zu können, braucht es zunächst eine generelle Einordnung der wichtigsten Theorien. Wissenschaftliche Arbeiten zu Radikalisierung, Terrorismus- und Aufstandsbekämpfung⁵ verorten sich je nach Ansatz auf der Makro-, Meso-, oder Mikroebene (Pisoiu 2013, 46). Die Makro-Ebene rückt dabei Desintegration und Deprivation in den Vordergrund, sie befasst sich vor allem mit sozioökonomischen und politischen Faktoren als Ursachen der Gewalt (Fagan 2014; Pisoiu 2013, 46; Ratelle 2014; Schmid 2013). VertreterInnen der Meso-Ebene deuten Gewalt dagegen als Folge sozialer Bewegungen und wirksamer ‚Frames‘ (Malthaner und Waldmann 2012; Moghadam 2009; Wiktorowicz 2004): Es wird eine „Realität von zurechenbaren Ungerechtigkeiten konstruiert, die nach gewaltsamen Taten verlangen. Bewegungsführer bilden Frames – sie beziehen sich hierbei auf individuelle Missstände, Werte und Glaubensansichten, um potenzielle Mitglieder zu überzeugen“ (Pisoiu 2013, 47).⁶ Die Mikro-Ebene wiederum stellt die Wahrnehmung und den Charakter eines Individuums in den Vordergrund (Pisoiu 2013, 50; Willems 1995). Neuere Ansätze versuchen zunehmend, die verschiedenen Ebenen miteinander zu verknüpfen und so der Komplexität des Themas eher gerecht zu werden (Crenshaw 2011; Pisoiu 2013; Schmid 2013; Stekelenburg und Klandermans 2010).

Die skizzierten Theorien lassen sich wiederum mit praxisorientierteren Arbeiten zur Aufstandsbekämpfung verbinden. Die Forschungsliteratur unterscheidet in der Regel zwei Ansätze der Counterinsurgency: elitenzentrierte und bevölkerungsorientierte Maßnahmen (Koehler et al. 2016). Auch die Counterinsurgency-Forschung ist dabei geprägt durch eine Entweder-Oder-Debatte. Jüngere Arbeiten vertreten aber zunehmend den Standpunkt, dass es sowohl eliten- als auch bevölkerungsorientierte Maßnahmen zu beachten gilt (ebd., 370).

Meine Arbeit folgt deshalb dem Ansatz von Stekelenburg und Klandermans (2010). Die beiden AutorInnen verbinden die Makro- mit der Meso-Ebene, in dem sie radikale Mobilisierung als Angebot-Nachfrage-Prinzip beschreiben: Das Gefühl der Benachteiligung werde einerseits durch Eliten geschürt, andererseits von der Bevölkerung nachgefragt, weil diese durch gefühlte

⁵ Eine Definition und Abgrenzung aller relevanten Begriffe erfolgt in Kapitel drei.

⁶ Theorien, wonach eine bestimmte Ideologie *Ursache* für Aufstände sei oder gar die These, der Islam an sich berge grundsätzlich ein höheres Gewaltpotenzial (vgl. Meyer 1989) sind dagegen nicht nur ethisch fragwürdig, sondern auch empirisch eindeutig widerlegt (Fagan et al. 2012, 7; Schmidinger und Al-Hassan Diaw 2015) (Fagan/Markedonov/Zhemukov 2012: 7, Schmidinger/Al-Hassan Diaw 2015). Sinnvoller erscheint es, Islamismus nicht als Ursache, sondern als Instrument von Mobilisierung zu interpretieren (Pisoiu 2013, 50ff.).

und tatsächliche Benachteiligung oder ‚grievances‘ betroffen ist (Stekelenburg und Klandermans 2010, 7).

Der Nordkaukasus ist mit Blick auf die theoretischen Debatten besonders interessant, weil dort verschiedenste Stabilisierungsstrategien angewandt werden. Gleichzeitig wurden diese bislang wissenschaftlich kaum beachtet – wie Kapitel drei und vier zeigen. Obwohl formal alle Nordkaukasus-Republiken der Regierung in Moskau unterstehen, verfolgten und verfolgen sie zum Teil widersprüchliche Ansätze (Koehler et al. 2016). Von wirtschaftlichen Reformversuchen über Ansätze des religiösen Dialogs bis hin zu weitreichender Repression “neuer Muslime”⁷ und forcierten Ausreisen von Jihadisten in den Nahen Osten lässt sich ein breites Spektrum an Stabilisierungsversuchen betrachten (Falkowski 2014, 2016; Halbach und Isaeva 2015; ICG Group 2012a). Seit dem Beginn des Syrienkrieges sind nordkaukasische Jihadisten⁸ Teil weltweiter Terrorstrukturen, ihre Kampfhandlungen im Ausland rückten so in den Fokus von Wissenschaft und Medien (Steinberg 2014). Die oben beschriebenen Stabilisierungsmaßnahmen im Nordkaukasus selbst erhielten dagegen wenig Aufmerksamkeit. Zwar sind die Gewaltmaßnahmen Kadyrovs in Tschetschenien durch intensive Berichterstattung auch einem breiten Publikum bekannt. Dialogversuche in anderen Republiken werden dagegen selbst unter Russland-ExpertInnen selten thematisiert, wie die spätere Literaturanalyse zeigt.

Dies verwundert in mehrfacher Hinsicht: Erstens klappt in der westlichen⁹ Forschung allgemein eine Lücke zwischen der Auseinandersetzung mit Tschetschenien und den übrigen Nordkaukasus-Republiken. Über Kabardino-Balkarien liegen aber in der westlichen wie in der russischen Forschungsliteratur nur wenige Analysen vor. Gleichwohl lassen sich in Kabardino-Balkarien innerhalb einer Spanne von zwölf Jahren stark unterschiedliche Stabilisierungsansätze beobachten. Die Republik könnte somit wegweisend für die Deradikalisierungs- und Counter-Insurgency-Forschung sein. Zweitens stellt der Nordkaukasus eine Region dar, in der sich die Wirkung verschiedener Stabilisierungsmaßnahmen unter einander relativ ähnlichen historischen, kulturellen und sozioökonomischen Bedingungen betrachten lässt (Koehler et al. 2016, 367). Drittens neigt die Terrorismusforschung dazu, in

⁷ Anders als im allgemeinen Verständnis meint der Begriff “traditioneller Islam” im Nordkaukasus gerade nicht die strenge oder geschichtstreue Auslegung religiöser Regeln, sondern einen durch sowjetische und regionale Traditionen beeinflussten Islam. Mit “neuen Muslimen” sind dagegen jene gemeint, die ihren Glauben nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion strenger am Koran und dem Hadith ausrichten wollen (Ratelle und Zhemukov 2011).

⁸ Es sind keine Kämpferinnen bekannt, deswegen verzichte ich hier auf die gegenderte Schreibweise.

⁹ Wenngleich “der Westen” als einzelner Akteur natürlich nicht existiert, werde ich den Begriff aus Pragmatischen Gründen verwenden, um Akteure aus der EU, Kanada und den USA zusammenzufassen.

Russland eher gewalt- als dialogorientierte Stabilisierungsmaßnahmen zu untersuchen¹⁰. Dies ist problematisch, da viele wissenschaftliche Arbeiten mit konkreten Empfehlungen zur Gewaltbekämpfung abschließen (ICG Group 2012a, 2012b, 2013, 2016; Kahl et al. 2011).

Ziel der Arbeit ist es deshalb, die zentralen seit 2005 angewandten Stabilisierungsstrategien in Kabardino-Balkarien umfassend zu beleuchten. Dies soll Rückschlüsse über den Rückgang der Gewalt vor Ort ermöglichen. Eine solche Analyse sollte grundsätzlich möglichst offen erfolgen, jedoch muss ich mich im Rahmen dieser Arbeit auf bestimmte Variablen beschränken. Im Vordergrund stehen deswegen zunächst die oben beschriebenen staatlichen Maßnahmen: die sozioökonomische Stabilisierung der Republik (UV I), Maßnahmen der Repression von und des Dialogs mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (UV II) und die Externalisierung aufständischer Gewalt (UV III). Einerseits werden diese Faktoren von der russischen Regierung wie von führenden WissenschaftlerInnen immer wieder in den Vordergrund gerückt. Andererseits bieten sie den Vorteil, mehr oder weniger quantitativ messbar zu sein. Zu allen drei Variablen erfolgt daher eine kurze quantitative Auswertung. Die Grundlage der Analyse bilden jedoch 29 qualitative ExpertInneninterviews, die ich im Herbst 2016 in Russland geführt habe. Ihre Auswertung soll es ermöglichen, über die Kombination von Makro- und Mesofaktoren Rückschlüsse über die Ursachen für den Rückgang der Gewalt in Kabardino-Balkarien zu ziehen. Wo möglich soll die Analyse neben den drei gewählten Variablen weitere, weniger beachtete Faktoren beleuchten. Zunächst erfolgt jedoch ein kurzer geschichtlicher Abriss über das Verhältnis von Staat und religiösen Aufstandsbewegungen im Nordkaukasus bis 1991. Danach beschreibe ich die Gewaltereignisse und staatlichen Reaktionen in Russland zwischen 1991 und heute. Für das Fallbeispiel stellt der Aufstand in Nalchik im Jahr 2005 eine wesentliche Zäsur dar. In der Analyse untersuche ich die in der Folge in Kabardino-Balkarien angewandten Stabilisierungsstrategien mit Blick auf den Rückgang der aufständischen Gewalt. Im Fazit fasse ich die Erkenntnisse über den Prozess der Deeskalation zusammen und erörtere daraus folgende Fragestellungen.

Mit meiner Arbeit möchte ich einen Beitrag dazu leisten, erfolgreiche und erfolglose Strategien der Aufstandsbekämpfung auszuwerten und mögliche De-Radikalisierungsursachen aufzuzeigen. Wie jede Einzelfallstudie bietet sie nur bedingt generalisierbare Ergebnisse. Gleichzeitig kann sie unmöglich die Vielzahl diskutierter Aufstandsursachen in Gänze beleuchten. Aus theoretischen und fachlichen Gründen werde ich etwa die Mikro-Ebene nicht beleuchten, da diese sich vor allem mit psychologischen oder psychologisierenden Faktoren

¹⁰ Eine breite Analyse der Literatur erfolgt in Kapitel drei und vier.

befasst. Auch rein ökonomische und pragmatischere Faktoren wie die Finanzierung aufständischer Gruppen finden in dieser Arbeit keine Beachtung – schlicht aus dem Grund, dass hierüber keine zugänglichen Daten vorliegen. Neben der eingeschränkten Datenlage sind auch die Interviews selbst zu hinterfragen. Wie alle ExpertInnen- Interviews folgen sie einer subjektiven Auswahl. Darüber hinaus sind die Themen Terrorismus und Repression im Nordkaukasus besonders tabuisiert, was mit Schwierigkeiten für die Interviewführung einhergeht¹¹.

Im Rahmen dieser Grenzen ermöglicht es die Arbeit jedoch, die Deeskalation politischer Gewalt detailliert zu betrachten. Um kausale Zusammenhänge ausreichend zu beleuchten, fokussiert sie auf den Einzelfall. Kabardino-Balkarien ist hier besonders relevant, da es bislang kaum untersucht wurde. Zum besseren Verständnis der überregionalen Zusammenhänge umreißt ich aber auch die Ereignisse und Verhältnisse in den Nachbarrepubliken.

Wie eingangs erörtert, hat die Regierung in Kabardino-Balkarien ein breites Spektrum an Maßnahmen angewandt. Ich stelle die sozioökonomische Stabilisierung, das Wechselspiel zwischen Dialog und Repression sowie die Externalisierung der Aufstandsbekämpfung heraus, da diese für den Nordkaukasus am häufigsten diskutiert werden (vgl. Kapitel drei). Insgesamt finden jedoch besonders die letzten zwei Faktoren in der Wissenschaft kaum Beachtung. Die relativ offene Führung der Interviews soll darüber hinaus ermöglichen, weitere Faktoren zu erkennen. Schlussendlich soll dieses Vorgehen zweierlei ermöglichen: Zum einen möchte ich mit meiner Arbeit relevante Faktoren verschiedener Radikalisierungs- bzw. Aufstandstheorien integrieren. Zum anderen soll sie Erkenntnisse über die Deeskalation politischer Gewalt bieten, die mir im Vergleich zu Studien über die Eskalation politischer Gewalt unterrepräsentiert erscheinen.

2. Methodik, Untersuchungszeitraum und Fallauswahl

Wegen seiner Komplexität werde ich das eben umrissene Vorgehen in diesem Kapitel ausführlich diskutieren und konkretisieren. Die Arbeit ist als Einzelfallstudie angelegt, die den Erfolg der Aufstandsbekämpfung (Counterinsurgency, kurz COIN) in Kabardino-Balkarien zwischen 2005 und 2016 untersucht. Ein zeitlicher Vergleich eignet sich aus verschiedenen Gründen besser als ein räumlicher: Zum einen sind Radikalisierung und Aufstandsentwicklungen im zeitlichen Vergleich deutlicher erkennbar. Zum anderen lassen sich

¹¹Die Durchführung der Interviews in Kabardino-Balkarien unterstützen die Dozenten und Gründer der North Caucasian Graduate School of Conflict Studies: <https://ncgscs.wordpress.com/>, unter anderem Jan Köhler, Alexey Gunya, Timur Tenov Murat Shogenov und Aslan Chechenov.

über diesen Zeitraum verschiedene Counterinsurgency-Strategien unter ähnlichen Bedingungen betrachten (vgl. Kapitel vier und sechs). Untersucht wird der Zeitraum von 2005 bis 2016, also die gesamte Spanne, in der sich größere aufständische Aktivitäten beobachten lassen. Da die Zeit zwischen 1991 und 2005 in Kabardino-Balkarien weitgehend friedlich verlief (Fagan 2014; Shterin und Yarlykapov 2011), ist diese Periode nicht Teil der Untersuchung. Eine Analyse mehrerer Fälle über einen solchen Zeitraum hinweg ist im Rahmen dieser Arbeit nicht leistbar. Darüber hinaus ist in KBR ein Mindestmaß an Offenheit gegenüber (ausländischen) SozialwissenschaftlerInnen gegeben, die Kooperation zwischen der Freien Universität und der Universität Nalchik ließen dank einer Vielzahl persönlicher Kontakte eine erleichterte Interviewführung erwarten.

Insgesamt habe ich im Herbst 2016 vor Ort mit 29 ausgewählten ExpertInnen qualitative Leitfadeninterviews geführt. Kruse beschreibt selbiges als ein Gespräch, das „mittels eines Interviewleitfadens strukturiert [ist], so dass der Interviewverlauf einem bestimmten vorgegebenen Themenweg bzw. einer bestimmten Phasendynamik folgt“ (Kruse 2014, 206). Als eine der populärsten Interview-Methoden variiert es zwischen steuernden Leitfragen und Passagen des freien Erzählens seitens der befragten Person. Die wesentliche Herausforderung liegt folglich darin, das Gespräch „so offen wie möglich und nur so strukturierend wie nötig“ (Kruse 2014, 223) zu gestalten.

Zwar ist das ExpertInneninterview angreifbar. Niederschmetternd betiteln Bogner et al. (2005, 18) ihr entsprechendes Kapitel: „Das ExpertInneninterview, alles in allem: eher ein Stück schlechter Literatur anstelle solider Wissenschaft?“ – nur um sich gleich darauf dafür auszusprechen. Aller gleich erörterten Kritik zum Trotz erweist sich die gewählte Methode für die Forschungsfrage als beste.

Da Leitfadeninterviews in ihrer Strukturiertheit variieren, garantieren sie einerseits vergleichbare Informationen zu den gewählten Variablen, bleiben andererseits aber auch offen für weitere Faktoren. Darüber hinaus erleichterte die flexible Fragestellung, das Vertrauen der RespondentInnen zu erlangen (Kruse 2014, 228). Dies war in meinem Fall besonders wichtig. Innerhalb des Aufenthaltes vor Ort ließ sich zudem nur eine begrenzte Anzahl von Interviews umsetzen. Hier war es sinnvoll, sich auf ExpertInnen im unten erklärten Sinne zu beschränken. Alternative Methoden schieden aus diversen Gründen aus: Eine breit gefasste Umfrage kann unmöglich das Vertrauen der RespondentInnen gewinnen, eine rein quantitative Analyse würde zudem keine Zusammenhänge erhellen. Eine quantitative Beurteilung der verschiedenen

Variablen (vgl. Kapitel 4) wird jedoch der Analyse der Variablen vorausgeschickt und soll die Interviews objektivieren.

Kritisiert wird an der gewählten Methode vor allem die zwangsläufige Hierarchisierung von Wissen. Die Frage, wer als ExpertIn gilt, ist letztlich schwer zu klären (Kruse 2014, 170ff.). In der Literatur dominieren drei Begriffe:

1. Der voluntaristische ExpertInnen-Begriff, der im Grunde alle Befragten zu ExpertInnen der eigenen Lebensrealität erklärt (ebd., 175).
2. Der konstruktivistische ExpertInnen-Begriff, nach dem diejenigen ExpertInnen sind, welche von ihrem sozialen Umfeld als solche wahrgenommen werden (ebd., 176).
3. Der wissenssoziologische ExpertInnen-Begriff, nach dem ein/e ExpertIn über ein bestimmtes „Sonderwissen“ verfügt (Meuser und Nagel 2005, 75).

Die Auswahl meiner Befragten folgt der zweiten und der dritten Interpretation. Interviewt wurden Personen, die exklusives forschungsrelevantes Wissen besitzen und außerdem von ihrem Umfeld als ExpertInnen wahrgenommen werden. Es gilt Kruses (2014, 173) Definition:

Ein/e ExpertIn ist „ein/e Angehörige/r einer Funktionselite und damit als Funktionsträger/in ein Teil eines spezifischen Handlungsfeldes. Er/sie verfügt in diesem Zusammenhang über Sonderwissen.“

Bei den ausgewählten RespondentInnen handelt es sich um Mitglieder verschiedener gesellschaftlicher Felder. Fast alle von ihnen leben und arbeiten schwerpunktmäßig in Kabardino-Balkarien. Ein wesentlicher Teil der Befragten arbeitet im akademischen oder wissenschaftlichen Sektor und beleuchtet die Lage der Republik aus der sozialwissenschaftlichen Perspektive. Hier habe ich vor allem Angestellte der Kabardino-Balkarischen Staatsuniversität (KBGU) interviewt, die zum Teil in ausländische Forschungsprojekte involviert sind. Dies soll einen gewissen kritischen Blick von außen mit dem nötigen Insider-Wissen kombinieren. Darüber hinaus habe ich Angestellte staatlicher Forschungsinstitute befragt, die direkt oder indirekt zum Thema Radikalisierung in Kabardino-Balkarien forschen und mir von anderen RespondentInnen übereinstimmend als weitgehend unabhängig und kompetent empfohlen worden. Wenige, doch überaus wichtige Beiträge stammen von russischen WissenschaftlerInnen, die außerhalb der russischen Föderation leben, aber intensiv zum Nordkaukasus forschen.

Mindestens ebenso wichtig waren Interviews mit AkteurInnen der Politik und Zivilgesellschaft. Das zentrale Feld bildet hier die Jugendarbeit. Die Mehrheit der RespondentInnen dieses Feldes arbeitet selbst mit Jugendlichen, zum Teil explizit im Bereich der Extremismus-Prävention. Während viele von ihnen allein in Kabardino-Balkarien aktiv sind, engagieren sich manche in Organisationen, die russlandweit arbeiten. Ein weiterer Teil der RespondentInnen ist in den entsprechenden Ministerien der Republik tätig. Wiederum andere realisieren die Jugendarbeit im Namen der geistlichen Behörde der Muslime in Kabardino-Balkarien (DUM KBR¹²), wobei ihre Antworten häufig auch Aufschluss über das allgemeine religiöse Leben in Kabardino-Balkarien gaben. Gespräche mit Gläubigen, die der DUM kritisch gegenüberstehen – oder gar Kämpfern – waren nur in selten bzw. gar nicht möglich. Diese rufen in der Regel ein stärkeres Misstrauen der lokalen Sicherheitskräfte hervor und hätten somit das Forschungsunterfangen gefährdet. Dieser Auswahlbias ist ein zentrales Problem der Arbeiten in der Region allgemein. Er konnte jedoch durch Gesprächen mit verschiedenen MenschenrechtlerInnen minimiert werden, da diese im engen Kontakt mit beiden Gruppen stehen. Insgesamt findet sich eine kurze Einordnung der RespondentInnen im entsprechenden Abschnitt der unabhängigen Variablen (vgl. Kapitel 6.1.2., 6.2.2. und 6.3.2.).

Die Leitfäden des Gesprächs orientieren sich jeweils an den ausgewählten ExpertInnen. Hier gilt es besonders die „Pseudoexploration“ (Kruse 2014, 214) zu vermeiden, bei der die interviewende Person nur das erfragt, was sie ohnehin erwartet: „Vorrang hat stets die Offenheit“ (Kruse 2014, 218). Kruse (2014, 170f.), Bogner, Littig und Menz (Bogner et al. 2005, 36ff.) unterscheiden dabei drei Formen: das explorative ExpertInneninterview, bei dem die Leitfragen nur den Rahmen setzen, um bislang wenig Erforschtes in Erfahrung zu bringen, das systematisierende ExpertInneninterview, welches Details zu bereits gut erforschten Themen erhebt, um diese besser zu strukturieren und das theoriegenerierende ExpertInneninterview, welches nach Deutungsmustern sucht.

Über Kabardino-Balkarien liegt bislang nur wenig Literatur vor (vgl. Einleitung), weshalb die Interviews explorativ geführt wurden. Da sich die Arbeit zum Teil mit tabuisierten Themen auseinandersetzt, hängt die Gesprächsführung stärker als üblich vom Vertrauen der jeweiligen RespondentInnen ab. Eine zu hohe Strukturiertheit des Interviews wäre nicht praktikabel. Gleichzeitig ergibt es wenig Sinn, Interviews zu vergleichen, die sich thematisch zu stark

¹² Alle lokalspezifischen Begriffe werden im Abkürzungsverzeichnis kurz erklärt.

unterscheiden. Für jede der Variablen habe ich deshalb einen Leitfaden entwickelt, der sich für verschiedene ExpertInnen adaptieren lässt¹³.

Leitfragen und Stimuli habe ich dabei im „SPSS“-Verfahren generiert. In Anlehnung an das gleichnamige Statistik-Programm schlägt Helfferich (2009) vor, zunächst denkbare Fragen zu sammeln (S), zu prüfen (P) – und gegebenenfalls zu streichen – nach Themenblöcken zu sortieren (S) und schließlich im Leitfaden zu subsumieren (S). Zwar erfolgte die Sammlung der Fragen variablenorientiert, sie lässt jedoch Raum für bis dato nicht erwogene Faktoren. Die ersten Fragekategorien (Mayring 2007; Gläser und Laudel 2010) ergaben sich aus den drei unabhängigen Variablen¹⁴. Dort nicht näher beleuchtete unabhängige Variablen, die in den Interviews eine Rolle spielen, werden in der Analyse (Kapitel sechs) kurz aufgegriffen und im Ausblick zusammengefasst. Ihre eingehende Erörterung würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Alle Leitfäden können im Anhang nachgelesen werden.

Da die konsultierten ExpertInnen in der Regel unterschiedlichen Feldern angehören, variiert ihr Wissen zu den drei Variablen stark. Je nach Expertise wurden sie verstärkt zu einer Variable befragt. Dabei interessierte nicht die Person als Ganzes, sondern ihre spezielle Funktion (Kruse 2014, 173). Gleichwohl leitet sich auch das Sonderwissen eines oder einer Befragten aus persönlichen Erfahrungen ab. Im Idealfall sollte also die ‚Person als Ganzes‘ mitreflektiert werden, denn ein/e ExpertIn ist eben nicht, wie oft angenommen, objektiv (ebd. 170 ff.).

Auch ein Interview ist dabei eine soziale Situation, in der beide Seiten eine Rolle einnehmen. Je nach Rollenverteilung treten daher verschiedene „Erwartungs-Erwartungen“¹⁵ (Kruse 2014, 181) und Interaktionseffekte auf. Beide hängen stark mit vorherrschenden Geschlechterrollen zusammen (ebd., 186). Für die geführten Interviews waren folgende Interaktionseffekte wesentlich:

1. Der Paternalismuseffekt

Der die interviewende Person entweder wohlwollend oder abwertend als inkompetent positioniert. „Der wohlwollende Paternalismuseffekt kann strategisch genutzt werden: Sich diesem Effekt als interviewende Person zu beugen schafft ein weitergehendes Explikationserfordernis für den Experten“ (Kruse 2014, 187).

2. Der Katharsiseffekt

¹³ Die verschiedenen Leitfäden finden sich im Anhang.

¹⁴ Die theoretische Ableitung dieser Variablen erfolgt in Kapitel drei.

¹⁵ Gemeint ist die Frage, womit der oder die Befragte rechnet.

Bei dem der oder die Befragte das Gespräch nutzt, um „der (eigenen) beruflichen Unzufriedenheit Luft zu machen“ (ebd., 188), wobei gegenüber Frauen häufiger Privates thematisiert wird.

3. Der Eisbergeffekt

Bei dem sich die anfängliche Skepsis gegenüber der interviewenden Person nicht auflöst und das Gespräch reserviert und informationsarm bleibt. Laut Kruse (ebd.) sind Frauen seltener mit diesem Problem konfrontiert, da ihnen mehr Vertrauenswürdigkeit zugeschrieben wird.

4. Der Rückkopplungseffekt

Bei dem sich die Rollen vertauschen – der oder die RespondentIn beginnt, die interviewende Person auszufragen. Dieser Effekt tritt laut Kruse (ebd.) seltener bei Frauen auf, da diese weniger als Co-Expertinnen wahrgenommen werden.

5. Der Profilierungseffekt

Bei dem der oder die Befragte unentwegt seine oder ihre Überlegenheit inszeniert und unangenehme Themen meidet oder gar abblockt, was häufiger gegenüber Interviewerinnen der Fall sei (ebd., 188). Obwohl alle Effekte auftraten, waren der Paternalismus-, der Katharsis- und der Profilierungseffekt besonders häufig zu beobachten.

So oft wie möglich habe ich die geführten Interviews aufgenommen. Um das Vertrauen der Befragten zu erhöhen, war es jedoch nicht in allen Fällen möglich, die Interviews mitzuschneiden. Wo kein Audiomitschnitt vorliegt, habe ich zwangsläufig die schriftlichen Feldnotizen für die Analyse verwertet.

Die Auswertung der Interviews orientiert sich an den Grundsätzen von Gläser und Laudel (2010), da diese flexibler vorgehen, als es nach der populären Methode Mayrings (2007) möglich ist. Letztere lässt zum einen keinen Spielraum für die Adaption der Analysekategorien, was den Nutzen explorativer Interviews deutlich reduziert. „Viel schwerer wiegt aber, dass das Mayringsche Verfahren letztlich Häufigkeiten analysiert, anstatt Informationen zu extrahieren“, kritisieren Gläser und Laudel (2010, 199) zu recht. Die Mayringsche Methode kann somit Diskurse erhellen, aber keine Kausalmechanismen deutlich machen. Es gilt deshalb, zu extrahieren statt zu kodieren. Das Transkript habe ich mithilfe von Suchrastern auf das für Forschungsfrage Relevante beschränkt (ebd., 200-219)¹⁶.

¹⁶ Auch die Suchraster sind im Anhang einzusehen.

Konkret erfolgt die Analyse der Interviews in vier Schritten. Zuerst muss das aus der Theorie abgeleitete hypothetische Modell anhand der Interviews grob überprüft werden. Anschließend werden die Auswertungskategorien erstellt. Diese basieren auf Definitionen, Indikatoren, Zeitdimensionen, Sachdimensionen und Kausaldimensionen (ebd., 203), die in Kapitel drei bis fünf geschildert werden. Im dritten Schritt erfolgt die Extraktion über gewählte Suchbegriffe (auch die Suchraster sind im Anhang einsehbar). In Schritt vier werden die extrahierten Informationen final ausgewertet. Es gilt, Informationen zusammenzufassen und Widersprüchliches zur Diskussion zu stellen. Für die tatsächliche Auswertung formulieren Gläser und Laudel (2010, 240) nur Strategien, jedoch keine klaren Regeln. Zur Rechtfertigung argumentieren die AutorInnen, sei „Forschung natürlich ein kreativer Prozess. Wenn sich die Antwort auf Ihre Untersuchungsfrage durch das schlichte Abarbeiten von Regeln ergäbe, dann wäre das besorgniserregend, denn Sie würden entweder nichts Neues herausbekommen oder aber eine reine Deskription liefern“ (ebd., 240). Im Einklang mit einer möglichen skizzierten Vorgehensweise habe ich die Interpretation der Interviews sachlich strukturiert und mit den quantifizierbaren Fakten abgeglichen.

Wie bei der Konzeption der Fragen besteht die Herausforderung also erneut darin, gleichzeitig offen und flexibel für alle Informationen zu bleiben, ohne der reinen Spekulation zu verfallen. Das Suchraster muss entlang der verwendeten Theorien konstruiert werden, ohne zu sehr daran zu haften (Rubin und Rubin 2012, 197). Um die Analyse intersubjektiv nachvollziehbar zu machen, sind alle Schritte (Definitionen, Suchraster, etc.) im Anhang dokumentiert. Ihre Anwendung wird dort an einer Auswahl an Transkripten illustriert¹⁷.

3. Theorien zu politischer Gewalt und Stabilisierungsstrategien in Aufstandsgebieten

Die Ursachen wie auch die Prävention aufständischer Gewalt sind in der Theorie stark umstritten – unter anderem, weil zentrale Begriffe nebulös bleiben (Schmid 2013, 1). Das folgende Kapitel klärt deshalb zunächst die wesentlichen Definitionen, skizziert dann verschiedene Theorien zur Entstehung politischer Gewalt und geht zum Schluss auf staatliche Gegenmaßnahmen ein.

¹⁷ Weitere Transkripte kann ich auf Nachfrage zur Verfügung stellen.

In der Literatur zu politischer Gewalt in Kabardino-Balkarien ist sowohl von islamistischem Terror¹⁸, als auch von aufständischer Gewalt die Rede. Ersteren definieren Malthaner und Waldmann als

„planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge gegen eine politische Ordnung aus dem Untergrund. Sie sollen allgemeine Unsicherheit und Schrecken, aber auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft erzeugen“ (2012, 11).

Im Vordergrund stehen also die ambivalenten Effekte der Gewalt und ihre Absichten gegenüber einer breiten Bevölkerung. Der Begriff islamistisch interpretiert Gewalt dabei vor allem ideologisch: Besonderes Augenmerk liegt auf den kulturellen oder religiösen Bezügen der Kämpfenden. Soziale und politische Beweggründe rücken derweil häufig in den Hintergrund (Malthaner 2011, 15). Islamistische Gewalt wird so immer wieder zur Gewalt ‚sui generis‘ erklärt, die an den arabischen Raum gebunden sei (ebd., 17). Malthaner und Waldmann (2012) zeigen dagegen, dass eine Vielzahl von Ideologien in unterschiedlichsten Regionen der Welt zu ähnlichen Gewaltphänomenen führt. Theorien, wonach eine bestimmte Ideologie Ursache für Aufstände sei oder gar die These, der Islam an sich berge grundsätzlich ein höheres Gewaltpotenzial (vgl. Meyer 1989) sind nicht nur ethisch fragwürdig, sondern auch empirisch eindeutig widerlegt (Fagan et al. 2012, 7; Schmidinger und Al-Hassan Diaw 2015)¹⁹. Sinnvoller erscheint es, Islamismus nicht als Ursache, sondern als Instrument von Mobilisierung zu interpretieren (Pisoiu 2013, 50 ff.). Gemeint ist damit jede Ideologie, die sich zur Konstruktion von Feindbildern auf den Koran oder die Hadith-Überlieferungen bezieht (Röhrich 2015, 3). In diesem Zusammenhang beschreibt der vielfach zitierte Soziologe Quintan Wiktorowicz drei Idealtypen der „salafistischen“²⁰ Bewegung“ (Wiktorowicz 2006)²¹: den puristischen Salafisten, der politische Betätigung als unislamisch ablehnt, den politischen Salafisten, der sich

¹⁸ Eine Definition der russischen Regierung findet sich in Kapitel 5.1.

¹⁹ Zu diskutieren wäre in weiteren Arbeiten jedoch, ob radikale religiöse Ideologien allgemein zu einer höheren Eskalationsbereitschaft führen: Brubaker (2015) argumentiert, dass wegen verschiedener Faktoren, wie zum Beispiel höheren Anreizen und Belohnungen oder der extremen Abgrenzung gegenüber anderen, radikale religiöse Gruppen eher zur Anwendung von Gewalt bereit seien. Er führt hierfür jedoch keine empirischen Analysen an.

²⁰ Malthaner und Hummel (Malthaner und Hummel 2012)(2012: 247) beschreiben Salafismus als “eine Doktrin puristischer Erneuerung, welche neben der wortgetreuen Interpretation der Quellen des Islams – des Koran und der Überlieferung der Taten und Aussagen des Propheten Mohammed (*hadith*) – die absolute Befolgung darin enthaltener Gebote und die Nachahmung des Propheten und seiner Gefährten bis ins letzte Detail des täglichen Lebens fordert.”

²¹ IslamistInnen im weiteren Sinne definiert Wiktorowicz nicht zwangsläufig als gewaltbereit, sondern allgemein als MuslimInnen, die entweder nach einem islamischen Staat streben, den Glauben stärken oder eine separierte Gemeinschaft für MuslimInnen fordern (Wiktorowicz 2004, 2).

missionarisch oder parteipolitisch engagiert und den – hier relevanten – jihadistischen Salafisten, der sich gewaltsam am ‚Kampf gegen Ungläubige‘ beteiligt²².

Allerdings wurden und werden die Begriffe „Islamist“, „Salafist“ oder „Wahabit“ in Russland unabhängig von der eben geführten Diskussion oft als Synonym für (religiöse muslimische) Regierungskritiker verwendet (Khodzhaeva 2016, 10). Wie Kapitel drei zeigt, kam es in Kabardino-Balkarien in den vergangenen Jahren ungeachtet dessen immer wieder zu Gewalttaten ohne klare islamistische Bekenntnisse. Gleichzeitig richteten sich die meisten der Anschläge und Angriffe vor allem gegen Sicherheitskräfte und nicht gegen die breite Bevölkerung (vgl. Kapitel 5). In den lokalen Medien ist dabei meist ganz allgemein von „Kämpfern“, „Banditen“ und „Untergrund“ die Rede (vgl. Kavkazkiy Uzel). Zentral ist deswegen nicht der Begriff des Terrors, sondern der des Aufstandes: Nach Definition von Koehler et al (2016, 369) meint ein Aufstand eine Form der politischen Gewalt, die darauf abzielt, die Reichweite des Staates zu reduzieren, Teile seiner Aufgaben zu übernehmen und die ausgeübte Gewalt über die Inkompetenz des Staates und der Aussicht auf bessere Alternativen zu rechtfertigen. Somit können Terroranschläge als eine Ausübungsform des Aufstandes gelten, wobei Terrorprävention und Aufstandsbekämpfung in der Literatur und auch in der russischen Politik häufig gleichbedeutend verwendet wurden (NAK 2010, 2014, 2017a; Schmid 2013, 13) (vgl. NAK 2017, 2014, 2010, Schmid 2013: 13)²³. Dabei bildete der jihadistische Salafismus zwar den ideologischen Kern des Aufstandes im Nordkaukasus (Galeotti 2014, 14-19), war aber als Ideologie austauschbar²⁴. Seine konkreten Inhalte sind für die Analyse der Gewaltbekämpfung zweitrangig. Weder die auftretende Gewalt noch deren Bekämpfung unterscheiden sich wesentlich von anderen Formen des Aufstandes bzw. dessen Bekämpfung. Der jihadistische Salafismus wird in dieser Arbeit als eine mögliche Form der Radikalisierung verstanden, nicht als Fall sui generis²⁵. Radikalisierung meint dabei im Sinne Malthaners und Waldmanns (2012, 20) die

„Einstellungs-, Orientierungs- und Handlungsmuster, die einen Konflikt gewissermaßen verabsolutieren und zum einen ein hohes Maß an Aufopferungs- und Kampfbereitschaft für die verfochtene Sache implizieren, zum anderen mit der Bereitschaft und

²² Warum diese Ideologie vor allem bei Männern greift und es sich daher tatsächlich fast ausschließlich um Kämpfer handelt, beleuchtet zum Beispiel Moghadam (2009, 43-44).

²³ Dennoch muss angemerkt werden, dass der Begriff des Aufstandes in der hier rezipierten deutschsprachigen Literatur deutlich seltener vorkommt als in der englischsprachigen.

²⁴ Und löste seinerseits den zuvor dominanten Nationalismus als Ideologie des Aufstandes in Tschetschenien ab.

²⁵ Eine sinnvolle Kritik an kulturalisierenden und islamophoben Erklärungsmodellen für Islamismus bietet Pisoiu (2013).

unterstellten Notwendigkeit verbunden sind, für das angestrebte Ziel Gewalt anzuwenden.”

Radikalisierung schließt hier also immer eine gewisse Gewaltbereitschaft ein. Offenere Definitionen, wie sie etwa Daniela Pisoiu (2013) verwendet, erscheinen für diese Arbeit nicht zielführend.

Ebenso umstritten wie die zentralen Definitionen sind auch die Ursachen politischer Gewalt gegen den Staat. Ob in der Radikalisierungs-, Aufstands oder Terrorismusforschung – die Gründe für Gewaltausbrüche sind mannigfaltig und bleiben diskutiert (Schmid 2013, 1-3). Seit den 1970ern ist eine Fülle wissenschaftlicher Literatur zum Thema entstanden. Deren Fokus variiert bis heute stark: Konzentrierte sich ein Teil der frühen Forschung vor allem auf Armut bzw. objektiv messbare Leiden (grievances) in der Bevölkerung, widmeten sich andere Werke eher der Deprivation und Ausgrenzung einzelner gesellschaftlicher Gruppen. Jüngere Literatur rückte schließlich die politischen Möglichkeiten in den Mittelpunkt und analysierte insbesondere die Interaktion zwischen politischer Elite und ihren Herausforderern (Pisoiu 2013, 44-54). Eng verwoben sind diese Werke sowohl mit Untersuchungen von allgemeinen, friedlichen sozialen Bewegungen als auch mit Analysen gewaltsamer Radikalisierung. In diesem Zuge ist ein „Kaleidoskop‘ an besteuernden Faktoren“ (ebd., 50) entstanden. Wiederkehrende Muster in der Eskalation politischer Gewalt lassen sich auch nach Jahrzehnten der Forschung nur schwer benennen (Sageman 2004, 565) Im Versuch, die Komplexität des Themas zu reduzieren, beschränkten sich viele AutorInnen auf nur eine Ebene der Analyse. Sie bewerteten politische Gewalt entweder aus der Makro-, Meso- oder Mikroperspektive heraus (Alimi et al. 2012; Konaev und Moghaddam 2010; Schmid 2013). Dies brachte ihnen – je nach eigenem Absolutheitsanspruch – den Vorwurf ein, zentrale Aspekte außer Acht zu lassen oder gar falsche Schlüsse zu ziehen (della Porta 1995, 187-190). So ist offensichtlich, dass sich weder alle Deprivierten dem Terror anschließen – wie es eine absolut formulierte Makroperspektive nahelegen könnte – noch sind alle TerroristInnen durch wiederkehrende Charaktereigenschaften verbunden, wie es eine extreme Auslegung auf der Mikroebene suggerieren könnte. Einige GegnerInnen der Mono-Level-Interpretation ergänzten ihre Kritik um eigene Analysen, die alle drei Ebenen zu integrieren versuchen. Wegweisend sind dabei bis heute die Arbeiten von Donatella della Porta. Ihr Hauptwerk „Social Movements, Political Violence, and the State: A Comparative Analysis of Italy and Germany“ hat sich seit seiner Veröffentlichung 1995 zu einem vielzitierten Klassiker entwickelt. In ihrer Vergleichsstudie argumentiert della Porta im Wesentlichen, dass jede der drei Ebenen (Makro, Meso und Mikro)

in unterschiedlichen Phasen des Protestes eine entscheidende Rolle einnimmt (ebd.). Sie definiert sie die Radikalisierungs-Faktoren auf der Makroebene als „externe Bedingungen“, die der Mesoebene als „organisierte Gruppendynamiken“ und die der Mikroebene als „individuelle Wahrnehmungen und Motivationen“ (ebd., 187). Auch Studien des Nordkaukasus integrieren verschiedene Ebenen und betonen dabei vor allem die Makro- und Mesoebene (Ratelle 2014; Toft und Zhukov 2015). So fasst der Regionalexperte Jean Francois Ratelle zusammen: „[...] junge Menschen schließen sich dem Aufstand aus viel praktischeren Gründen an, solchen wie der eingeschränkten sozialen Mobilität, als Protest gegen gesellschaftliche Vergehen, infolge der täglich erlebten Repression oder weil sie nach einer Gemeinschaft suchen.“ (Ratelle 2014, 177). Im Folgenden werde ich die einzelnen Ebenen detailliert beschreiben.

3.1 Ursachen auf der Makroebene

Auf der Makroebene stehen Desintegration und Deprivation im Vordergrund. Die entsprechenden Theorien befassen sich vor allem mit sozioökonomischen und politischen Faktoren als Ursachen der Gewalt (al-Shishani 2005; Falkowski 2014; Pisiu 2013; Ratelle 2014; Schmid 2013). In der politikwissenschaftlichen Aufstandsforschung etwa dominieren Makrofaktoren als Ursachen der Gewalt (Malthaner und Waldmann 2012, 17). Die Literatur folgt im Wesentlichen der Grundannahme, politische Gewalt sei eine Folge von Massenunzufriedenheit. Es kommt zur gewaltsamen Konfrontation zwischen der regierenden Elite und Teilen der Bevölkerung (ebd., 8ff.), weil Letztere sich wirtschaftlichem, sozialem oder politischem Druck ausgesetzt sehen (Koehler et al. 2016, 368). Della Porta (1995) relativiert diesen Standpunkt: Ihrer Bewertung nach ist die Makroebene besonders zu Beginn eines Gewaltzyklus relevant. Politische und soziale Bedingungen führen zum Aufkommen sogenannter „Entrepreneure der Gewalt“, d.h. erste Gewalt bricht aus.

Eine hierbei gängige, wenngleich umstrittene Ursache politischer Gewalt ist die des schnellen sozialen Wandels. Fagan und andere argumentieren, dass eine stabile sozioökonomische Lage Aufständen vorbeuge, während die aus prekären Lebensbedingungen entstehende Verzweiflung als wichtige Triebkraft für Aufstände diene (Fagan 2014, 29; Ratelle und Zhemukov 2011). Hinzu komme eine Art Umschichtungslogik: Der Kampf ist unter anderem attraktiv, weil er Erfolglose zu Helden macht – die „nobodies in peacetime“ (Wilhelmsen 2005, 41) werden so plötzlich zu entscheidenden Akteuren.

Die Annahme, Armut trage wesentlich zur Entstehung von Aufständen bei, ist aber stark umstritten. Zwar wird sie nach wie vor von verschiedensten Akteuren vertreten (Schmid 2013,

2), die Empirie zeigt jedoch, dass gebildete und privilegierte Akteure häufig eine bedeutende Rolle im Aufstand einnehmen (vgl. Fagan et al. 2012, 5; Schmid 2013, 20). Auch della Portas Fallstudie zu Italien und Deutschland widerlegt die Annahme, dass wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verwerfung in direktem Zusammenhang zu politischer Gewalt stehen. Treffender scheint, dass Frust über Ungleichverteilung und Perspektivlosigkeit zu aufständischer Gewalt führen (Fagan et al. 2012, 5; Ratelle 2014, 184). Korruption und Klientelismus, der Eindruck, nur über die richtigen Netzwerke —Aufstiegschancen zu erlangen, spielen besonders in Analysen zum Nordkaukasus eine zentrale Rolle (ebd., Koehler et al. 2016, 370, 381). Anknüpfend an seine Feldforschung nennt Ratelle vier strukturelle Charakteristika, die die aufständischen Republiken im Nordkaukasus verbinden: starke Patronage-Netzwerke bei geringer sozialer Mobilität, schlechte wirtschaftliche Perspektiven, Korruption und Repression oppositioneller Bevölkerungsgruppen (Ratelle 2014, 184). Aufständische Gruppen bieten unter diesen Umständen insbesondere deprivierten Männern eine mögliche Ersatzidentität (Kosterina 2016; Moghadam 2009; Pisoiu 2013).

Einige Theorien führten Gewalt außerdem darauf zurück, dass Regierungen über die Maße lange regierten und somit ihre Legitimität verloren. Auch diese These verwirft della Porta – zumindest in Teilen. Als treffender bezeichnet sie den Begriff des „Blockierten Politischen Systems“ (della Porta 1995, 188), was deutlich mehr als die Regierungsdauer einer Partei umfasst. Wichtig sei es, die politischen Möglichkeiten sowie die Beziehung zwischen dem Staat als Ganzen und der sozialen Bewegung zu analysieren. Hierbei misst sie vor allem der Polizei Bedeutung zu (ebd.). Zusammenfassend beschreibt die Autorin für ihre Fallstudie:

„[...] dass politische Gewalt [...] nicht so sehr durch die Radikalität des sozialen Konfliktes ausgelöst wurde, sondern – indirekter – durch den anfänglichen Widerwillen der politischen Eliten in den zwei jungen Demokratien [in Italien und Deutschland] die Forderungen zur Reform des politischen Regimes aufzunehmen.“ (ebd., 189).

Nach ersten Protesten einer Bewegung folge in der Regel eine Desillusionierung der radikalen AktivistInnen. Diese führe entweder zur Resignation, also zum Rückzug in ein ziviles bzw. privates Leben, oder zu einer Abspaltung, die mit einer noch stärkeren Radikalisierung einhergehe (ebd., 190)²⁶. Diesem ersten Schritt Richtung Eskalation folgt laut della Porta die „politische Möglichkeitsstruktur²⁷ und taktische Interaktion“ (ebd., 190). Über taktische

²⁶ Ersteres lasse sich auch jenseits der Wissenschaft daran feststellen, dass viele ehemals Radikale heute „normale“ Akteure in der Politik seien (ebd.).

²⁷ Gemäß der englischen Übersetzung im Folgenden auch POS.

Innovation werden weitere Teilnehmende zur Gewalt mobilisiert, wobei dies stets im Wechselspiel mit Schritten des Gegners oder der Gegnerin erfolge (ebd., 191). Ein Beispiel hierfür findet sich bei Ratelle: So sei der Erfolg der Aufständischen in Dagestan unter anderem darauf zurückzuführen, dass das von ihnen etablierte Sharia-Recht als funktionierende Alternative zum kaputten Staatssystem empfunden werde (Ratelle 2014, 191).

Hierbei komme besonders häufig das Verhältnis zwischen Sicherheitsapparat und sozialer Bewegung zum Tragen. So sieht della Porta für Deutschland die Erschießung Benno Ohnesorgs als klare „Repression“ (ebd.) des Staates, die selbigen delegitimierte. Möglich sei die gegenseitige Radikalisierung aber auch über die Konfrontation mit Gegenbewegungen. Ob ein Konflikt Gewalt oder eine friedliche Lösung erfährt, führt die Autorin wesentlich auf die Protest-Politik der Regierung zurück. Sie unterscheidet zwischen „Law & Order“- und „Civil-Rights“-Ansätzen: Ersterer setze auf eine rigorose Durchsetzung der Ordnung, während letzterer vor allem die Bürgerrechte der Mitglieder sozialen Bewegung betone (ebd., 192). Della Porta begründet beides mit einem „nationalen Stil der Konfliktlösung“ (ebd., 193), was recht vage und zuweilen stark deterministisch anmutet. So sei es in Italien und Deutschland zu einer stärkeren Gewaltentwicklung als in Frankreich oder den USA gekommen, weil erstere während des Faschismus stärkere Gewalt erfahren und dies die Frames auf beiden Seiten prägte (ebd.: 193). Dies kann freilich das Entstehen einer ‚ersten politischen Gewalt‘ nicht erklären, auch die später beschriebene Varianz von in Russland ergriffenen Gegenmaßnahmen wäre so nicht erklärbar.

Der Repression einzelner Bewegungen wird aber auch bei anderen AutorInnen eine große Bedeutung zuteil. Unter anderem beschreiben Malthaner und Waldmann (2012) staatliche Repression als ausschlaggebend für die Eskalation: Terror oder politische Gewalt formiere sich häufig als Gegengewalt zur durch den Staat erlebten Gewalt (Malthaner/Waldmann 2012: 14, 20). Ähnlich interpretieren Geraldine Fagan (2014) und Ratelle (2014) staatliche Repression als eine Ursache von Aufständen. Am Beispiel des Nordkaukasus zeigen sie, wie die politische Verfolgung²⁸ einzelner Bevölkerungsgruppen zu deren Radikalisierung und Gegengewalt führte (Fagan 2014; Fagan et al. 2012; Ratelle 2014). Die Wechselbeziehung zwischen staatlicher und aufständischer Gewalt ist auch in der kritischen Terrorismusforschung ein elementarer Teil (Malthaner und Waldmann 2012, 13).

²⁸ Gemeint sind zum Beispiel Massenverhaftungen, Folter, Schließungen der Zentren einer Bewegung, Diffamationskampagnen oder das Anlegen willkürlicher ‚Gefährderlisten‘ (Fagan 2014, 36).

Aufstandsbekämpfung auf der Makroebene deutet Gewalt – wie eingangs beschreiben – als Eskalation zwischen der regierenden Elite und Teilen der Bevölkerung (Malthaner/Waldmann 2012: 8ff.). Sie zielt in diesem Fall auf die Linderung des gefühlten oder tatsächlichen Drucks ab und folgt dem bevölkerungsorientierten „hearts-and-minds-approach“ (Koehler et al. 2016, 368). Teil dieses Ansatzes sind zum Beispiel Dialogprogramme, wirtschaftliche Fördermaßnahmen oder die verstärkte Einbindung der Bevölkerung in Regierungsstrukturen (Khodzhaeva 2016). Die Faktoren der Makroebene bilden die Grundlage für meine erste unabhängige Variable (vgl. Kapitel 6.1.).

3.2 Ursachen auf der Mesoebene

VertreterInnen der Mesoebene deuten Gewalt vor allem als Folge sozialer Bewegungen, interner und gegenseitiger Gruppendynamiken sowie wirksamer ‚Frames‘ (Briggs 2010; Fligstein und McAdam 2012; Konaev und Moghaddam 2010; Malthaner und Waldmann 2012; Wiktorowicz 2004). Die Entscheidung für Gewalt interpretieren verschiedene WissenschaftlerInnen unterschiedlich: Sie wird entweder instrumentell verstanden (also rational und zielorientiert) oder organisational beschrieben (also motiviert durch Ideologien, Gefühle und interne Dynamiken). Obschon della Portas Fallstudie für Italien und Deutschland beide Interpretationen zulässt, spricht sich die Autorin eher für die instrumentelle Deutung aus (ebd., 196). Sie argumentiert, die Mesoebene sei in der zweiten Phase eines Gewaltzyklus entscheidend: Da Gewalt zunehme, wenn die allgemeine Mobilisierung abnimmt, erscheinen politische Möglichkeiten ausschlaggebender als Ideologien. Durch den Anspruch, die Loyalität der Verbliebenen zu wahren, komme es zu einer inneren Differenzierung der Bewegung, um neue Nischen zu besetzen (ebd., 196). Dies geschehe vor allem, wenn radikale Milieus die Gewaltanwendung mental unterstützen (ebd.), wenig institutionelle Zugänge sowie intellektuelle Fähigkeiten und materielle Ressourcen zur Verfügung stünden (ebd., 201)²⁹. Dabei sei das Maß an Gewalt umso höher, je weniger Einfluss die Gruppen auf das etablierte System hatten (ebd., 197). Es entstehe eine Radikalisierungsspirale, in der eine erste Radikalisierung die Isolation bedingt, die wiederum zu weiterer Radikalisierung führe:

„Gefangen in ihrer eigenen selbstkonstruierten Version der Realität [...] verlieren Mitglieder der Gruppe den Sinn für die externe Realität und die Fähigkeit, Konsequenzen ihres Handels vorherzusehen“ (della Porta 1995, 198).

²⁹ Charakteristisch sei die Fortführung politischer Gewalt außerdem in der zweiten Generation militanter Aktivisten, da diese häufig sehr jung seien und Gewalt verstärkt als Kohäsionsfaktor funktioniere (ebd.).

Nach dem Abtauchen in den Untergrund dominieren die internen Gruppenbeziehungen laut della Porta komplett, da die Mitglieder weitestgehend den Kontakt zur Außenwelt verlieren. Dies wirke sich ambivalent auf den Zusammenhalt aus. Einerseits nehme die Kohäsion ab, je mehr Mitglieder dem Kampf gegen den Staat zum Opfer fallen. Andererseits reduziere die radikalisierte Realität andere Möglichkeiten: Mitglieder werden zu „Gefangenen der eigenen Version von Realität“ (ebd., 199) – was einen etwaigen Ausstieg erschweren sollte. Dass dies eher der zuvor verwiesenen Interpretation von Militanz als Folge von Emotion entspricht, greift die Autorin nur begrenzt auf.

Den Einfluss des eben genannten radikalen Milieus haben Malthaner und Waldmann detailliert untersucht. In ihrem Werk (2012) beschreiben sie das soziale Umfeld von TerroristInnen³⁰ als Schleusenwärter: „Terroristen streben nach Solidarität“ (Malthaner und Waldmann 2012, 8) – ihr Umfeld könne somit die Eskalation hemmen oder befeuern. Ob und zu welcher aufständischen Gewalt es kommt, hänge stark davon ab, ob dieses Umfeld die Ziele der Gewalt für gerechtfertigt hält und soziale Ungerechtigkeit ebenso wie die Aufständischen empfindet. Hält das radikale Milieu den Aufstand für legitim, werde es zum solidarischen Fürsprecher, der Gewalt einerseits verteidigt, seine Exzesse jedoch einhegt (ebd., 25). Es vertiefe Freund-Feind-Dichotomien und diene als „Auffangbecken“ für ausgestiegene Kämpfer (ebd., 28). Eine große Rolle für die Legitimität spielt erneut staatliche Repression: Terror formiert sich im Verständnis der Autoren häufig als Gegengewalt zu durch den Staat erlebter Gewalt (Malthaner und Waldmann 2012, 14, 20). Wie weit ein radikales Milieu sich erstrecken kann, war besonders unter Nordkaukasus-ExpertInnen umstritten. Während Hahn (2008) argumentiert, durch gegenseitige Solidarität habe die Gewalt in Tschetschenien auf andere Republiken übergreifen können, widerspricht Ratelle (2014, 180-181). Er sieht hierfür vor allem strukturelle Ursachen (siehe oben).³¹

Das Verhältnis der KontrahentInnen beleuchten dagegen Moghaddam und Konaev (2010) ausführlich. Mit ihrem Konzept der „Mutual Radicalization“ beschreiben sie eine Eskalationsspirale, die wesentlich von der reziproken Rhetorik der kollidierenden Eliten abhängt. Gegenseitige Radikalisierung meint einen Prozess, „bei dem ein radikaler Schritt eines Anführers einer Gruppe in eine Verstärkung der Radikalisierungstendenzen der Gegenseite

³⁰ Hier gleichzusetzen mit radikalisierten KämpferInnen.

³¹ In einem Interview sagte ein Befragter: „Jeff, all diese Namen von aufständischen Gruppen und Kämpfern, wo hast du die her? Ich habe noch nie von ihnen gehört.“ (Ratelle 2014, 183).

mündet“³² (Konaev und Moghaddam 2010, 157). Der Konflikt³³ wird auf eine ideologische Ebene gehoben, die eine friedliche Kompromissfindung zwischen divergierenden politischen, sozialen, kulturellen oder religiösen Differenzen ausschließt (ebd., 160). Es wird eine „Realität von zurechenbaren Ungerechtigkeiten konstruiert, die nach gewaltsamen Taten verlangen. Bewegungsführer bilden Frames – sie beziehen sich hierbei auf individuelle Missstände, Werte und Glaubensansichten, um potenzielle Mitglieder zu überzeugen“ (Pisoiu 2013, 47).³⁴

Ob es zur Eskalation der Gewalt kommt, hänge demnach stark davon ab, wie erfolgreich die Führung beider Seiten in- und out-groups konstruiert. Über rhetorische Attacken gelingt es der Führung, eine externe Gefahr zu beschwören, um so interne Differenzen zu überwinden und Aggressionen auf den externen Gegner zu lenken (Konaev und Moghaddam 2010, 156). Während Moghaddam und Konaev drei allgemeinte „story lines“³⁵ beschreiben, zeichnen sich für den Nordkaukasus die folgenden drei wiederkehrenden Narrative ab:

1. Der Aufstand ist eine Fortsetzung des Aufstandes zur nationalen Befreiung durch Imam Shamil im 19. Jahrhundert (vgl. Kapitel 4.1.)
2. Der Aufstand ist ein Kampf der breiten Bevölkerung gegen die Elite, Korruption, Polarisierung, Klientelismus, Willkür und Armut.
3. Der Aufstand ist von russischen Sicherheitsbehörden selbst inszeniert, um die Autokratisierung des Staates zu rechtfertigen. (Koehler et al. 2016, 370)

Wie bereits oben beschrieben spielt der Befreiungsgedanke eine zentrale Rolle. Das gleichzeitig erwachsende Bedrohungsgefühl stärkt wiederum die Führungsrolle des Agitators oder der Agitatorin (ebd. 157). Die out-group wird instrumentalisiert, um innenpolitische Fehler der Anführenden zu übertünchen (ebd., 165). Moghaddams und Konaevs These, die rhetorische Feindseligkeit bezöge sich allein auf die gegnerische Elite, nicht aber auf deren Anhängerschaft

³² Wegen der Vielzahl an fremdsprachigen Zitaten sind jeweils nur meine Übersetzungen angeben.

³³ Als Konflikt gilt im Sinne Cosers ein „Kampf um Werte und Anspruch auf einen gewissen Status, Macht und beschränkte Ressourcen, wobei das Ziel der konfligierenden Parteien nicht nur im Erreichen des Gewünschten besteht, sondern auch in der Neutralisierung, Beschädigung oder Beseitigung des Gegners/Rivalen.“ (Chechenov et al. 2014, 58).

³⁴ Theorien, wonach eine bestimmte Ideologie *Ursache* für Aufstände sei oder gar die These, der Islam an sich berge grundsätzlich ein höheres Gewaltpotenzial (vgl. Meyer 1989) sind dagegen nicht nur ethisch fragwürdig, sondern auch empirisch eindeutig widerlegt (Fagan/Markedonov/Zhemukov 2012: 7, Schmidinger/Al-Hassan Diaw 2015). Sinnvoller erscheint es, Islamismus nicht als Ursache, sondern als Instrument von Mobilisierung zu interpretieren (Pisoiu 2013, 50 ff.).

³⁵ Und zwar die folgenden: „Der externe Feind ist real und gefährlich“, „Wir sind freiheitsliebend und offen, aber unser Feind hasst die Freiheit und baut auf Gewalt“, „Ich bin ein Mensch des Volkes und spreche für mein Volk; mein Widersacher [...] tut dies nicht.“ (Konaev und Moghaddam 2010, 156)

erscheint in diesem Zusammenhang inkonsistent (ebd., 165). Plausibler ist Schulzkes Annahme, dass erlebte Gewalt dazu führt, die Gegenseite als „monolithische Gruppe“ (Schulzke 2011, 157) wahrzunehmen und zu dämonisieren. Schritt für Schritt wird auch die zivile Sphäre militarisiert. Diese gegenseitige Radikalisierung ist für die aufständische Seite ebenso essentiell wie für die regierende: Nur wer den Gegner in den radikal Anderen verwandelt, ja geradezu entmenschlicht, kann ihn mit Zustimmung der in-group töten (ebd. 158).

Einen umfassenden Überblick verschiedener involvierter AkteurInnen bieten dagegen Eitan Alimi, Lorenzo Bosi und Chares Demetriou (2012). Auch sie beschreiben politische Gewalt als Folge von Konflikten zwischen verschiedenen Gruppen. Sie entstehe im Wechselspiel der Spannungen in drei verschiedenen Bereichen – sogenannten Arenen: In der ersten kollidieren soziale Bewegung und Politik, in der zweiten die soziale Bewegung mit dem Sicherheitsapparat und in der dritten die soziale Bewegung mit der Gegenbewegung, wobei alle drei Arenen gleichermaßen zur Eskalation beitragen können (Alimi et al. 2012). Weitere Erörterungen zum Ablauf der Konfrontation verschiedener Gruppen bieten Fligstein und McAdam in ihrer Feldtheorie über strategische Aktionsfelder (strategic action fields, Fligstein und McAdam 2012).

Einen ähnlichen Ansatz bieten außerdem Transformationstheorien mit klarem regionalen Bezug. Konkret für den Nordkaukasus beschreibt Fagan (2014, 29) eine Staat-Moschee-Konfrontation: Die Wurzeln der Konfrontation liegen ihrer Ansicht nach in der „Soviet policy towards Islam“ (ebd., 30). In deren Folge habe sich eine Elite ‘traditioneller’ bzw. ‘alter’ Muslime und eine Elite ‘normativer’ bzw. ‘neuer’ Muslime herausgebildet, wobei erstere der Sowjet- und Nachfolgeregierung nahestanden, letztere diese Korruptions- und Klientelismus-belastete Beziehung jedoch kritisierten (ebd., 30-31). Die Konfrontation kann hier ebenfalls nach dem bei Moghaddam und Konaev beschriebenen Muster verlaufen. Populär ist in Russland außerdem die (Verschwörungs-)Theorie, Sicherheitsdienste wie der KGB und der FSB selbst hätten Aufstände inszeniert, um die staatliche Autokratisierung zu rechtfertigen. Wissenschaftlich fundierter ist die Theorie der ‚perverted reciprocity of violence‘, nach der sich staatliche und aufständische Gewalt gegenseitig bedingen (Koehler et al. 2016, 370) – was letztlich den oben diskutierten Ansätze entspricht. Ratelle (2014) argumentiert, Sicherheitskräfte im Nordkaukasus hätten viele Situationen gezielt eskalieren lassen oder bewusst nicht beendet (ebd., 191).

Analog dazu bewerten politikwissenschaftliche Analysen aufständische Gewalt als Konfrontation der Eliten verschiedener Gruppen in der Gesellschaft, weil eine oder mehrere

Seiten ihre Interessen nicht gewahrt sehen und Veränderungsmöglichkeiten vermuten (vgl. Konaev und Moghaddam 2010; Koehler et al. 2016, 368; Pisoiu 2013, 47). Der Leidensdruck der breiten Bevölkerung ist hierbei eher ein Katalysator. Auslöser der politischen Gewalt ist das Interesse einzelner AnführerInnen daran. Die abgeleitete Aufstandsbekämpfung folgt einem cost-benefit-approach und konzentriert sich entsprechend auf die Eliten der aufständischen Gruppen (Koehler et al. 2016, 368). Die Erfolge dieses Vorgehens sind auch in der Theorie umstritten. So argumentiert Ratelle für den Nordkaukasus, dass das Kaukasus-Emirat 2007 offenbar infolge eines Machtvakuumms entstand, da in den zwei Vorjahren wichtige Kämpfer wie Basayev, Sadulayev und Maskhadov getötet wurden (2014, 176). Die Faktoren der Mesoebene bilden die Grundlage für die zweite und dritte unabhängige Variable (vgl. Kapitel 6.2. und 6.3.).

3.3 Ursachen auf der Mikroebene

Die Mikroebene wiederum stellt die Wahrnehmung und den Charakter eines Individuums in den Vordergrund (Pisoiu 2013, 50; Willems 1995). Für della Porta ist sie vor allem in der dritten und letzten Phase des Gewaltzyklus entscheidend. Zu diesem Zeitpunkt hat sich der Kreis der Gewalttätigen durch erhöhte Opferzahlen bereits stark reduziert. Entscheidend für die Fortführung der Gewalt oder die Implosion der Bewegung seien nun die entsprechenden Wahrnehmungen und Erfahrungen³⁶ einzelner Individuen (ebd. 187). Einen Überblick zu Arbeiten, die sich ganz auf die Mikroebene fokussieren, bieten Pisoiu (2013), Alex Schmid (2013) und Helmut Willems (1995). Letzterer argumentiert, dass „nicht persönliche Erfahrung mit Desintegration und Statusverlust, sondern der Eindruck ungerechter Verteilung und eine wahrgenommene bevorzugte Behandlung von Ausländern (relative Deprivation) sowie reale und wahrgenommene Bedrohungen eine entscheidende Rolle spielen“ (ebd., 50). Anders als auf der Mesoebene steht also nicht die Konstruktion von Narrativen im Vordergrund, sondern die Wahrnehmung eines Individuums – die jedoch zielführender in der Psychologie untersucht werden kann. Pisoiu schreibt dazu, unter Gewaltbereiten würde „relative Deprivation mit spezifischen individuellen Missständen kombiniert“ (Pisoiu 2013, 51).

Noch immer diskutiert wird außerdem der Ansatz der ‚terroristische Persönlichkeiten‘. Hierbei stehen „psychosoziale Grundmuster von Radikalisierungsprozessen“ (ebd., 52) im Vordergrund. Lützingen nennt zum Beispiel „dysfunktionale Bewältigungsstrategien in der Familie, generell zerbrochene Familienhintergründe, Auffälligkeiten und Brüche in der Schule

³⁶ Della Porta bezieht die Mikroebene also explizit nicht auf spezielle Charakterzüge oder psychologische Merkmale (ebd., 187).

und Arbeit, Gewalt und Unterdrückung in der Kindheit“ (Lützing 2010, 23, 28, 31) als mögliche Gründe für eine solche Radikalisierung. Da nun ganz offenbar keineswegs alle Personen mit diesen Charakteristika zu politischer Gewalt neigen, ist eine Betrachtung dieser Faktoren aus meiner Sicht nur in Verbindung mit den anderen Ebenen sinnvoll³⁷. Die Theorie vom „irren oder gehirngewaschenen“ (Schulzke 2011, 159) Terroristen wurde durch Studien vielfach widerlegt. Auch für den Nordkaukasus folgert Ratelle aus seiner Forschung, es seien „gewöhnliche Leute [, die] sich Rebellengruppen anschließen“ (Ratelle 2014, 176).

Zusammenfassend bleibt zu sagen, dass die monokausale bzw. Monolevel-Interpretation von Aufstandsursachen unzulänglich und schwer zu halten ist (Koehler et al. 2016; Schmid 2011; Crenshaw 2011; Pisoiu 2013; Schmid 2013; Shterin und Yarlykapov 2011; Stekelenburg und Klandermans 2010). In meiner Arbeit möchte ich deswegen nach Möglichkeit alle Ebenen miteinander verknüpfen, wobei die Mikro-Ebene aus den eben genannten Gründen am wenigsten Aufmerksamkeit erfährt. Insgesamt bevorzuge ich den Ansatz von Stekelenburg und Klandermans (2010), der eliten- und bevölkerungsorientierte Interpretationen verbindet: Die beiden beschreiben Radikalisierung (und die resultierende aufständische Gewalt) als Wechselspiel von Angebot- und Nachfrage. Über soziale Bewegungen, Parteien oder die Medien schaffen Eliten ein Angebot zur Radikalisierung. Letzteres wird dann von breiteren Teilen der Bevölkerung nachgefragt, wenn diese sich bedroht oder von der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen und den Eindruck haben, die Regierung könne oder wolle ihre Probleme nicht beheben (Stekelenburg und Klandermans 2010, 7).

3.4 Gegenmaßnahmen

Zentral für die Fragestellung dieser Arbeit ist jedoch nicht nur die Eskalations- sondern die De-Eskalationsspirale. Hass ist nach den genannten AutorInnen nur dann legitim, wenn er auch erwidert wird: So kann zum Beispiel das Abrücken einer Partei von ihrer feindseligen Rhetorik denselben Effekt beim Gegner erzielen und dadurch neue Dialogmöglichkeiten eröffnen. Ein erfolgreiches Beispiel hierfür war der Konflikt zwischen den USA und dem Iran bis zum Amtsantritt Trumps. Es verdeutlichte zugleich, dass ein Elitenwechsel erheblichen Einfluss auf die Konfrontation der Konfliktparteien haben kann (Konaev und Moghaddam 2010, 169). Für Khodzhaeva dagegen (2016, 10-13) ist die zentrale Organisation der Muslime ein wesentlicher Grund für das friedliche Zusammenleben von Muslimen in russischen Regionen abseits des

³⁷ Siehe dazu Pisoiu: „Radikale Personen werden nicht über Nacht geschaffen und sind nicht essentiell andersartige Individuen, die sich in einem sozialen und diskursiven Vakuum entwickeln“ (Pisoiu 2013, 59).

Kaukasus. Als weitere stabilisierende Faktoren nennt sie die säkulare Organisation von Muslimen und die relative ethnische Homogenität einer Region (ebd.).

Weltweit werden eine Fülle Präventions- bzw. Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen ergriffen, die in ihrer Härte stark variieren. Folgt eine Regierung nur einer der beiden ersten zwei Interpretationen, muss sie entweder vorrangig die Sicherheit, Verwaltung und soziale Entwicklung der Region garantieren (hearts-and-minds-approach) oder die Regierungsführung ‚versicherheitlichen‘ (cost-benefit-approach), was ein hohes Maß an Gewalt zugunsten der Counter-Insurgency (COIN) zulässt (Koehler et al. 2016, 369)³⁸. Im Fall Kabardino-Balkariens werden jedoch beide Ansätze verfolgt, wie das folgende Kapitel belegt (ebd., 370). In Einklang mit dem Konzept von Angebot und Nachfrage nach Gewalt empfehlen Kahl, Schmid und Schneider³⁹ (2011) dagegen eine dreiteilige Terror- und Aufstandsprävention. Diese müsse die Grausamkeit der Angreifenden verdeutlichen, einen friedlichen Wandel der Gesellschaft unterstützen und die Anwendung zweifelhafter Methoden⁴⁰ seitens des Staates vermeiden. Konkret benennen sie acht mögliche Präventionsstrategien:

1. Die Stabilität des Staates sichern
 2. ‚Chirurgische‘ Operationen durchführen, also eine gezielte Tötung von AnführerInnen des Aufstandes
 3. Juristische Verfahren gegen KämpferInnen desselben anstrengen
 4. Die gesellschaftliche Wiedereingliederung entlassener KämpferInnen ermöglichen
 5. Die soziale Lage stabilisieren
 6. TerroristInnen durch deren unverhältnismäßige Gewalt de-legitimieren und illegitim empfundene Gewalt auf Seiten des Staates verhindern
 7. Der Radikalisierung von Jugendlichen durch Präventionsprogramme vorbeugen
 8. Rekrutierungskreisläufen unterbrechen
- (Kahl et al. 2011, 14 ff).

Alle genannten Maßnahmen wurden auch vom russischen Nationalen Anti-Terror-Komitee aufgegriffen (NAK 2010, 2014, 2017a). Insbesondere in Bezug auf Russland und den jihadistischen Salafismus bringt die ICG (ICG Group 2016) eine weitere Präventionsmaßnahme

³⁸ Eine ethisch mehr als fragwürdige Zuspitzung dieses Ansatzes findet sich zum Beispiel in Roger Trinquier's Werk „La Guerre Moderne“ (Trinquier 2008), dass die massenhafte Folter von Aufständischen als legitim einordnet.

³⁹ Die Autoren seien hier beispielhaft genannt, da sie die in der Literatur dominanten Maßnahmen zusammenfassen. Die International Crisis Group bietet in diversen Berichten einen tieferen Einblick.

⁴⁰ Als Beispiel verweisen die Autoren auf Haftpraktiken der US-Regierung in Guantanamo.

ins Spiel – die Externalisierung des Aufstandes. Im Zuge des Syrienkrieges kam es zu vermehrten Ausreisen aus dem Nordkaukasus nach Syrien, die die russische Regierung bis Mitte 2014 forcierte (ebd., 16-17).

Wie dargelegt sind die Ursachen für Aufstände vielfältig und in der Theorie zum Teil widersprüchlich erklärt. Gleiches gilt für die Aufstandsbekämpfung in Russland bzw. Kabardino-Balkarien. Das folgende Kapitel soll deshalb die von der russischen Regierung implementierten Strategien beleuchten und sich hieraus ergebende Narrative historisch einordnen.

4. Aufstandsbekämpfung im Nordkaukasus – ein geschichtlicher Abriss

Schon im Zarenreich erschütterten Aufstände und Revolten den Kaukasus mit konstanter Regelmäßigkeit. Über die Jahrhunderte hinweg blieb die russische Zentralregierung für bedeutende Teile der Bevölkerung eine Besatzungsmacht. Dabei schafften es weder die Zaren noch die Bolschewiken, komplette Kontrolle über die Region zu erlangen (Perovic 2015, 488). Anders als oft dargestellt, setzten die Machthaber⁴¹ aber keineswegs nur auf Unterdrückung. Vielmehr etablierte sich ein ambivalentes Wechselspiel aus brutaler Repression und diplomatischer Kooptation. Wie Perovic zeigt, prägte ein „permanentes Verhandeln von Arrangements“ (ebd., 490) die regionale Politik im Zarenreich und in der Sowjetunion.

Beide Epochen sind wegweisend für das heutige Herrschaftsverständnis. Immer wieder werden in diesem Zusammenhang Parallelen zur Gegenwart gezogen (ebd., 138): Bereits in der Vergangenheit waren Aufstände im Nordkaukasus ethnisch-national oder religiös aufgeladen. Stets bedingten sowohl die Unzufriedenheit der Massen als auch Konfrontationen zwischen Eliten die ausbrechende Gewalt. Die Fortsetzung der damaligen Revolten bilden dabei ein Narrativ der heutigen Aufstände (Koehler et al. 2016, 370). Das folgende Kapitel beleuchtet das historische Verhältnis zwischen der russischen Zentralmacht und der Bevölkerung im Nordkaukasus. Besonderes Augenmerk liegt auf den mutmaßlichen Ursachen der Aufstände, deren Bekämpfung und der Rolle der geistlichen Eliten im Widerstand.

⁴¹ Gemeint sind tatsächlich ausschließlich Männer.

4.1 Der russisch-kaukasische Krieg (1817-1864)

„Ich will, dass der Schrecken, den mein Name verbreitet, unsere Grenzen wirksamer schützt als ein Gürtel von Festungen [...] und gerade aus Menschenliebe bin ich unerbittlich streng“ (General Yermolov, zitiert nach Perovic 2015, 77).

So charakterisiert Aleksey Perovich Yermolov die erste Dekade der russischen Eroberung: Der General befahl das Zarenheer im Nordkaukasus von 1816 bis 1827 und verfolgte bei der Eroberung der nordkaukasischen Fürstentümer für das russische Kaiserreich eine Strategie der verbrannten Erde. Seine Bataillone brannten ganze Dörfer nieder, vertrieben das Vieh der lokalen Bevölkerung, vernichteten dessen Ernte, organisierten Zwangsumsiedelungen und versklavten die Frauen ihrer Gegner (ebd., 77; Schaefer 2011, 60).⁴² Als bald erhob sich gegen Yermolov besonders in Tschetschenien ein partisanenartiger Widerstand, der auch in den Folgejahren anhielt. Unter dem Dagestaner Gazi Muhammad wurde in diesem Zuge die Scharia im Osten des Nordkaukasus implementiert. Diese war eher von organisatorischer als von religiöser Relevanz: Sie schuf einerseits Verbundenheit zwischen den verschiedenen Völkern, führte andererseits aber auch zu Kollisionen mit den bis dahin herrschenden Gewohnheitsrechten (Adaten). Um die Scharia durchzusetzen wurde im Jahr 1830 der Jihad ausgerufen⁴³, der sich auch gegen die russische Zentralmacht richtete. Als erstem Aufständischen in der Region gelang es Gazi Muhammad, breite Teile der dagestanischen, tschetschenischen und inguschetischen Bevölkerung zu mobilisieren. Er nahm wichtige Festungen der Russen im Ostkaukasus ein und versuchte gleichzeitig, mit den russischen Machthabern über die Unabhängigkeit der NordkaukasierInnen zu verhandeln. Diese lehnten jedoch ab und töteten Gazi im Kampf (Perovic 2015, 82-83; Schaefer 2011, 62-63).

Unter Imam Shamil begann 1834 die „eigentliche Institutionalisierung des Kampfs im Rahmen eines einheitlichen staatlichen Gebildes“. Das von Shamil errichtete Imamats gilt als erstes zentralistisches Staatswesen in der jüngeren Geschichte des Nordkaukasus (Perovic 2015, 82-83).⁴⁴ Aufständische beriefen sich auch Jahrzehnte und Jahrhunderte später darauf, in dieser Tradition zu stehen – während der feindzentrierte Ansatz Yermolovs⁴⁵ die russische Aufstandsbekämpfung dauerhaft prägen sollte. Wie Gazi Muhammad versuchte auch Shamil

⁴² Aus dieser Zeit stammt die Bezeichnung „Grozny“, die Bedrohliche, was sich auf eine von Yermolov errichtete Festung bezog (Schaefer 2011, 60).

⁴³ Schon 1785 hatte der tschetschenische Sheikh Mansur zum Gazavat (etwa gleichbedeutend mit dem Jihad) gegen die Russen aufgerufen, nachdem russische Soldaten sein Heimatdorf geplündert und niedergebrannt hatten. Bei den Kämpfen sollen bis zu 600 Männer getötet worden sein. Durch ihre geschickte Guerilla-Taktik fügten die tschetschenischen Kämpfer den technisch überlegenen Russen große Verluste zu (Schaefer 2011, 57-58).

⁴⁴ Es sah sich aber wie die russische Zentralregierung Revolten ausgesetzt – die auch von Shamil rigoros niedergeschlagen wurden (ebd.).

⁴⁵ Auf Yermolov folgte General Rosen (Schaefer 2011, 64).

erfolglos, einen Friedensschluss mit den russischen Machthabern zu erwirken. Eine Bedingung war, dass die lokale Bevölkerung offiziell unter Scharia-Recht leben könne. Die russischen Streitkräfte setzten jedoch weiterhin auf eine harte militärische Konfrontation (Schaefer 2011, 61, 65).

Ab 1850 änderte das russische Militär unter Führung von Fürst Baryatinsky seine Strategie. Die russischen Machthaber setzten nun stärker auf Kooptation: Regionale Kämpfer erhielten unverhältnismäßig hohen Sold, wenn sie sich den Russen anschlossen, die islamische Elite wurde vermehrt in Führungsrollen gehoben. Insgesamt bezog das russische System nun muslimische Glaubenssätze und Meinungen der Mullahs und Kadis stärker mit ein. Die Scharia diente dabei als Grundlage, die Toleranz wuchs aber auch gegenüber den Adaten (Perovic 2015, 86). Alle Maßnahmen sollten Shamils Verbündete abwerben.

Tatsächlich ergaben sich Shamil und seine Mitstreiter im Jahr 1859. Das Imamats zerfiel – auch, weil die Bevölkerung durch den bereits Jahrzehnte andauernden Krieg ausgezehrt war. Perovic macht eine Kombination aus „brachialer Militärgewalt [...] geschickter Diplomatie [und] wirtschaftlichen Anreizen“ (ebd., 87) seitens der Zentralmacht für das Scheitern des Imamats verantwortlich. Eine wachsende Popularität der russischen Regierung – wie sie in der Folge oft propagiert wurde – hält er aber für unwahrscheinlich. Nach Shamils Aufgabe siedelte die Zentralmacht große Teile der Bevölkerung um. Tausende wanderten nach dem Ende des Imamats vom Nordkaukasus ins Osmanische Reich aus (Perovic 2015, 87; Schaefer 2011, 69). 1884 schließlich besiegte das russische Militär auch die Tscherkessen im Westen, womit der Kaukasus-Krieg offiziell als beendet und die Kolonisierung der Region als abgeschlossen galten (Perovic 2015, 89).

Auch danach kam es im Nordosten des Kaukasus jedoch weiter zu Aufständen, die zum Teil auf den Westen übergriffen. 1877 wurde der letzte Jihad ausgerufen an dem Tausende Kämpfer vor allem aus Tschetschenien und Dagestan, aber vereinzelt auch aus anderen Regionen teilnahmen. Der Aufstand verlief zeitgleich mit dem Krieg gegen das Osmanische Reich. Das machte die Loyalität der Dörfer für beide Seiten unberechenbarer – sie variierte je nach Siegchancen des Osmanischen Reiches. Gleichwohl zeigte sich, dass die russischen Kooptationsversuche auf lange Sicht Erfolg hatten: Ehemalige Mitstreiter des Imam Shamil, etwa sein enger Verbündeter Said Abdurachman, schlossen sich nach ihrem Exil den Russen an und kämpften 1877 an deren Seite gegen die Aufständischen unter Gazi Muhammad dem Zweiten. Im Anschluss an den gescheiterten Jihad kam es wieder zu massiven Repressionen durch die Zentralmacht, sie brannte Dörfer nieder, deportierte über 5.000 Menschen ins

Landesinnere, erhob Sondersteuern für Familien, die der Kollaboration mit den Aufständischen verdächtig wurden, und hängte 13 von 18 führenden Aufständischen (Perovic 2015, 137-138; Schaefer 2011, 69-71).

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass sich Phasen der Gewalt und Repression mit Phasen der Kooptation und „Toleranz gegenüber der islamischen Religion und traditionellen Lebensweisen“ (ebd., 39) abwechselten. Der soziale Aufstieg in der russischen Gesellschaft blieb für die Bevölkerung im Nordkaukasus aber zu jeder Zeit schwer, Ausgrenzung und Segregation überwogen. Insgesamt konstatiert Perovic für das Zarenreich ein „passives Stillhalten“ (ebd., 489) als angestrebten Idealzustand im Nordkaukasus, ihr Vorgehen sei deshalb ein Herrschaftsprojekt mit minimalistischer Zielsetzung (ebd., 39).

4.2 Aufstände in der Sowjetunion (1922-1991)

Im Gegensatz dazu beschreibt Perovic die Epoche der Bolschewiken als „Herrschaftsprojekt mit maximalistischer Zielsetzung“ (2015, 41)⁴⁶. Repression und Entgegenkommen wechselten sich ab, um die „aktive Anteilnahme“ der Bevölkerung im Nordkaukasus sicherzustellen. Zu diesem Zweck kooptierte die Sowjetmacht die regionalen Eliten stärker als die zaristischen Machthaber. Anfang der 1920er stützte die Sowjetregierung zumindest teilweise die Autonomie der Kaukasus-Republiken durch Bildungs- und Kulturprogramme. In den ersten Jahren erlaubte die – an sich anti-religiöse – Zentralmacht sogar Scharia-Gerichte, muslimische Geistliche waren in sowjetischen Exekutivorganen vertreten (Perovic 2015, 46; Schaefer 2011, 96). Doch auch zu dieser Zeit kollidierten informelle Institutionen wie Clans und Ältestenräte mit den sowjetischen Institutionen. Die hierarchische Organisation der Sowjets war mit kaukasischen Regierungsmodellen schwer vereinbar (Perovic 2015, 41-43). Die in den 1920ern und 1930ern praktizierte „Korenizacija“, also „Verwurzelungspolitik“, führte außerdem erstmals zu einer Nationalisierung von Aufstandsbewegungen (Perovic 2015, 46).

Bald kam es zu einer erneuten Repressionswelle. Nach und nach wurde die Religion aus dem öffentlichen Raum verdrängt und nur noch im familiären Kreis von der Zentralmacht „stillschweigend akzeptiert“ (Perovic 2015, 46; Schaefer 2011, 96). Ab Mitte der 1920er Jahre wurden „hochverehrte[] geistliche[] Führer“ (ebd., 43) verhaftet oder ermordet und die Bevölkerung entwaffnet.⁴⁷ Letzteres verfehlte sein Ziel: Die Kollektivierung 1929/1930 stieß

⁴⁶ Die verschiedenen nordkaukasischen Allianzen im vorausgegangenen Bürgerkrieg sind zum Beispiel bei Schaefer (2011, 89-95) ausführlich beschrieben, der auch auf die kurze Existenz des Emirats und der Unabhängigkeit unter Uzun-haji eingeht.

⁴⁷ Besonders brutal verlief der Kampf gegen Aufständische in Tschetschenien, wo die Sowjetmacht die Zivilbevölkerung bombardierte, um die Aufständischen zur Aufgabe zu zwingen (Schaefer 2011, 97).

dennoch auf bewaffneten Widerstand im Nordkaukasus und wurde zeitweise ausgesetzt. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die Gewalt, als Shita Istamulov nach Repressionen gegen die tschetschenische Elite 1929 erneut zum Gazavat aufrief. In der Folge setzte der Geheimdienst GPU auf verdeckte Operationen und nahm zum Beispiel Familienangehörige der Aufständischen als Geisel, um diese zur Aufgabe zu zwingen und hinzurichten (Perovic 2015, 46; Schaefer 2011, 98).

Schon zuvor kam es etwa in Kabardino-Balkarien zu größeren Aufständen. Als im Sommer 1928 die Getreideabgaben erhöht wurden, hatte sich die Stimmung bereits aufgeheizt: Viele Bauern waren enteignet worden, Moscheen und Medressen geschlossen. So erhob sich Protest gegen die Erhöhung, in dessen Folge bei Baksan einige DorfbewohnerInnen verhaftet wurden. Um für die Freilassung zu protestieren, zogen am 10. Juni rund 1.500 Menschen mit Mistgabeln und ähnlichem bewaffnet nach Baksan. Dort attackierten sie zwei Staatsbeamte und erbeuteten Waffen (Perovic 2015, 361-363).

Kurz darauf gründete sich ein „aufständischer Stab“ aus Kulaken und Scharia-Anhängern. Seine insgesamt zwölf Mitglieder forderten die Rücknahme der Erhöhung der Getreideabgaben, die „Wiederherstellung der Scharia, die Öffnung der geschlossenen Medressen, Religionsfreiheit und die Einstellung der Organisation von [staatlichen] Kinderkrippen“ (ebd., 364). Bald weiteten sich die Unruhen auf andere Teile Kabardino-Balkariens aus. Am 12. Juni marschierten erneut Aufständische nach Baksan, dieses Mal beteiligten sich rund 3.000 Personen, die zum Teil mit Schusswaffen ausgestattet waren. 20 Aufständische wurden in der Folge von Sicherheitskräften getötet. Am nächsten Tag verstärkte die Zentralmacht die Truppen, der Aufstand verlief sich. Es wurden bis zu 160 Menschen verhaftet, über 100 im Schnellverfahren verurteilt und elf hingerichtet. Dabei entledigte sich die Sowjetregierung auch des Kritikers Nasir Katchanovs, der – obwohl bereits in Haft – wegen des Aufstandes zum Tode verurteilt wurde (ebd., 365-366).

Interessant ist hierbei die Rolle der Scharia: Jene war für die Aufständischen ohne weiteres mit dem Sowjetsystem vereinbar, für die lokalen Machthaber dagegen nicht (ebd., 367). Perovic bewertet den Aufstand einerseits als Folge des Zorns über die Abgabenerhöhung, andererseits aber auch als Konfrontation zweier aufstrebender Eliten, von denen erstere atheistisch, letztere religiös geprägt war. Kulaken, Mullahs und Scheiche genossen dabei im Nordkaukasus noch immer ein hohes Ansehen, was ihre Degradierung schwieriger machte (Perovic 2015, 367).

Eine völlige Verschiebung der Machtverhältnisse erfuhr die Region durch den Großen Terror. 1937 deportierte und tötete die Sowjetregierung im Rahmen ihrer „Generellen Operation gegen antisowjetische Elemente“ mindestens 35.000 TschetschenInnen. Im Februar 1944 begannen die Deportationen der tschetschenischen, inguschetischen und balkarischen Bevölkerung, durch die mindestens 145 000 Menschen starben. In der Folge kamen die Aufstände zum Erliegen (Schaefer 2011, 99-107).

Ab den 1970ern milderte die Zentralregierung die Repressionen gegenüber Religionen wieder. Dies machte sich unter anderem darin bemerkbar, dass im Nordkaukasus mehr Paare nach muslimischer Traditionen heirateten (Shogenov 2011, 109). 1990 wurde die Religion liberalisiert, das Gesetz „Über die Freiheit des Gewissens und der religiösen Organisationen“ garantierte die Religionsfreiheit. Die Dukhovnoe Upravlenie Musulman Kabardino-Balkariens (DUM KBR), die sich bereits 1989 gegründet hatte, löste die Severkavkazkoe Dukhovnoe upravlenie als Repräsentant der lokalen MuslimInnen (SDU) ab (ebd.).

4.3 Aufstandsbekämpfung in Russland: 1991-2016

Noch stärker als andere Regionen wurde der Nordkaukasus von den Zerfallsprozessen der Sowjetunion beeinflusst. Ressourcenstreits, eine hohe Arbeitslosigkeit, Korruption und Klientelwirtschaft prägten den Umbruch und führten alsbald zu „latente[n] Spannungen zwischen den ethnischen Gruppen“ (Koehler et al. 2016, 376). 1994 eskalierte die Situation, der erste Tschetschenien-Krieg brach aus (ebd., 372). In den Folgejahren griff die Gewalt auch auf benachbarte Republiken über, bald lösten jihadistische Motive nationalistische ab. Mit dem zweiten Tschetschenienkrieg 1999 weitete sich der Aufstand in mehreren Etappen aus (al-Shishani 2005, 3). Zunächst erfasste er die umliegenden Republiken, was sich noch eher diffus vollzog. Als Doku Umarov⁴⁸ im Herbst 2007 das „Imarat Kavkaz“ ausrief, zentralisierte sich der Kampf (ICG Group 2012b, 1). Das von Umarov gegründete Kaukasus-Emirat⁴⁹ bestand zunächst aus sechs sogenannten Vilayaten, also Verwaltungsbezirken: Dagestan, Nokhchiycho (Tschetschenien), Galgayche (Inguschetien), Iriston (Nordossetien), Nogayskaya Step (Stavropolski Krai) und dem vereinigten Vilayat Kabardy, Balkarii i Karachaya (Kabardino-Balkarien und Karatschai-Tscherkessien). Umarov ernannte sich selbst zum Emir der Vilayate und verhängte für die von ihm kontrollierten Gebieten die Scharia und das Kriegsrecht (Kavkazkiy Uzel 2016b). Er wurde somit zum „Anführer des Jihad“ im Nordkaukasus, dem die

⁴⁸ Mit Kampfnamen „Dokka Abu-Usman“ (ebd.).

⁴⁹ Auf die Schreibweisen jihadistischer Kampfbegriffe in Häkchen und die Formulierung „sogenannte/r/s“ verzichtete ich nach der ersten Nennung zugunsten der besseren Lesbarkeit. Dies ist selbstverständlich nicht als Bestätigung der jihadistischen Darstellung zu verstehen.

Schura (Versammlung der Oberhäupter der einzelnen Vilayate) und das Scharia-Gericht unterstanden. Bis zu seinem Tod im Jahr 2010 war der Kabardiner Anzor Astemirov der oberste Kadi dieses Scharia-Gerichts. Darüber hinaus verfügte das Kaukasus-Emirat über einen eigenen Sicherheitsdienst⁵⁰, der sogenannte Staatsfeinde des Emirats eliminieren sollte, und über Auslandsvertretungen⁵¹ (ebd.).

Seiner offenen Staatsfeindlichkeit zum Trotz wurde das Kaukasus-Emirat in Russland erst 2010 gerichtlich verboten und als Terrororganisation eingestuft (Kavkazkiy Uzel 2016b). Im selben Jahr hatte die Spaltung des Emirats bereits begonnen. 2010 kam es zum Zerwürfnis zwischen Umarov und Anhängern um den Kämpfer Aslambek Vadalov, wobei Umarov die Abtrünnigen letztlich wieder eingliedern konnte (Kavkazkiy Uzel 2016b). Gleichzeitig schwächten Operationen der russischen Sicherheitskräfte das Kaukasus-Emirat. Dem Staat gelang es, führende Kämpfer zu töten (ICG 2012a). Umgekehrt stellte das Emirat seine Kampftaktik um und attackierte nun vor allem staatliche Sicherheitskräfte, lokale Offizielle und regierungstreue Geistliche (ebd.).

Nach Umarovs Tod im Jahr 2014 mehrten sich Gerüchte über den Zerfall des Kaukasus-Emirats. Anführer einzelner Vilayate und wichtige Kämpfer sagten sich vom Emirat los, um dem „Islamischen Staat“ (folgend IS⁵²) die Treue zu schwören. Auch die Führung des Emirats war unsicher: Umarovs Nachfolger wurden jeweils nach kurzer Zeit durch Operationen russischer Sicherheitskräfte getötet. Von März 2014 bis Mai 2015 beanspruchte der frühere Kadi Aliaskhab Kebekov⁵³ den Posten des Emirs. Ihm folgte Magomed Suleimanov, unter dem sich das Kaukasus-Emirat dem IS anschloss. Mit Ausnahme der Vilayate Nord-Ossetien, Stavropolskiy Krai⁵⁴ und einigen autonomen Gruppen in Kabardino-Balkarien verpflichteten sich die Kämpfer dem IS-Anführer Abu Bakr Al-Baghdadi (ICG Group 2016, 2; Kavkazkiy Uzel 2016b). Nach der Tötung Suleimanovs im August 2015 galten die Kämpfer Aslambek Vadalov aus Tschetschenien und Zelim Shebzukhov aus Kabardino-Balkarien als besonders einflussreich, erhielten aber nicht den Titel des Emirs. Anschließend wurde unter der Führung des IS Rustam Aselderov („Abu Mukhammad al-Kadari“) zum Anführer des Vilayat Nordkaukasus ernannt. Seit auch dieser im Dezember 2016 von Sicherheitskräften getötet wurde, ist unklar, ob und welcher Führung das Vilayat Nordkaukasus untersteht. Es wird

⁵⁰ den „Mukhabarat“ (ebd.)

⁵¹ Sogenannte Vekalate (ebd.).

⁵² Die von mir bevorzugte Bezeichnung „Daesh“ wird zugunsten der besseren Verständlichkeit aufgegeben.

⁵³ Mit Kampfnamen „Ali Abu-Mukhammad“.

⁵⁴ Auch einige marginale Gruppen in Dagestan und Kabardino-Balkarien verweigerten dem IS die Treue und berufen sich weiter auf das Kaukasus-Emirat (ICG 2016, 1).

spekuliert, dass dies den entsprechenden Anführer – so es ihn gibt – vor weiteren tödlichen Operationen der russischen Sicherheitsdienste schützen soll (ICG 2016, 2; Kavkazkiy Uzel 2016b).

Mit der sinkenden Stabilität der Führung der Aufständischen nahmen auch die Terroranschläge in Russland ab. Laut Angaben des NAK sind terroristische Verbrechen seit 2009 deutlich zurückgegangen, allein zwischen 2009 und 2013 reduzierte sich die Anzahl der registrierten terroristischen Verbrechen von 1030 auf 218 (NAK 2014). Auch die Zahl der Opfer im Nordkaukasus sank deutlich. 2010 starben 749 Menschen im Zusammenhang mit aufständischer Gewalt, 2016 waren es noch 202, weniger als ein Drittel:

Tabelle 1 Getötete Personen nach Republiken*

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Gesamt
Dagestan	378	413	405	341	208	126	140	2011
Kabardino-Balkarien	79	129	107	92	49	47	14	517
Tschetschenien	127	95	82	39	52	14	27	436
Inguschetien	134	70	84	36	21	16	15	376
Stavropolskiy Krai	5	17	10	13	10	2	6	63
Nord-Ossetien	24	4	7	3	1	0	0	39
Karatschai-Tscherkessien	2	22	5	5	0	4	0	38
SKFO	749	750	700	529	341	209	202	3480

*Eine Aufschlüsselung für die Jahre 2005 bis 2016 findet sich für Kabardino-Balkarien in Kapitel 5. Quelle: (Kavkazkiy Uzel 2017a)

Interessant ist, dass die Gewalt in allen Republiken zurückging, wenngleich die Föderationssubjekte zum Teil sehr unterschiedliche Strategien der Aufstandsbekämpfung verfolgten (Halbach 2016, 2; Koehler et al. 2016, 373-385). Dennoch zeichnen sich drei verschiedene Phasen ab, in denen die Zentralmacht jeweils unterschiedliche Konzepte der Aufstandsbekämpfung vertrat (Snetkov 2011, 2015; ICG Group 2016; NAK 2014):

1. Während der Phase der Versicherheitlichung von 1994 bis 2004 wertete der Kreml Terror als „existenzielle Bedrohung sowohl des russischen Staates wie auch der größeren internationalen Gemeinschaft“ (Snetkov 2011) und wurde rein militärisch bekämpft. Die Aufstandsbekämpfung war somit führungsorientiert („leader centred“) (ebd.; Snetkov 2015).
2. In der Phase der Normalisierung⁵⁵ von 2005 bis 2008 änderte sich die Darstellung, Terror wurde im Kreml nur noch als „Risiko“ (ebd.) eingeordnet und durch Terrorgesetze und die Einrichtung des Nationalen Anti-Terror-Komitees (folgend NAK) bekämpft (ebd.).
3. 2008 bis ca. 2012 erfolgte die Phase der Modernisierung oder, weniger wohlwollend, des „konzeptionelle[n] Durcheinander[s]“ (ebd.). Die Aufstandsbekämpfung orientierte sich nun stärker an der Bevölkerung. Militärisches Vorgehen blieb aber relevant: Spezialoperationen gingen einher mit wirtschaftlichen Fördermaßnahmen für die Region. Besonders wichtig waren in diesem Rahmen der Entwicklungsplan Khloponins und die Einrichtung des Föderationskreises Nordkaukasus (folgend SKFO) (ebd.). Zwischen 2010 und 2011 wurde außerdem die nationale Polizei reformiert, was sich aber auf die Professionalität der Kräfte im Nordkaukasus wenig auswirkte (ICG Group 2013, 34).
4. Mit dem Syrienkrieg im Jahr 2011/2012 begann schließlich die Phase der Externalisierung. Laut verschiedenen ExpertInnen ermöglichte und förderte die russische Regierung im Vorfeld der Olympiade in Sochi 2014 Ausreisen nach Syrien und in den Irak. 2016 sollen bis zu 5 000 nordkaukasische Jihadisten im Nahen Osten gekämpft haben (vgl. 6.3.)

Die verschiedenen Ansätze stehen dabei immer wieder in der Kritik, weder effektiv noch nachhaltig zu sein. Ein innenpolitischer Wandel mit echten Reformen im Nordkaukasus sei so unmöglich, zumal staatliche Sicherheitskräfte im Rahmen der Aufstandsbekämpfung immer wieder Folter anwandten und so an Legitimität verloren (ICG 2013, ICG 2016, Koehler et al. 2016, Snetkov 2011).

Innerhalb dieser Phasen unterscheidet sich die Umsetzung der COIN in den einzelnen Republiken stark. Zwar werden sie durch verschiedene Charakteristika vereint: Alle teilen den

⁵⁵ Natürlich ist diese Bezeichnung für Kabardino-Balkarien unpassend, wo der Aufstand genau im Jahr 2005 ausbrach.

administrativen Status, ähneln sich in ihrer kontrastreichen sozio-geographischen Struktur aus landwirtschaftlichen Regionen und urbanen Zentren, außerdem leben in allen Republiken außer Nord-Ossetien muslimische Titularnationen und christliche Minderheiten (Koehler et al. 2016, 371). Gleichwohl ist die demographische Komposition der Republiken sehr unterschiedlich, Tschetschenien etwa ethnisch sehr homogen, Dagestan dagegen sehr heterogen. Die Intensität der Aufstände und ihrer Bekämpfung variiert zwischen den Republiken enorm, wobei Kabardino-Balkarien im Mittelfeld der Eskalationsskala einzuordnen ist (Koehler et al. 2016, 371). Die folgenden Republiken illustrieren dabei, wie sich ihre COIN-Umsetzung innerhalb der eben genannten Phasen unterscheidet bzw. auch davon abweicht. Da die übrigen Republiken im Hauptteil der Analyse (Kapitel 6) nur am Rande Beachtung finden, seien diejenigen mit massiven Aufstandsbewegungen hier kurz beleuchtet.

Der wohl prominenteste Fall russischer Aufstandsbekämpfung ist Tschetschenien. Schon bald nach dem Zerfall der Sowjetunion kam es zur militärischen Auseinandersetzungen zwischen tschetschenischen Nationalisten und der russischen Zentralmacht (Huéro et al. 2014). Diese mündeten 1994 in einen offenen Krieg, der erst 1996 endete. Der erste Tschetschenienkrieg schuf die Grundlage für den zweiten Tschetschenienkrieg im Jahr 1999: Wegen der hohen Arbeitslosigkeit infolge des Krieges fiel es den Aufständischen leicht, erneut Kämpfer zu rekrutieren, zumal sich bereits eine Kriegswirtschaft etabliert hatte. Diese zog auch aus den umliegenden Regionen weitere Kämpfer an. Nach den Kriegen entstand ein Justiz-Vakuum und die de-monopolisierte Gewalt begünstigte die aufständische Gewalt weiter (Koehler et al. 2016, 372). Stärker als in anderen Republiken wurde die COIN in Tschetschenien lokalen Eliten überantwortet. Im Rahmen der Tschetschenisierung kombinierten russlandtreue Tschetschenen⁵⁶ harte und weiche Ansätze der Aufstandsbekämpfung. Sie kooptierten aufgabewillige Kämpfer ebenso wie sie Widerständische etwa durch Geiselnahmen ihrer Verwandten oder das Niederbrennen von deren Häusern unter Druck setzten (Koehler et al. 2016, 372-373; ICG 2013). Insbesondere der zweite Tschetschenienkrieg war geprägt von groben Menschenrechtsverletzungen durch den Staat, wie zum Beispiel der Praxis des Verschwindenlassens. 2013 galten nach staatlichen Angaben noch immer 5 000 BürgerInnen als vermisst (ICG 2013, 32).

⁵⁶ Erneut spielen hier tatsächlich nur Männer eine Rolle.

Parallel dazu wurden traditionelle Institutionen⁵⁷ wieder gestärkt. Ramzan Kadyrov stieg dabei zum „Superpatron“⁵⁸ auf (Koehler et al. 2016, 379, 383, 384). Differenzen zwischen den Aufständischen halfen, diese zu kooptieren. Damit stieg jedoch auch das Risiko der Scheinloyalität: Letztlich, so argumentieren Koehler et al. (ebd., 385) hänge die Regierungstreue allein vor allem von finanziellen Zuwendungen aus Moskau und persönlicher Patronage ab. Die Konfliktforscherin Ekaterina Sokirianskaya (2016⁵⁹) verweist darauf, dass sich die Lage nach dem Ende von Putins Präsidentschaft rapide destabilisieren könnte, weil sein Nachfolger nicht zwangsläufig im selben Maße Kadyrov protegieren werde.

In Dagestan eskalierte die Gewalt erst später. Auch hier fielen verschiedene destabilisierende Faktoren zusammen. So kam es nach dem Zerfall der Sowjetunion zu einer Reihe von ethnischen Konflikten. Außerdem trugen religiöse Differenzen seit den 1980er Jahren zu latenten Aufstandsbewegungen bei. Nach einem drastischen Einbruch der Industrie herrschte eine hohe Arbeitslosigkeit, Korruption grassierte. Für die Kämpfer in Tschetschenien war es deswegen leicht, den Aufstand auf Dagestan auszuweiten – was im Sommer 1999 mit den Angriffen der Kämpfer unter Shamil Basaev geschah. Schon 1998 hatte sich Buynaksk als de facto unabhängiges Scharia-regiertes Gebiet abgespalten (Koehler et al. 2016, 373). Anders als in Tschetschenien setzte die russische Regierung in Dagestan nicht auf eine starke Rolle des Staates bzw. der Republik-Regierung. Stattdessen versuchte sie, über die örtlichen Mullahs und Imame mehr Legitimität zu erlangen (ebd., 379). Dies erfolgte zum Beispiel in Versuchen, einen intra-konfessionellen Dialog zu etablieren (vgl. 6.3.1). Insgesamt dominierten sowjetische und Scharia-Institutionen (ebd., 384). Allerdings kam es auch in Dagestan zu Gewaltexzessen der Sicherheitskräfte. Ein wichtiges Beispiel ist eine Operation vom April 2013: Damals starteten 4.000 Spezialkräfte eine Razzia in dem von vielen Aufständischen bewohnten Ort Gimry. Die meisten Aufständischen flohen, die 6.000 BewohnerInnen mussten den Ort für zehn Tage verlassen. Während der Razzia sprengten die Sicherheitskräfte zehn Gebäude und plünderten Besitz – angeblich aus Rache für die Anschläge auf den Sicherheitsapparat (ICG Group 2013, 33).

Eine ähnliche Parallelexistenz führten Schlichtungsversuche und staatliche Repressionen in Inguschetien. Der dort etablierte Dialog hatte die Lage seit 2009 deutlich verbessert (ICG Group

⁵⁷ Ich verwende den Begriff im Sinne von Douglas North:

„Institutions are the humanly devised constraints that structure political, economic and social interaction. They consist of both informal constraints (sanctions, taboos, customs, traditions, and codes of conduct), and formal rules (constitutions, laws, property rights) (North 1991, 97).

⁵⁸ Nach wie vor kursiert die Redewendung, in Tschetschenien gebe es drei Gesetze: das russische, das traditionelle und „was Ramzan gesagt hat“.

⁵⁹ Während einer Konferenz in Moskau.

2012b). Früher als in den anderen Republiken hatten hier bereits 1995 unabhängige religiöse Bildungseinrichtung eröffnet, die 1998 wegen „Bandentum“ vom FSB geschlossen wurden (ebd.). Nach dem zweiten Tschetschenienkrieg lebten in Inguschetien rund 300 000 Geflüchtete. Der damalige Präsident der Republik, Ruslan Aushev, verhinderte KTO zunächst. Als ihm 2001 der FSB General und Günstling Putins, Murat Zyazikov, nachfolgte, ordnete dieser auch in Inguschetien vermehrt Spezialoperationen gegen Terrorverdächtige an. Dabei soll es erneut massive Menschenrechtsverletzungen gegeben haben (ebd.). Aufständische Aktivitäten nahmen zu und gipfelten 2004 in der Attacke von Kämpfern um Shamili Basayev auf drei verschiedene Städte, wobei 78 Menschen getötet wurden. Eine zweite dramatische Eskalation der Gewalt erfuhr die Republik 2006 nach der Tötung Basaevs (ebd.). Mit der Amtsübernahme Yevkurovs im Jahr 2008 etablierten sich die oben erwähnten Dialogversuche (mehr dazu in Kapitel 6.3.1.), die Gewalt ging zeitweise zurück (ebd.).

Ein wiederum anderes Szenario bietet sich in Kabardino-Balkarien. Schon 1998 hatte sich dort das „Jamaat“⁶⁰ Kabardino-Balkaria“ gebildet (Kavkazkiy Uzel 2014a). Dieses wurde zunächst vom Staat geduldet, wenngleich es enge Beziehungen zu Strenggläubigen in Tschetschenien und Dagestan unterhielt. In den Folgejahren verstärkte die Republik-Regierung jedoch schrittweise die Repression und Diskriminierung der – vermeintlichen oder tatsächlichen – Jamaat-Mitglieder. Trotz latenter Unruhen kam es erst 2005 zum Ausbruch massiver Gewalt. Beim Aufstand in Nalchik am 13. und 14. Oktober starben über 100 Menschen (Shogenov 2011, 105 ff.). Wie Tschetschenien und Dagestan war auch Kabardino-Balkarien von schlechten sozioökonomischen Verhältnissen und einer hohen Korruption geplagt. Anders als in den vorigen Fällen reagierte die lokale Regierung aber vor allem mit repressiver und immer wieder auch diskriminierender Strafverfolgung (Koehler et al. 2016, 376-379). Sowjetische Institutionen behielten ihre Wirkungsmacht; „ein repressiver Staat regiert[e] über schwach ausgeprägte Gemeinschaften“ (ebd., 384). Zwar haben die eingesetzten Verbündeten des Staates keinen lokalen Rückhalt, allerdings ist die Gesellschaft so schwach vernetzt, dass ein zeitweiser Aufstand durch die Sicherheitskräfte problemlos niedergeschlagen werden könne, schätzten Koehler et al. (ebd.) die Lage ein. Der nächste Abschnitt beleuchtet die Entwicklungen detaillierter.

⁶⁰ Als Jamaat definiert Ekaterina Sokirianskaya: „Eine Gruppe von MuslimInnen, die religiöse Riten, islamische Studien und gegenseitige Unterstützung vereint. Dies kann sich zum Beispiel auf Gläubige beziehen, die die gleiche Moschee besuchen, sich auf dem gleichen Territorium befinden oder einem bestimmten religiösen Dogma anhängen (ICG Group 2012b, 36).“

5. Eskalation in Kabardino-Balkarien: Repression, Aufstand und Prävention zwischen 2005 und 2016

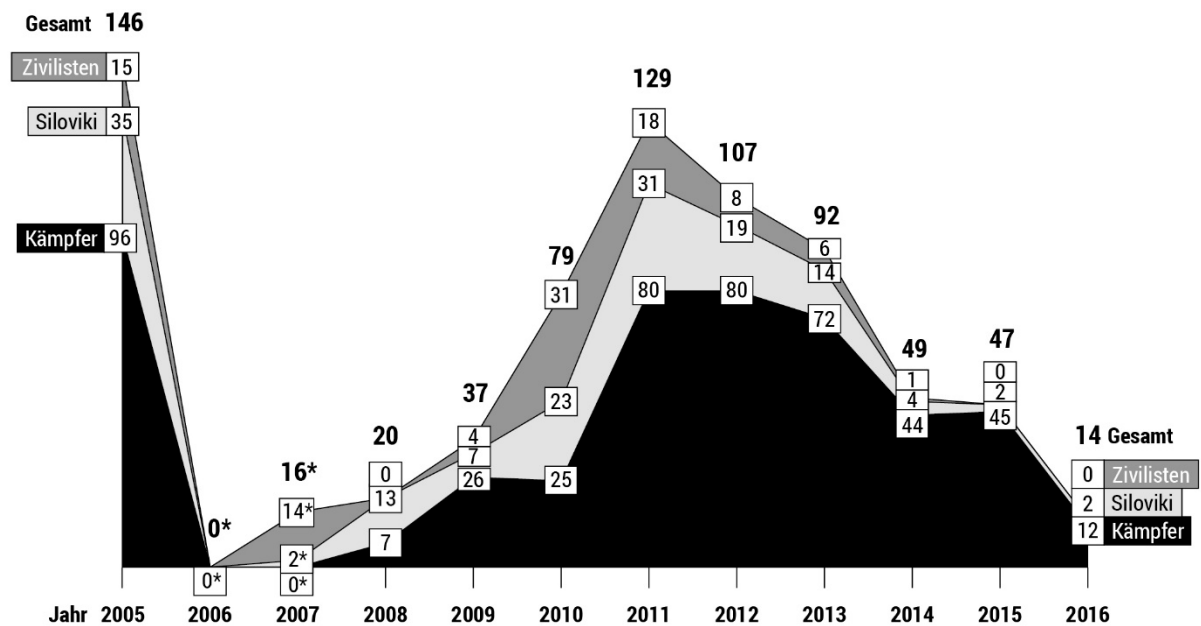
Wie die Tabelle zeigt, war das gewaltreichste Jahr 2005, das Jahr des Angriffs auf Nalchik. Nach einer vorübergehenden Abnahme der Opferzahlen eskalierte die Gewalt zwischen 2010 und 2013 erneut. Im Folgenden werde ich diese Entwicklung und die damit verbundenen staatlichen Maßnahmen näher betrachten. Einen quantifizierten Überblick der Entwicklung geben die folgenden Zahlen.

Tabelle 2 Getötete Personen im Untersuchungszeitraum

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Kämpfer	96	0*	0*	7	26	25	80	80	72	44	45	12
Sicherheitskräfte	35	0*	2*	13	7	23	31	19	14	4	2	2
Zivilisten	15	0*	14*	0	4	31	18	8	6	1	0	0
Gesamt	146	<u>0*</u>	<u>16*</u>	<u>20</u>	<u>37</u>	<u>79</u>	129	107	92	49	47	14

* Für 2006 konstatierte der FSB für KBR keine Terroranschläge. Die übrigen Zahlen wurden nur für den gesamten Südlichen Föderationskreis erhoben. Insgesamt wurden dort mindestens 120 Kämpfer getötet, davon 35 Anführer. Für 2007 gibt es ebenfalls keine umfassenden offiziellen Zahlen für Kabardino-Balkarien, da sich MVD und FSB widersprechen. Die angegebenen Zahlen sind eine eigene Hochrechnung aus verschiedenen Quellen: (Fagan 2014, 32; Kavkazkiy Uzel 2007a, 2007b, 2009a, 2009b, 2016a, 2017a; Shterin und Yarlykapov 2011, 321).

Abbildung 1 Getötete Personen im Untersuchungszeitraum



Quelle: ebd. Copyright: Liviu Barbulescu

Auch in Kabardino-Balkarien begleiteten interethnische Spannungen den Systemwechsel nach 1991. Zwar dominierten zunächst Konflikte um Landvergabe und Regierungsposten (Koehler et al. 2016., 367), die Feindseligkeiten zwischen KabardinerInnen und BalkarInnen⁶¹ wirkten sich aber auch auf das religiöse Leben aus. Vertreter beider Ethnien konkurrierten um den Vorsitz der DUM. Zunächst galten der Balkare Makhmud Gekiev und der Kabardiner Shafik Pshikhachev als Favoriten. Letzterer wurde vom späteren Republikpräsidenten Valery Kokov und der damals einflussreichen tscherkessischen Organisation „Adyge Khase“ unterstützt, die sich für nationale Unabhängigkeit engagierte. Tatsächlich setzte sich Pshikhachev durch und wurde 1992 zum Mufti berufen. Sein Stellvertreter wurde jedoch nicht Gekiev, sondern der Balkare Sharafutin Chochaev. Obwohl die Berufung einem demokratischen Wahlverfahren folgte, war sie in der Bevölkerung umstritten (Shogenov 2011, 110).

Parallel zur DUM KBR etablierte sich die Gemeinschaft der sogenannten „Neuen Muslime“⁶², die für einen „reinen Islam“ und gegen den sowjetisch geprägten eintraten, der oft als korrupt und theologisch inkompetent empfunden wurde (Shterin und Yarlykapov 2011, 305). Ihren Mittelpunkt bildete das 1993 von Musa Mukozhev und Anzor Astemirov gegründete Jamaat Kabardino-Balkarien. Dessen Mitglieder standen im verstärkten Austausch mit Gläubigen im

⁶¹ Laut Zensus von 2010 sind 57.2 Prozent der Bevölkerung ethnische KabardinerInnen, 22.5 Prozent ethnische RussInnen und 12.7 Prozent ethnische BalkarInnen (Rosstat 2016).

⁶² Direkt aus dem Russischen übersetzt und deshalb rein männliche Bezeichnung der Gruppe.

Nahen Osten und waren so mit verschiedenen theologischen Grundsätzen im Islam besser vertraut als die VertreterInnen der DUM KBR, die den Islam häufig noch so auslebten, wie es das sowjetische Recht zugelassen hatte. Dennoch wurden die Neuen MuslimInnen zunächst von der DUM unterstützt (Shterin und Yarlykapov 2011, 309, 311). Insgesamt studierten in den 1990ern rund 100 UniversitätsabsolventInnen aus Kabardino-Balkarien im Nahen Osten. 1991 gründete Shauti Balag, ein adygischer Syrer⁶³, die erste Koranschule in Nalchik. Dort lernte unter anderem der spätere Jihadist Musa Mukozhev. Außerdem wurde mit finanzieller Unterstützung Saudi-Arabiens das islamische Jugendzentrum „Da-ua“ gegründet, das später als Ort der Radikalisierung bekannt wurde (Shogenov 2011, 111). 1993 etablierten die eben erwähnten Gläubigen Anzor Astemirov und Musa Mukozhev ein unabhängiges Islamzentrum (Fagan 2014, 30). Sie erreichten so eine relative Einigung der jungen MuslimInnen und konnten ihr Islamzentrum zum kabardino-balkarischen Institut für islamische Studien ausbauen, ohne jedoch einen formalen juristischen Status zu erhalten (ebd., 31). Da Mukozhevs AnhängerInnen finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhielten, genossen sie eine hohe Unabhängigkeit von der DUM KBR. Letztere war damals innerlich gespalten und so wenig effektiv (Shogenov 2011, 113).

Zu dieser Zeit stellten sich Astemirov und Mukozhev klar gegen die Bewegung der Takfiristen⁶⁴, die Ende der 90er in Kabardino-Balkarien Auftrieb erhielt (Kavkazkiy Uzel 2014a). Bereits 1998 kam es zu tödlichen Schießereien zwischen Sicherheitskräften und militanten Gläubigen um Anzor Atabiyev, der einen islamischen Staat anstrebte (Fagan 2014, 31; Shterin und Yarlykapov 2011, 318). Obwohl das Jamaat hiermit nicht in Verbindung stand und militante Gläubige von seiner Führung ausgeschlossen wurden, verhaftete die Polizei in der Folge massenhaft Anhänger Mukozhevs (ebd.). Wie sein Mitstreiter Anzor Astemirov lehnte Mukozhev Gewalt zu diesem Zeitpunkt öffentlich ab (Shogenov 2011, 112-113). Trotzdem kam es im Jahr 2000 zu einem ersten Prozess gegen Mukozhev, 2001 wurden er und Astemirov wegen mutmaßlicher Beteiligung an Terrorakten im Stavropolski Krai und Karatschai-Tscherkessien verhaftet. Beide wurden aus Mangel an Beweisen freigelassen (ebd., 113).

Das Jahr 2001 stellt eine Zäsur dar: Die Verabschiedung des Gesetzes „Über das Verbot extremistischer religiöser Handlungen und administrativer Verantwortung für Rechtsverstöße betreffend religiöser Handlungen“ markierte den Beginn des sogenannten Kampfes gegen den

⁶³ Ich verweise nur deshalb auf die ethnischen Zugehörigkeiten, weil dies vor Ort eine große Rolle spielt und somit für ein besseres Konfliktverständnis notwendig ist.

⁶⁴Im Arabischen: At-takfir-va-l-khidzra.

Extremismus. In der Folge wurden das von der DUM KBR unabhängige Islamzentrum und das islamische Institut geschlossen (Shogenov 2011, 113). Es setzte eine Welle von Repressionen gegenüber den Neuen Muslimen ein. Nach 2001 wurden sechs von insgesamt sieben Moscheen in Nalchik geschlossen, die Polizei organisierte weitere Massenverhaftungen. Im Rahmen von „Ermittlungen“ begannen Sicherheitskräfte, Anhänger Mukozhevs zu foltern (James Town Foundation 2005; Shogenov 2011, 115). Die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen trugen dazu bei, die Popularität des Jamaats unter jungen MuslimInnen zu erhöhen (ebd.). Auf seinem Höhepunkt hatte das Jamaat rund 3.000 Mitglieder⁶⁵ (Fagan 2014, 34; Shterin und Yarlykapov 2011, 311, 312, 317.)

2002 kündigte die KBR-Regierung dennoch an, eine Liste über 400 angeblicher ExtremistInnen⁶⁶ zu erstellen, gegen welche Sicherheitsorgane „jegliche Maßnahmen [...] einschließlich der physischen Elimination“ zu ergreifen bereit seien⁶⁷ (Fagan 2014, 31). 2004 verstarb das Jamaat-Mitglied Rasul Tsakoev nach zweitägiger Folter durch Sondereinheiten der Polizei. Es folgten Massenproteste, woraufhin verschiedene Offizielle das Gespräch mit Mukozhev suchten. Sie boten an, die Repressionen einzustellen, sollte das Jamaat seine politische Betätigung aufgeben und sich der DUM KBR anschließen. Dies schlug Mukozhev aus (ebd., 32).

Zwischen Mukozhev und Astemirov kam es derweil zur Spaltung, weil Astemirov dem Jihad näherstand. Zwar hatte auch Mukozhev Kontakt zu Shamil Basaev, insgesamt war Astemirov jedoch stärker mit den führenden Jihadisten im Kaukasus vernetzt. Mukozhev lehnte Gewalt öffentlich weiterhin ab. Dennoch wurde 2004 die Moschee in Volny Aul⁶⁸ geschlossen, in der Mukozhev als Imam arbeitete. Außerdem lieferten Ermittlungsbehörden Indizien, nach denen Mukozhev und Astemirov an einem Überfall auf das föderale Drogendezernat teilgenommen haben sollen (Fagan 2014, 32; Shogenov 2011, 115), der durch das neue ‚Jamaat Yarmuk‘ ausgeführt wurde (Shterin und Yarlykapov 2011, 305, 320, 321). Shterin und Yarlykapov vermuten, dass nur Astemirov zu den Gründern des Jamaat Yarmuk gehörte. Der Verbund wurde im Folgemonat durch Sicherheitskräfte zerstört, ihr Anführer Muslim Atayev getötet (ebd.).

Am 6. Oktober 2005 wandten sich über 400 MuslimInnen in einem offenen Brief gegen die Repressionen der Regierung und verlangten die Öffnung der zuvor geschlossenen Moscheen.

⁶⁵ Ausgehend von dieser Zahl kann also nur ein Bruchteil der Mitglieder letztlich auch am Angriff vom Oktober 2005 teilgenommen haben.

⁶⁶ Laut Fagan zielte diese Liste vor allem gegen KritikerInnen

⁶⁷ 2003 soll der damalige KBR-Innenminister Khachim Shogenov über die Gelisteten gesagt haben, er werde „einen nach dem anderen töten“ (Fagan 2014, 33).

⁶⁸ Ein Stadtteil von Nalchik.

Kurz darauf eskalierte die Gewalt. Am Morgen des 13. Oktobers 2005 eröffneten Kämpfer der „Kaukasischen Front“ und des Jamaat Yarmuk unter Basayevs und Astemirovs Kommando⁶⁹ den Angriff auf Nalchik. Die mindestens 217 Aufständischen attackierten 13 bis 18 Gebäude⁷⁰, darunter wichtige staatliche Institutionen wie das Zentrum der OMON, des FSB, das Innenministerium und den Flughafen (Kavkazkiy Uzel 2014a). Sie nahmen Geiseln und lieferten sich bis in den Abend Gefechte mit den Sicherheitskräften. Dabei starben 95 Aufständische, 35 Sicherheitskräfte und 15 ZivilistInnen. Über 200 Menschen wurden verletzt. Am Mittag des 14. Oktobers erklärte die Regierung den Aufstand für beendet (ebd.).

Im darauffolgenden Gerichtsprozess wurden über 2.500 Zeugen vernommen. Die Staatsanwaltschaft erhob 59 Anklagen wegen bewaffnetem Aufstand, Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Tötung und Geiselnahme. 2009 wurden 56 Angeklagte unter Arrest gestellt – die meisten von ihnen wiesen ihre Schuld zurück⁷¹. 2011 sprach sich die Staatsanwaltschaft für eine lebenslange Strafe von 15 Angeklagten aus (ebd.). Das Urteil fiel jedoch erst 2014, knapp zehn Jahre nach dem Angriff. Am 23. Dezember 2014 erklärten die Richter alle Angeklagten für schuldig. Sie sprachen fünf lebenslängliche Haftstrafen aus⁷² und verhängten weitere Haftstrafen zwischen zehn und 23 Jahren in Strafkolonien. Drei Verurteilte wurden deshalb sofort freigelassen, sie hatten ihre Haft bereits abgesessen. Wegen der langen Verfahrensdauer und Foltervorwürfen wurde die Justiz immer wieder von Menschenrechtsorganisationen kritisiert (Kavkazkiy Uzel 2014a). Nach dem Angriff auf Nalchik endete der Austausch zwischen der DUM KBR und Mukozhevs Anhängern. Mukozhev selbst ging in den Untergrund, wenngleich über seine Teilnahme an den Kämpfen nichts bekannt war (Shogenov 2011, 116, Stherin und Yarlykapov 2011, 321). Ab 2006 befürwortete er diese jedoch öffentlich. Er galt fortan – erneut oder weiterhin – als enger Verbündeter Astemirovs. Mukozhev wurde am 11. Mai 2009 durch russische Sicherheitskräfte getötet (Stherin und Yarlykapov 2011, 321, 323).

Zwar blieb der Aufstand vom Oktober 2005 in seinem Ausmaß der einzige, die latente Gewalt gegen den Staat nahm aber zu. Ein besonderer Anstieg war 2010 zu verzeichnen: Mit 108

⁶⁹ Zunächst übernahm Shamil Basaev selbst die Führung, zog sich dann aber mit seinen Männern zurück. Darüber hinaus unterstützten den Aufstand auch Kämpfer des Jamaats Yarmuk, das 2002 im Pankisi-Tal gegründet wurde (Kavkazkiy Uzel 2014a).

⁷⁰ Je nach Quelle gehen die Zahlen hier weit auseinander.

⁷¹ Viele Betroffene klagten über Folter und gefälschte Indizien, die ihre Schuld beweisen sollten. Hierauf geht das folgende Kapitel näher ein.

⁷² Davon betroffen waren Rasul Kudaev, Anzor Mashukov, Eduard Mironov, Aslan Kuchmenov und Murat Bapinaev. Anders als in Deutschland bedeutet diese Strafe in Russland tatsächlich eine Inhaftierung bis zum Lebensende.

Angriffen kam es viermal öfter zu Gewalt gegen Sicherheitskräfte als noch 2009. Laut dem Innenministerium⁷³ wurden in Kabardino-Balkarien zwischen 1991 und 2016 über 300 Sicherheitskräfte getötet. Besonderes Aufsehen erregten aber auch die Morde an Aslan Tsipinov und Mufti Anas Pshikhachev im Jahr 2010, ein Anschlag auf ein Wasserwerk in Baksan und ein Terrorakt im Jahr 2011, bei dem drei Touristen aus Moskau getötet wurden. Im „Kampf für die Sittlichkeit“ zündeten Islamisten in dieser Zeit außerdem Sprengsätze in verschiedenen Vergnügungszentren. Insgesamt töteten Aufständische ab 2010 deutlich mehr ZivilistInnen als zuvor, offenbar hatte es in der Führung einen Strategiewechsel gegeben⁷⁴ (Ratelle und Zhemukov 2011, 2-6; Shogenov 2011, 117-119). Der jihadistische Aufstand formierte sich dabei in verschiedenen Gruppen. Der kampfbereite Teil des Jamaats gehörte zunächst zur „Kaukasischen Front“ unter Shamil Basaev. 2007 wurde es Teil des neu ausgerufenen „Imarat Kavkaz“⁷⁵ (Kaukasus-Emirat, folgend KE) unter Doku Umarov (Ratelle und Zhemukhov 2011, 2-6; Shogenov 2011, 122). Der damalige Chef des Investigativen Komitees, General Ustov, rechnete 2011 mit 873 Kämpfern des KE aus Kabardino-Balkarien. Der Sondergesandte Aleksandr Khloponin ging dagegen von insgesamt nur 1 000 Kämpfern aus dem gesamten Nordkaukasus aus (ICG 2012, 14). Ab 2007 wurde auch Astemirov Kämpfer und sogar Kadi für das Kaukasus-Emirat, bis er im März 2010 im Alter von 34 Jahren durch russische Sicherheitskräfte erschossen wurde. Zuvor hatten diese eine Kopfprämie von drei Millionen Rubeln (damals 70.000 Euro) auf ihn ausgesetzt (Ratelle und Zhemukhov 2011, 2-6; Shterin und Yarlykapov 2011, 321).

2015 schloss sich die Mehrheit der Kämpfer des selbsternannten Emirats unter Magomed Suleimanov dem IS an (Kavkazkiy Uzel 2016j). In Kabardino-Balkarien beanspruchten dabei Zelim Shebzukhov und Robert Zankishiev zeitgleich eine führende Rolle in der Republik. Zankishiev wurde jedoch bereits im November 2015 getötet (Kavkazkiy Uzel 2017c). Ende 2015 tauchte wiederum eine angeblich von Shebzukhov stammende Nachricht im Internet auf, in der dieser den Übertritt der Kämpfer zum IS verurteilt und an sie appelliert, zum Kaukasus-Emirat zurückzukehren. Seit der Tötung Shebzukovs im August 2016 ist die Führung und Zugehörigkeit aufständischer Kämpfer in Kabardino-Balkarien unklar (ebd.). Wie die obige Tabelle zeigt, nahm die Gewalt in den letzten Jahren des Untersuchungszeitraums deutlich ab. Im nun folgenden Hauptteil werde ich vier mögliche Ursachen hierfür analysieren.

⁷³ Wo nicht anders verzeichnet, sind jeweils die Institutionen der Republik gemeint.

⁷⁴ Der damalige Präsident Arsen Kanokov vermutete eine Intrige – die Anschläge könnten von GegnerInnen finanziert sein, die seine erneute Amtszeit verhindern wollten (Ratelle und Zhemukov 2011, 5).

⁷⁵ Einen ausführlichen Überblick zur Rolle des Kaukasus-Emirats bietet [Gordon Hahn \(2014\)](#).

6. Stabilisierungsfaktoren nach dem Aufstand in Nalchik 2005

Grundlage dieses Kapitels sind 29 Leitfadeninterviews mit ExpertInnen. Der Leitfaden für die Interviews orientiert sich an vier Variablen (vgl. Kapitel drei und vier), soll aber auch Raum für andere Faktoren eröffnen. Die in Kapitel drei erläuterten Theorien dienen als Stütze für die entwickelten Leitfragen und Stimuli. Primäres Ziel der Interviews war es, mögliche Ursachen erfolgreicher Aufstandsbekämpfung offen und explorativ zu rekonstruieren, anstatt lediglich bestehende Theorien zu überprüfen (vgl. Kruse 2014, 170ff.). Gleichzeitig kann diese Arbeit unmöglich die Vielzahl diskutierter Aufstandsursachen in Gänze beleuchten. Ich stelle deswegen die sozioökonomischen Stabilisierungsmaßnahmen, Zwangsmaßnahmen, Dialogbereitschaft und Externalisierung des Konflikts durch den russischen Staat heraus, da diese vier Faktoren für den Nordkaukasus am häufigsten diskutiert werden (vgl. Kapitel drei).

6.1 Sozioökonomische Stabilisierungsversuche

6.1.1 Gesetzliche Grundlagen und staatliche Maßnahmen

Wie im Theorieteil beschrieben, ist der Einfluss sozioökonomischer Faktoren auf die Entstehung von Terrorismus und Aufständen stark umstritten. Der „niedrige [] Lebensstandard, hohe Arbeitslosigkeit, massive, schrecklich verbreitete Korruption“ (Dmitriy Medvedev, zitiert nach Holland 2016, 50) führte der Kreml als eine Ursache für die Radikalisierung und Gewalt im Nordkaukasus an. Seit Jahren versucht die russische Regierung, die instabile Lage mittels wirtschaftlicher Förderprogramme in den Griff zu bekommen. Gunya, Tenov und Chechenov (2017) errechnen, dass auf den Nordkaukasus insgesamt elf Prozent aller regionalen Transferleistungen entfielen, wobei dessen Bevölkerung nur rund fünf Prozent ausmachte (Gunya et al. 2017, 11). Diese Transfers waren im übrigen Russland stark umstritten. Protest formierte sich etwa unter dem Slogan «Хватит кормить Кавказ», was sinngemäß etwa mit „Schluss mit den Geldern für den Kaukasus“ übersetzt werden kann (ebd., 2). Nach starken Einschnitten sind die föderalen Subventionen für den Nordkaukasus 2016 wieder gestiegen (Fuller 2016). Allen Schwankungen zum Trotz machen sie einen großen Teil der Republikbudgets aus. 2016 betrugen sie für Kabardino-Balkarien 46,7 Prozent. Damit bezog die Republik relativ gesehen am wenigsten Subventionen innerhalb des SKFO (ebd.).⁷⁶

Im verbleibenden Teil dieses Kapitels beleuchte ich die wichtigsten wirtschaftlichen Förderprogramme für Kabardino-Balkarien. Anschließend folgt eine Beschreibung der sozialen

⁷⁶ Inguschetien wies mit 82 Prozent den höchsten Anteil auf (Fuller 2016). Die Zahlen unterscheiden sich jedoch je nach Berechnung – Gunya et al. (2017) sprechen beispielsweise von 56 Prozent für Kabardino-Balkarien.

Entwicklungen in der Teilrepublik. Aus Effizienzgründen rekurriere ich hier hauptsächlich auf die Arbeitslosigkeit⁷⁷, die Einkommensentwicklung wird vor allem für die Hochphasen der Eskalation beleuchtet. Die Analyse der ExpertInnen-Interviews soll beleuchten, inwieweit zwischen der sozioökonomischen Lage und dem Rückgang der aufständischen Gewalt ein kausaler Zusammenhang besteht.

Um die desolate Wirtschaftslage im Nordkaukasus abzufedern, haben die Föderal- und Republikregierungen verschiedene Strategien und Förderprogramme verabschiedet. Für Kabardino-Balkarien sind vier Programme und Strategien besonders entscheidend⁷⁸: das föderale Programm „Südrussland“, die föderale Entwicklungsstrategie für den SKFO⁷⁹ (Minkavkaz 2013; KRSKFO 2017a), die republikanische „Strategie für die Entwicklung der Republik Kabardino-Balkarien bis zum Jahr 2030“ (KRSKFO 2017b) und das föderale Programm „Entwicklung des Föderationskreises Nordkaukasus bis 2025“ (Kavkazkiy Uzel 2011a; KRSFKO 2017c; Minkavkaz 2014).

Das erste Programm „Südrussland“ startete bereits 2002 und war in drei Etappen geteilt: eine erste von 2002 bis 2006, eine zweite von 2008 bis 2013 und eine dritte von 2014 bis 2020 (Gunya et al. 2017, 6). Anfangs wurden für das Programm rund 5 Milliarden USD veranschlagt, wobei nur 30 Prozent durch das föderale Budget gestellt und der Rest durch die Regionen beschafft werden sollte (ebd.). Insgesamt sollte die erste Etappe die Wirtschaftsleistung im Nordkaukasus auf den russischen Durchschnitt anheben und die finanzielle Unabhängigkeit der Region erhöhen. Hierfür konzentrierte sie sich unter anderem auf geostrategische Aufgaben wie die Förderung von Öl und Bodenschätzen (vor allem im kaspischen Raum) und den Ausbau von Transport, Tourismus und Landwirtschaft. Diese erste Etappe sollte 140.000 Arbeitsplätze im Nordkaukasus sichern und 700.000 neue schaffen. Von den geplanten 145 Projekten zur Stärkung von Kurorten und Sanatorien entfielen 13 auf Kabardino-Balkarien, die meisten davon auf das Gebiet um den Elbrus (Gunya et al. 2017, 7). Die zweite Etappe verfolgte ähnliche Ziele, war aber stärker an der Finanzwirtschaft orientiert. Erneut sollte außerdem der Ausbau der Infrastruktur, der Landwirtschaft und des Tourismus die Konjunktur im Nordkaukasus ankurbeln sowie die Einkommen erhöhen (ebd., 8). Die dritte Etappe prägte

⁷⁷ Alle Werte sind nach der Methode der International Labour Organisation erfasst, die auf Stichproben zurückgreift. Als arbeitslos gilt jede Person zwischen 15 und 74 Jahren, die im Monat vor der Befragung aktiv nach einer Erwerbstätigkeit gesucht hat und diese innerhalb von zwei Wochen antreten würde (Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) 2014; International Labour Organization 2017).

⁷⁸ Leider gibt es wenig Quellen, die sich allein auf KBR beziehen oder konkrete Angaben zur Aufteilung der Gelder für einzelne Republiken machen. Der erste Teil der Analyse bezieht sich deshalb häufig auf den Nordkaukasus allgemein.

⁷⁹ Zur Gründung des Föderationskreises Nordkaukasus (SKFO) vgl. Kapitel drei.

schließlich ein sozialerer Fokus. Ziele waren unter anderem die sogenannte dritte Schulschicht abzuschaffen⁸⁰ und die medizinische Versorgung zu verbessern (ebd., 9).

Speziell für Kabardino-Balkarien zeichnete die Entwicklungsstrategie der Regierung KBRs (folgend SR⁸¹) ein detailliertes Bild der sozioökonomischen Lage. 2007 verabschiedet, skizzierte sie dort angestrebte Wirtschaftsentwicklungen (KRSKFO 2017b). Die SR formulierte eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung: Die Wirtschaft Kabardino-Balkariens sei eine der „am wenigsten konkurrenzfähigen in der Russischen Föderation“ (ebd., 2). Im Folgenden beleuchtete sie die größten wirtschaftlichen und sozialen Schwächen der Republik. Hier wurden besonders die niedrige Produktivität, die geringen Investitionen, der wachsende Mangel an adäquat qualifizierten Arbeitskräften und die hohen bürokratischen Hürden für Unternehmen hervorgehoben. Diese standen in Wechselwirkung mit einigen der dringlichsten sozialen Probleme – den drastischen Einkommensunterschieden bei durchschnittlich niedrigen Gehältern, der hohen Arbeitslosigkeit und der prekären Wohnsituation vieler BürgerInnen (ebd., 3-7). Zu den wenigen gelisteten Stärken der Republik zählten vor allem die hohe Anzahl an höheren Bildungsabschlüssen, die günstigen landwirtschaftlichen Bedingungen und das „einzigartige Natur- und Erholungspotenzial“ der Republik (KRSKFO 2017b, 3-4; Kolosov et al. 2016, 1). Davon ausgehend plante die Strategie, besonders den Tourismus, die Landwirtschaft, die Produktion von Baumaterialien und die Stromerzeugung zu fördern (KRSKFO 2017b, 10).

Für die Wirtschaft spielte der Tourismus im Jahr 2005 noch kaum eine Rolle. Von den 310 600 Beschäftigten in KBR waren damals 22 Prozent in der Landwirtschaft tätig, 45 Prozent arbeiteten im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen oder waren selbstständig. Die Tourismusbranche machte weniger als 9 Prozent aus (KRSKFO 2017b, 8). Das in der Strategie vorgesehene Gesundheitscluster sollte Tourismus und Gesundheitsbranche miteinander verknüpfen, indem es Kurorte in Kabardino-Balkarien stärkt und therapeutische Erholungsangebote fördert (ebd., 18). Das Cluster „Agrarwirtschaftlicher Komplex“ sollte dagegen die Landwirtschaft unterstützen, eine höhere Qualität der lokalen Produkte ermöglichen und diese wiederum für TouristInnen attraktiver machen. Beide Cluster sollten wirtschaftliche, organisatorische wie juristische Maßnahmen kombinieren und private Organisationen eng mit einbeziehen (ebd., 4).

⁸⁰ In einigen Regionen im Nordkaukasus sind die Kapazitäten derart knapp, dass manche Schulkinder abends unterrichtet werden (ebd.).

⁸¹ Für die häufig verwendete kurze Formulierung ‚Strategia Razvitiia‘.

Die Stärkung des Tourismus vollzog sich schließlich im Rahmen der föderalen Entwicklungsstrategie für den SKFO und unterstand zunächst der Kontrolle des Ministeriums für regionale Entwicklung (KRSKFO 2017a). Mitte Oktober 2010 verabschiedet⁸², wurde das touristische Cluster von Föderalorganen betreut (KRSKFO 2017d). Mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 451 Mrd. Rubel sollte es den Tourismus im Nordkaukasus, Krasnodar-Krai und Adygea fördern und so über 160 000 neue Arbeitsplätze schaffen. Zur Umsetzung berief Alexander Khloponin, der damalige Sondergesandte des Präsidenten für den Föderalbezirk Nordkaukasus, einen Expertenrat ein. Außerdem wurde zur Umsetzung des Clusters die „OAO Kurorty Severnogo Kavkaza“ mit Sitz in Moskau gegründet (Chechenov et al. 2014, 57; NCRC 2017a). Regierungskräfte wie RegionalexpertInnen hoben in diesem Zuge die Vorteile der Region für den Tourismus hervor. Vielfach war auch hier von den „einmaligen klimatischen und landschaftlichen Gegebenheiten“ des Nordkaukasus die Rede (Chechenov et al. 2014, 16). Darüber hinaus verfüge die Region bereits über die notwendige Infrastruktur⁸³ und freie Arbeitskräfte (ebd.). Im Mittelpunkt der Pläne für Kabardino-Balkarien stand das Elbrus-Gebiet, dessen Ski-Resorts ausgebaut und modernisiert werden sollten (NCRC 2017b).

2011 wiederum wurde ein neues Staatsprogramm konzipiert, das „Südrussland“ schließlich ablösen sollte (Kavkazkiy Uzel 2011a; Kolosov et al. 2016, 2). Das föderale Programm zur „Entwicklung des Föderationskreises Nordkaukasus bis 2025“ (folgend GR⁸⁴) wurde Ende 2012 verabschiedet (Fuller 2016; KRSFKO 2017c). Mit dem GR einher ging die Gründung des „Ministeriums für die Angelegenheiten des Nordkaukasus“ (folgend Minkavkaz) im März 2014. Seither wurde das Ministerium von Lev Kuznetsov geführt (Minkavkaz 2017). Anders als das Turcluster stand das GR unter Kontrolle des Minkavkaz⁸⁵. Wie seine Vorgänger griff auch das GR die Förderung der allgemeinen sozioökonomischen Lage und die des Tourismus explizit auf (KRSKFO 2017c, Fuller 2016). Die benötigten Gelder bezog es aus dem föderalen Budget, von den Föderationssubjekten und privaten Investoren. In welchem Maße sich diese Parteien einbringen, ist jedoch seit der Konzeption des Programms umstritten (Fuller 2016). Je nach innen- und außenpolitischer Lage korrigierte der Kreml das Budget des Programms nach unten oder nach oben. Anfangs wurde das GR mit einem Volumen von 2.5 Billionen Rubel verabschiedet, von denen über 90 Prozent nicht aus dem Staatshaushalt kommen sollten. Nach

⁸² Vgl. Dekret Nr. 833 vom 14.10.2010 „Über die Gründung eines touristischen Clusters im Föderalbezirk Nordkaukasus, Krasnodar-Krai und der Republik Adygeya“ (KRSKFO 2017d; Chechenov et al. 2014, 57)

⁸³ Nalchik zum Beispiel war in der Sowjetunion ein beliebter Kurort und unterhält bis heute Sanatorien.

⁸⁴ Für die häufig verwendete kurze Formulierung ‚Gosprogramma Razvitiia‘.

⁸⁵ Laut Gunya et al. (2017) stärkte die Gründung des SKFO und des Minkavkaz den Neoliberalismus und die Machvertikale vor Ort, wodurch sich Konflikte zwischen staatlichen Institutionen und lokaler Gemeinschaften verschärften.

verschiedenen Kürzungen erhöhte die Regierung im März 2016 das föderale Budget für die Phase von 2016 bis 2025 um mehr als das Doppelte auf 320 Milliarden Rubel – was gleichzeitig nur noch 1.4 Billionen privater Investitionen vorsah. Als Auslöser gilt die Furcht vor jihadistischen Rückkehrern aus Syrien ([ebd.](#)).

Auch das GR war in drei Etappen geteilt. Die erste Etappe begann 2013 und sollte 2018 enden. Sie konzentrierte sich auf die Umsetzung sozialer und Infrastruktur-Projekte, wofür 40 Mrd. Rubel aus dem staatlichen Budget verausgabt werden sollen. Die Folge-Etappe von 2018 bis 2022 sieht für Wirtschafts- und Investitionsprojekte fast das Vierfache vor – 155 Mrd. Rubel. Die letzte Etappe zur Weiterentwicklung von Kurorten und medizinischer Versorgung im SKFO umfasst für die Jahre 2023 bis 2025 schließlich ein Volumen von 164 Mrd. Rubeln. Mit Abschluss der letzten Etappe soll die Arbeitslosigkeit im Nordkaukasus um 30 Prozent gesenkt, die industrielle Leistung dagegen verdoppelt worden sein (KRSFKO 2017c).

6.1.2 Auswirkungen auf Kabardino-Balkarien

Tatsächlich ist die Arbeitslosigkeit in Kabardino-Balkarien im untersuchten Zeitraum statistisch klar zurückgegangen. Zwischen 2005 und 2016 reduzierte sich die gemessene Arbeitslosigkeit von 23.9 Prozent auf 10.5 Prozent. Der entscheidende Rückgang entfiel jedoch genau auf die Phase, in der die Gewalt eskalierte. 2011, zum Höhepunkt der Gewalt, lag die Arbeitslosigkeit bereits bei nur 10.5 Prozent, im Folgejahr sogar darunter.

Tabelle 3 Arbeitslosigkeit in Kabardino-Balkarien 2005-2016

Quelle: (Rosstat 2015, 2017; KRSFKO 2017a)

Jahr	Arbeitslosigkeit in Prozent
2016	10.5%
2015	10.1%
2014	9.5%
2013	10.5%
2012	8.9%
2011	10.5%
2010	12.7%
2009	18.4%
2008	18%
2007	17%
2006	Keine Angabe
2005	23,9%

Auch die monatlichen Einkommen pro Kopf entwickelten sich eher positiv. Insbesondere im Jahr des Aufstands stieg der reale Lohnzuwachs deutlich. Zwischen 2010 und 2012 nahmen die realen Einkommen zu, wenn auch minimal. Es gab keine nennenswerten Unterschiede zwischen Jahren, in denen die Gewalt ab- bzw. zunahm.

Tabelle 4 Realer Lohnzuwachs 2005-2014

Quelle: (Rosstat 2015)

Jahr	Realer Lohnzuwachs im Vergleich zum Vorjahr
2014	101.9% (16 691 ₺/Monat)
2013	103% (15 297 ₺/Monat)
2012	101.7% (13 717 ₺/Monat)
2011	101.3% (12 636 ₺/Monat)
2010	104.2% (11 290 ₺/Monat)
2005	111.3% (4190 ₺/Monat)

Der Anteil unterhalb des Existenzminimums lebender Menschen hatte sich dagegen – im Vergleich zum Aufstandsjahr – auf dem Höhepunkt der Gewalt deutlich reduziert. Er wuchs in Jahren, als die Gewalt abnahm.

Tabelle 5 Anteil der Bevölkerung mit Einkommen unterhalb des Existenzminimums

Jahr	Anteil der Bevölkerung mit Einkommen unterhalb des Existenzminimums
2014	18.5%
2013	18.6%
2012	14.2%
2011	15.3%
2010	15.7%
2005	23.8%

Quelle: [Rosstat 2015](#)

Alle hier kurz benannten statistischen Daten sprechen daher gegen die These, dass sozioökonomische Faktoren die Radikalisierung oder Eskalation politischer Gewalt signifikant beeinflussen.

Weniger eindeutig gestaltet sich jedoch die Analyse der Interviews. Auch im Jahr 2016 war die Arbeitslosigkeit in KBR noch rund doppelt so hoch wie [im russischen Durchschnitt](#) (Kosterina 2016, Rosstat 2017). Insgesamt schilderte die Mehrheit der Befragten die sozioökonomische Lage noch immer als problematisch. Besonderes Augenmerk galt der Form der Beschäftigung unter jungen Arbeitnehmenden (vgl. Interviews mit R1, R2, R6, R7, R8, R9, R22 und R23).

Zwar behauptete ein Respondent, in KBR gebe es „für aktive Leute [...] eine Masse Möglichkeiten“ – der Staat biete „jede denkbare Unterstützung“ (R17). Die überwiegende Mehrheit der Befragten bemängelte jedoch die weiterhin schlechte Bezahlung und die fehlenden Perspektiven für die Jugend. Ein hochrangiger Ministeriumsmitarbeiter sah darin eine – wenngleich zweitrangige – Ursache für die Radikalisierung vor Ort „Den armen, hungrigen Menschen gewinnst du leicht [...]. Du gibst ihm etwas zu essen, etwas zum Anziehen – und schon ist er dein.“ (R26). Erschwert wurden Jobsuche und Selbstverwirklichung zum einen durch gesellschaftliche Vorstellungen. So seien es oft die Eltern gewesen, die über den Beruf der Kinder entschieden (R16, R17, R22). Besonders für Männer galten dabei enge Rollenbilder, wodurch eine Vielzahl von Anstellungen als für Männer ‚unpassend‘ ausschied (Kosterina 2016; R8; R22). Dies wirke sich letztlich auf das Selbstwertgefühl vieler arbeitsloser Männer aus, die die traditionell postulierte ‚Ernährerrolle‘ nicht erfüllten (Kosterina 2016). Eine Jugendorganisation setzte sich deswegen unter anderem dafür ein, klassische aber unpopuläre Ausbildungsberufe unter Jugendlichen beliebter zu machen (R17). Der zuständige Organisator sagte dazu:

„Bei uns ist die Mentalität so, dass die Eltern sich verpflichtet fühlen, eine höhere Bildung zu ermöglichen. Irgendeinen tollen Beruf, wo die Kinder hinterher viel arbeiten, im Büro rumsitzen, am besten als Direktor. Und sie denken, dass eine höhere Bildung ihren Kindern ermöglicht, sich in dieser Sphäre selbst zu verwirklichen. Aber ihr Kind kann vielleicht gut zeichnen, und nicht gut Jura studieren“ (R17).

Die Befragten betonten aber auch, dass es nach wie vor nur wenige Jobs in traditionell besser bezahlten Branchen gebe (R2; R6; R7; R16; R18). Eine junge Absolventin kommentierte: „Du bemühst dich, bildest dich weiter, baust dir eine gute Reputation auf. Aber irgendwann verstehst du, dass deine Spezialisierung hier einfach niemand braucht. Deswegen gehen die Leute von hier weg, in andere Regionen“ (R7).

Anstelle einer unabhängigen Wirtschaft habe sich in der Republik ein sogenannter Postism entwickelt, der allein auf eine sichere Beschäftigung beim Staat abziele: „Viele junge Leute denken nur an Services, oder Governance. Also Posten bei der Polizei und so weiter [...] Es

gibt sehr wenige Unternehmer. Die Wirtschaft ist ganz an Subventionen aus Moskau orientiert. [Die Leute suchen] Posten irgendwo [...] Mit einem Bein dort und dann kannst du noch irgendwas zusätzlich verdienen. Aber Hauptsache, du bekommst irgendeine Stelle“, sagte ein Wirtschaftsexperte. Da diese ihre staatlichen Posten häufig über Beziehungen erlangten, würden zentrale Stellen von inkompetentem Personal besetzt, während professionelle Arbeitskräfte sich vom lokalen Markt ausgeschlossen fühlten (vgl. Interviews mit R7, R9, R15, R23). Wer nicht über die entsprechenden Kontakte verfüge, sehe sich deshalb genötigt, die Region zu verlassen oder über Bestechung an eine Stelle zu gelangen. Verschiedene RespondentInnen bestätigten Fälle, in denen für einen renommierten Studienplatz in Jura oder BWL mehrere Tausend US-Dollar gezahlt wurden (R2; R16; R23). Ein ähnliches System hat sich innerhalb der Polizei etabliert: Wie Studien der ICG zeigen, zahlten manche jungen Rekruten im Nordkaukasus je nach Rang zwischen 9.000 und 24.000 Dollar für ihre Posten (ICG Group 2013, 34). Da sich die Anwärter häufig verschuldeten, um die Summen aufzubringen, waren sie im Berufsleben wiederum auf ‚Einnahmen‘ aus dem Korruptionsgeschäft angewiesen (ebd.).

Klientelismus und Patronage, Korruption und Veruntreuung wirkten sich auch auf die staatlichen Förderprogramme massiv aus. Zwar vermerkten verschiedene RespondentInnen positiv, dass sich die Infrastruktur im gesamten Nordkaukasus dank der Programme deutlich verbessert habe (R1; R8). Allen Förderprogrammen ist jedoch eine Reihe von Problemen gemein: Laut Einschätzung der Befragten ist um die Subventionen herum ein Veruntreuungssystem entstanden, das die Ausmaße im übrigen Russland bei weitem übertrifft⁸⁶. Die Schmiergelder für den Erhalt eines Zuschlags seien in den letzten zehn Jahren von 20 auf bis zu 60 Prozent des jeweiligen Fördervolumens gestiegen. Nur ein geringer Teil der Gelder komme tatsächlich auf der lokalen Ebene an (R1; R8; Chechenov et al. 2014, 61). Beispielhaft antwortete die Besitzerin einer Pension am Elbrus auf die Frage nach staatlicher Unterstützung: „Wir haben nie etwas vom Staat bekommen. Das haben wir alles allein aufgebaut“ (R19). Gleichwohl stehe die Bevölkerung in den Bergen den föderalen Programmen noch eher positiv gegenüber. Die – wenn auch kleinen – tatsächlichen Investitionen kamen vor allem der ländlichen Infrastruktur zugute. Die städtische Bevölkerung sehe dagegen vor allem die Folgen der Veruntreuung föderaler Gelder (R8).

⁸⁶ Gordon Hahn (2008) argumentiert, die Ablösung Kokovs als Präsident KBRs hätte zunächst eine Verbesserung in dieser Hinsicht erwirkt. Von den Befragten wurde dieser Punkt jedoch nicht aufgegriffen.

Als entsprechend schlecht beschrieben die RespondentInnen die Umstände für private Investitionen und Unternehmen (R2; R8; R22; R28; R29). Zwar galten die Erfolgschancen in einzelnen Branchen wie dem Hochzeitsmanagement als verhältnismäßig gut, die Gehälter seien dort relativ hoch (R2; R29). Insgesamt bemängelten die Befragten jedoch die hohen bürokratischen und finanziellen Hürden für private Unternehmen und Investitionen. Neben einer Vielzahl gesetzlicher Auflagen müssten UnternehmerInnen in der Regel hohe Bestechungssummen bewältigen (R8; R22). Weitere Probleme bereite die Akzeptanz vor Ort. Mit Blick auf die Investitionen im Rahmen staatlicher Förderprogramme fügte ein Experte hinzu: „Selbst wenn ein ausländischer Investor kommt – die sind ja auch nicht blöd. Die gucken ins Internet und sehen, dass die örtliche Bevölkerung demonstriert. [...] Dass sie betrogen wird. [...] Und dann sagen sie: Solche Probleme brauchen wir eher nicht. [...] Da ist doch was nicht in Ordnung bei euch“ (R1).

Mehrfach wurde das Spaltungspotenzial der staatlichen Förder-Programme betont. Besonders in Bezug auf das touristische Cluster äußerten verschiedene befragte WissenschaftlerInnen die Sorge, dass das Programm den Kampf um regionale Boden-Ressourcen erneut verschärfen könnte⁸⁷ (Chechenov et al. 2014; R9; R1; R8; R18). Auch durch die mehrheitlich föderale Organisation der Programme fühle sich die breite Bevölkerung übergangen. Ihre Einbindung gestalte sich schwierig, da in Kabardino-Balkarien eine Vielzahl von Institutionen parallel und zum Teil konkurrierend zueinander existieren (Chechenov et al. 2014, 61-62; Koehler et al. 2016, 383-384). Die Institutionen wiederum stehen in wachsender Konkurrenz, seit der Ausbruch der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 die föderalen Subventionen in Frage stellte (R8). Ein befragter Wissenschaftler bewertete das als Sicherheitsrisiko:

„Die goldenen Jahre des Postism waren die frühen 2000er. [...] Damals gab es viel föderales Geld. Viele neue Posten entstanden, die natürlich über klientelistische Beziehungen besetzt wurden. [...] Jetzt ist die Situation schlechter, jetzt entstehen keine neuen Posten. [...] Der Postism schläft. Die Leute warten. [...] Wie kann man jetzt Geld beschaffen? Nur, wenn es irgendwelche Gefahren gibt. Arbeitslosigkeit, Gewalt... Die Menschen mit Posten brauchen nun diese Bedrohungen“ (R8).

Dies gelte insbesondere für Angestellte im Sicherheitsapparat. Diese seien auf eine latente Bedrohung der Bevölkerung angewiesen, um ihre Posten und Einkommen zu rechtfertigen (R8; R13; R23; Ratelle 2014, 191).

Besonders im Bildungs- und Gesundheitsbereich würde dagegen zunehmend gekürzt (R1; R8; R23). Insgesamt sahen die Befragten in der Verbesserung der Gesundheitsbranche wenig

⁸⁷ Vgl. hierzu Kapitel drei.

Erfolge. Obwohl sich die Regierungen immer wieder zu einer expliziten Förderung bekannt hatten, bewerteten einige RespondentInnen die gesundheitliche Versorgung in KBR noch immer als zentrales Problem, besonders für die Bevölkerung auf dem Land (R1; R8; R23). Ein häufig genanntes Beispiel war ein Stromausfall in einem Krankenhaus, in dessen Folge sieben Säuglinge starben (ebd.).

Als Ursache der mangelhaften Umsetzung staatlicher Programme sehen Chechenov und Gaunova die anhaltende sowjetische Prägung des Beamtenapparats. Sie benennen eine Reihe von institutionellen Schwächen, zum Beispiel pseudodemokratische Strukturen, die vor allem den Interessen des staatlichen Beamtenclans dienen, die dadurch entstehende Deformation und Minimierung individueller und gesellschaftlicher Forderungen sowie die übermäßige Regulation und Bürokratie der Gesellschaft (Chechenov et al. 2014, 63).

Korruption galt unter den Befragten jedoch als Hauptproblem (R1; R2; R8; R9; R23). Wie Medvedevs Äußerung zur „massive[n], schrecklich verbreitete[n] Korruption“ (zitiert nach Holland 2016, 50) im Nordkaukasus zeigt, wurde dieses Problem auch von höchsten Regierungskreisen diskutiert. Auf verschiedenen Ebenen sollten Anti-Korruptionseinheiten Abhilfe schaffen. Die entsprechende Abteilung des Innenministeriums von KBR schreibt auf ihrer Website, der Kampf gegen Korruption sei „eine der wichtigsten Tätigkeiten“ (MVD KBR 2017b) des Innenministeriums. Ein ehemaliger Mitarbeiter bezeichnete die Tätigkeit seiner damaligen Abteilung dagegen als „Kosmetik“ (R9). Sie habe vorrangig darin bestanden, Missstände zu vertuschen, ohne tatsächlich etwas zu verändern. Auch die Firma KRSKFO verschreibt sich offiziell der Korruptionsbekämpfung, lieferte dafür aber lediglich einen zweiseitigen Bericht über die Einkommen einiger Angestellter für das Jahr 2013 ab (KRSKFO 2017e). Auch die ICG konstatiert, die für Russland häufig genannten Probleme wie Korruption, De-Professionalisierung der Kader seien im Nordkaukasus besonders stark ausgeprägt (ICG Groups 2013: 32).

6.1.3 Zwischenfazit

Festzuhalten bleibt, dass sich die sozioökonomische Lage der Republik über den Untersuchungszeitraum insgesamt verbessert hat. In den ausgewählten Bereichen war statistisch eine deutliche Entspannung zu messen – auch wenn der Genauigkeit dieser Angaben eine gewisse Skepsis entgegen zu bringen ist⁸⁸. Gleichzeitig korrelierten diese Verbesserungen

⁸⁸ Ein Respondent berichtete zum Beispiel, dass es in KBR häufig zur Fälschung der Invalidität kommt und die so verrenteten Personen in der Arbeitslosen-Statistik nicht auftauchen. Auch verbreitet sei der „Schwarze Umschlag“ in dem ein Teil des Einkommens bar ausgezahlt wird und somit von der Statistik nicht erfasst wird.

zeitlich nicht mit der Deeskalation der Gewalt. Sinkende Arbeitslosigkeit war vor allem in den gewaltreichen Jahren von 2010 bis 2012 zu beobachten, während der Anteil der Bevölkerung unterhalb des Existenzminimums jüngst wieder zunahm, ohne dass dies sich auf die Gewalt in der Republik auswirkte.⁸⁹ Nicht vollends auszuschließen ist, dass sich die Veränderungen nur mit größer Verzögerung auf das Gewaltpotenzial auswirkten, weil sie von den Beteiligten nicht unmittelbar wahrgenommen wurden.

Plausibler erscheint mir jedoch, dass Korruption und Klientelismus in Kabardino-Balkarien ein starkes Gefühl der Ungerechtigkeit schürten. Dieses konnte im Sinne der Theorie von Stekelenburg und Klandermans (2010) einerseits bei Teilen der Bevölkerung eine grundsätzliche Nachfrage nach Gewalt wecken – und andererseits oppositionellen Eliten als Instrument der Mobilisierung dienen. In diesem Sinne könnten die staatlichen Förderprogramme die Deeskalation sogar gehemmt haben, führten sie doch – so die einhellige Meinung der Befragten – zum wachsenden Ausmaß an Korruption und Bestechung. Hierzu ergriffene Gegenmaßnahmen des Staates blieben offenbar wirkungslos. Auch in Bezug auf ländliche und urbane Regionen könnten die Förderprogramme das Spaltungspotenzial in der Bevölkerung erhöhen, da erstere deutlich stärker von der Tourismusförderung profitieren (R8, Kolosov 2016)

Darüber hinaus scheint der gleichzeitig auftretende „Postism“ den sozialen Druck insbesondere auf Männer ohne einflussreiche Kontakte weiter erhöht zu haben. Zwar seien die Erwartungen an das eigene Leben unter Befragten einer Studie „erschreckend niedrig“ (Kosterina 2016) – der Leistungsdruck aus dem familiären Umfeld oft aber umso höher (ebd., R17). Als Ersatzidentität könnten politische Gewalt und das Leben im Untergrund so an Attraktivität gewonnen haben. Sinnvoll erscheint mir deshalb, Korruption, Klientelismus und das Streben nach Staatsposten in weiteren Analysen detailliert auszuwerten.

Im Gegensatz zu der oben genannten Deutung kam ein Teil der RespondentInnen zu anderen Schlussfolgerungen. Zwar verbanden diese mit den Förderprogrammen eine Stärkung der Machtvertikale (Koehler et al. 2016), die mit einer ausgeprägten Budget Economy und der Perpetuierung von Korruption und Klientelismus einherging. Die dadurch verstärkte Ausgrenzung und Diskriminierung einzelner Bevölkerungsgruppen beurteilten sie aber nur zum

⁸⁹ Im Einklang damit vermutete ein Respondent sogar das Gegenteil: „Die Fakten sagen, dass die Radikalisierten häufig sehr wohlhabende Menschen sind. [...] Vielleicht ist es sogar umgekehrt: Gute Bedingungen und verbesserte Infrastruktur ermöglichen das Wachstum des Radikalen Islams“ (R8). Der erste Teil der Argumentation bestätigte sich zumindest beim Angriff 2005: Die damals Beteiligten waren zum Großteil wirtschaftlich gut gestellt (ICG 2016: 24; Shterin und Yarlykapov 2011: 323).

Teil als Ursache der Gewalt (R21, R24). Verbreitet war dagegen aber auch die Annahme, aufständische Ideologien sei nicht nur Instrument, sondern auch Ursache der Gewalt (R8, R26). Unter den VerfechterInnen dieser Annahme bot jedoch niemand eine plausible Erklärung dafür, weshalb diese Ideologien in der jüngsten Zeit weniger erfolgreich greifen sollten als bislang. Ebenso wenig kann jedoch ein Rückgang der Korruption konstatiert werden. Beide Faktoren konnten die Deeskalation nach 2012 also höchstens teilweise bedingen. Eine mögliche Erklärung könnten stattdessen Dialog- und Präventionsprogramme darstellen, die im nächsten Kapitel beleuchtet werden.

6.2 Zwangsmaßnahmen

Neben den eben genannten sozioökonomischen Faktoren ist die gegenseitige Radikalisierung beider Konfliktparteien eine weitere viel diskutierte Ursache politischer Gewalt. Immer wieder ist Russland für seine harten⁹⁰ Maßnahmen gegenüber Aufständischen in die Kritik geraten (Fagan 2014; Falkowski 2016; ICG Group 2012a, 2016). Zu jedem Zeitpunkt stellten die Tötung und Inhaftierung Aufständischer wichtige Strategien der russischen Aufstandsbekämpfung dar. Beides ging häufig einher mit Folter und kollektiven Bestrafungen (Fagan 2014; ICG Group 2012a, 2013, 2016). Im Folgenden werde ich verschiedene Maßnahmen näher beleuchten.

6.2.1 Gesetzliche Grundlagen und staatliche Maßnahmen

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich die Entscheidungskompetenz für Aufstandsbekämpfung auf föderaler Ebene vom Verteidigungsministerium hin zum FSB und Innenministerium verschoben. Besonders die Geiselnahme in Beslan im Jahr 2004 machte die Zuständigkeitskonflikte zwischen lokalen und föderalen Sicherheitsbehörden deutlich (Hahn 2008). Seit 2006 koordiniert das „Nationale Anti-Terror-Komitee“ (folgend NAK) die Maßnahmen der Aufstandsbekämpfung (ICG Group 2012a, 21; NAK 2017a). Es wird vom jeweiligen Chef des FSB geleitet, ist aber subsidiär organisiert. Vor Ort leiten die operativen Hauptquartiere des NAK die entsprechenden Maßnahmen und Sondereinsätze⁹¹ (ICG Group 2012a, 21; NAK 2014, 23).

Die russische Aufstandsbekämpfung basierte im Untersuchungszeitraum auf verschiedenen juristischen Grundlagen. Zentral waren das [Gesetz Nr. 114 FZ „zur Bekämpfung](#)

⁹⁰ „Harte Ansätze“ meint im Sinne des Englischen „coercive“ alle zwingenden Maßnahmen, etwa die Inhaftierung, aber auch die Tötung möglicher Kämpfer.

⁹¹ Bis zum Ende der KTO in Tschetschenien im Jahr 2009 übernahm der tschetschenische Innenminister, Arkady Yedelev, jedoch auch in Kabardino-Balkarien das Kommando für Sondereinsätze.

[extremistischer Tätigkeiten](#)“, das Gesetz Nr. 35 FZ „zur Bekämpfung von Terrorismus“ vom März 2006⁹², das Konzept zur Terrorbekämpfung von 2009, die Strategie zur Extremismus-Prävention von 2014, das 2016 trotz massivem Widerspruch der Opposition verabschiedete „Paket Yarovoy“⁹³ und das Strafgesetzbuch (European Parliament 2016; ICG Group 2012a, 19; Luhn 2016; NAK 2017a, 2017b; Snetkov 2015).

Artikel 205 des Strafgesetzbuches definierte einen Terrorakt als „das Verursachen einer Explosion, eines Brandes oder anderer Aktionen, die dazu geeignet sind, die Bevölkerung einzuschüchtern, das Leben einer Person zu gefährden, Eigentum zu beschädigen oder schwere Konsequenzen hervorzurufen, die darauf abzielen, die Entscheidungsfindung von Autoritäten oder internationalen Organisationen zu beeinflussen oder die Drohung, solche Aktionen auszuführen.“ (ICG Group 2012a, 19). Eine solche Tat wurde üblicherweise mit acht bis 15 Jahren Haft bestraft. Längere Strafen in Verbindung mit anderen Tatbeständen waren möglich (ebd.).

Anders als übrige Verdächtige durften Terrorverdächtige nicht nur zehn, sondern maximal 30 Tage ohne formale Anklage inhaftiert werden (ICG Group 2012a, 20). Seit 2008 sind Geschworene von Terrorprozessen ausgeschlossen (ebd.). Die Quote der Verurteilungen war in Russland allgemein extrem hoch, in den vergangenen Jahren wurde nur rund ein Prozent aller in Russland Angeklagten freigesprochen (ICG Group 2013, 41). Weit verbreitet war außerdem eine Gefährderliste über Menschen, die die Sicherheitsbehörden als terrorverdächtig einstufte. Menschenrechtsorganisationen kritisierten, dass potenzielle Jihadisten darin sehr willkürlich gelistet wurden und in der Folge häufig Diskriminierung ausgesetzt waren⁹⁴ (ICG Group 2016, 19-20). Tschetschenien dehnte die Überwachung außerdem auf die geistliche Führung aus. Seit 2014 mussten Imame die Anwesenheit der Gläubigen in ihren Moscheen kontrollieren und wöchentlich über den Fortschritt ihrer Fundamentalismus-Bekämpfung Bericht erstatten (ebd., 23).

Zu den gesetzlich vorgesehenen harten Maßnahmen der Aufstandsbekämpfung zählten neben der juristischen Strafverfolgung „Konterterroristische Operationen“ (folgend KTO). Artikel 22

⁹² Das Gesetz basiert auf dem Vorgänger Nr. 130 FZ aus dem Jahr 1998 und wurde in den Folgejahren mehrfach angepasst (European Parliament 2016; Legislationline 2006).

⁹³ Das „Paket Yarovoy“ ist eine Reihe von Gesetzen, die unter anderem die Straffähigkeit für Terrorismusverbrechen auf 14 Jahre heruntersetzte, die missionarische Arbeit religiöser Verbände stark einschränkte und Telefonunternehmen zwang, Gesprächsinhalte für sechs Monate und Metadaten für drei Jahre zu speichern. Die zunächst vorgesehene Entziehung der russischen Staatsbürgerschaft für im Ausland kämpfende TerroristInnen mit doppelter Staatsbürgerschaft wurde jedoch gestrichen (Balmforth 2016; Kavkazkiy Uzel 2016e; Luhn 2016).

⁹⁴ Gelistete Personen durften zum Beispiel nicht aus der Region ausreisen (ICG Group 2016, 20).

des Gesetzes zur Bekämpfung von Terrorismus erlaubte den Einsatz „tödlicher Gewalt“ gegenüber Terroristen (NAK 2017b). Zu diesem Zweck durchgeführte KTO-Regime ähnelten in ihren juristischen Bedingungen einem Ausnahmezustand: Während einer KTO durften Personen ohne Zustimmung eines Gerichts verhaftet werden, das Recht auf freie Berichterstattung der Medien war eingeschränkt (ICG Group 2012a, 19-20). Der Schwerpunkt dieser Maßnahme lag jedoch eher auf der Tötung denn auf der Gefangennahme der Aufständischen (ebd., 24). Anders als Ausnahmezustände unterlagen KTO allein den Weisungen der jeweiligen Befehlshaber und unterstanden keiner Kontrolle durch externe Organe. Einzige Bedingung für die KTO war, dass sie „durchgeführt wird, um einen Terroranschlag zu verhindern, wo keine andere Möglichkeit besteht“ (ebd., 19). Noch im Jahr 2010, als bereits eine Vielzahl von Präventionsprogrammen verabschiedet war, beschrieb das NAK konterterroristische Operationen als zentrale Maßnahme, um Terrorakte zu unterdrücken (NAK 2010, 19).

Trotz ihrer Bekenntnisse zum Dialog verfolgte die russische Regierung zu Hochzeiten der Gewalt zwischen 2010 und 2012 im Nordkaukasus einen klar eliten- bzw. elitenzentrierten Ansatz der Aufstandsbekämpfung⁹⁵ (ICG Group 2012a, 21; Koehler et al. 2016, 379). Zwischen 2010 und 2012 waren im südlichen Militärdistrikt ca. 200.000 Sicherheitskräfte stationiert, 2011 machten die Truppen im Nordkaukasus rund die Hälfte aller Sicherheitskräfte des Innenministeriums aus. 2012 waren 10 000 von ihnen „spetsnaz“⁹⁶, also Sondereinsatzkräfte (ICG Group 2012a, 21-22). Während dieser Zeit kamen im SKFO mindestens [2216 Menschen durch aufständische Gewalt und Gegenmaßnahmen ums Leben](#) (Gunya 2017). Seit 2002 mussten die Leichen der im Rahmen einer KTO getöteten Personen nicht mehr deren Angehörigen übergeben werden. Auch ihre Begräbnisstätte durfte geheim bleiben (ICG Group 2012a, 20). Diese Praxis wurde 2013 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als Verstoß gegen das „Recht auf Privat- und Familienleben“ kritisiert (ICG Group 2013, 43).

Illegal und dennoch verbreitet waren auch Methoden wie Folter, Verschwindenlassen und kollektive Bestrafungen. Immer wieder beklagten Angehörige und NGOs Verstöße gegen die Menschenrechte. Um Folter und illegale Inhaftierungen zu vertuschen, kam es zu Entführungen durch die Polizei (ICG Group 2012, 27). 2012 bestätigte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), dass im Zuge der Aufstandsbekämpfung im Nordkaukasus

⁹⁵ Im Sinne der in Kapitel zwei genannten Theorien zur Aufstandsbekämpfung.

⁹⁶ Aus dem Russischen „Войска специального назначения“, etwa „Streitkräfte mit besonderer Bestimmung“ (ICG Group 2012a, 22).

mindestens 143 Personen durch staatliche Kräfte entführt worden waren (ICG Group 2012a, 27).

6.2.2 Auswirkungen auf Kabardino-Balkarien

Alle genannten Maßnahmen fanden auch in Kabardino-Balkarien Anwendung. Eine wichtige Rolle spielte der Prozess um den Angriff auf Nalchik 2005.⁹⁷ Zwei Jahre danach übergab die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungsergebnisse an das oberste Gericht Kabardino-Balkariens, das das Verfahren zunächst leitete. 95 Anklagen wurden wegen Todesfall sofort eingestellt, in 13 Fällen wurde eine Amnestie gewährt. In 59 Fällen jedoch erhob die Staatsanwaltschaft Anklagen wegen bewaffnetem Aufstand, Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Tötung und Geiselnahme. Erst 2009 wurden 56 Angeklagte unter Arrest gestellt – die meisten von ihnen wiesen ihre Schuld zurück.⁹⁸ Im selben Jahr wurde der Fall drei professionellen Richtern übergeben, da Geschworene nach einer Gesetzänderung nicht mehr an Terrorfällen mitwirken durften (Kavkazkiy Uzel 2014a). 2011 sprach sich die Staatsanwaltschaft für eine lebenslange Strafe von 15 Angeklagten aus. Das Urteil fiel jedoch erst 2014, knapp zehn Jahre nach dem Angriff. Am 23. Dezember 2014 erklärten die Richter alle Angeklagten für schuldig. Sie sprachen fünf lebenslängliche Haftstrafen aus⁹⁹ und verhängten weitere Haftstrafen zwischen zehn und 23 Jahren in „Kolonien strengen Regimes“. Drei Verurteilte wurden deshalb sofort freigelassen, sie hatten ihre Haft bereits abgesessen (ebd.).

Wegen der langen Verfahrensdauer im sogenannten Nalchik-Prozess, Korruptions-, Manipulations- und Foltervorwürfen geriet die kabardino-balkarische und russische Justiz immer wieder in die Kritik von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch und Memorial (ICG Group 2013, 41; Kavkazkiy Uzel 2014a). Diskutiert wurde auch der Abzug der Geschworenen aus Terrorprozessen, da diese Angeklagte im Schnitt häufiger freisprachen. Dies hätte auch den über 50 Angeklagten im Prozess zum Angriff auf Naltschik zu Gute kommen können (ICG Group 2013, 42). Immer wieder äußerten die Angeklagten Beschwerden über Folter und fehlende medizinische Betreuung, denen das Gericht aber nicht nachging (ebd. 43).¹⁰⁰ All diese Fälle führten bei den Angehörigen der

⁹⁷ Vgl. hierzu außerdem Kapitel fünf.

⁹⁸ Viele Betroffene klagten über Folter und gefälschte Indizien, die ihre Schuld beweisen sollten. Hierauf geht das folgende Kapitel näher ein.

⁹⁹ Davon betroffen waren Rasul Kudaev, Anzor Mashukov, Eduard Mironov, Aslan Kuchmenov und Murat Bapinaev. Anders als in Deutschland bedeutet diese Strafe in Russland tatsächlich eine Inhaftierung bis zum Lebensende.

¹⁰⁰ Wo Gerichte intervenieren, bleiben ihre Einsprüche zum Teil wirkungslos – so zum Beispiel als das Verfassungsgericht ein lokales Gesetz zur Landaufteilung um Naltschik als verfassungswidrig einstufte (ICG 2013:43).

Angeklagten zu wachsendem Frust und dem Eindruck, staatlicher Willkür schutzlos ausgeliefert zu sein.

Ein interviewter Menschenrechtler gab an, die Sicherheitsbehörden hätten außerdem wiederholt Beweise gefälscht. So seien etwa unbeteiligte Jugendliche gezwungen worden, Waffen zu entsorgen, die dann wiederum mit ihren Fingerabdrücken „gefunden“ wurden (RXX).¹⁰¹ Ein Familienmitglied eines Verurteilten berichtete, manche Angeklagte hatten erst nach ihrem Geständnis einen Anwalt sprechen können (RXX). Darüber hinaus kritisierte die Nichtregierungsorganisation Memorial die Verurteilung von Rasul Kudaev als politisch motiviert, da dieser trotz seines Alibis und schlechtem Gesundheitszustand zur Tatzeit verurteilt wurde (Kavkazkiy Uzel 2014a).

Seit August 2016 verhandelte ein Gericht in Rostov am Don außerdem das sogenannte Kalifatsverfahren. Die Staatsanwaltschaft beschuldigte zehn Männer aus Kabardino-Balkarien, Mitglied einer illegalen bewaffneten Gruppierung zu sein und versucht zu haben, ein Kalifat zu errichten. Auch hier gab es schwerwiegende Vorwürfe: Die Mehrheit der Angeklagten behauptete im Verlauf des Prozesses, ihre anfänglichen Geständnisse seien unter Folter erpresst worden (Kavkazkiy Uzel 2014b). Die Ermittler argumentierten dagegen, der vermutete Anführer der Gruppe (Oleg Miskhozhev) sei von einem früheren Verdächtigen (Zalimkhan Tkhamokov) motiviert worden – dessen Frau ihrerseits darauf bestand, die entsprechenden Beweise gegen ihn seien gefälscht worden (Kavkazkiy Uzel 2016i).

Diskutiert wurden außerdem einige Urteile gegen Rückkehrer aus Syrien, denen im Vorfeld Straffreiheit garantiert wurde. Eine Respondentin kommentierte: „Ich denke, ihre [die des FSBs] informelle Regel ist, alle ins Gefängnis zu stecken, die wirklich an irgendwas beteiligt waren“ (R21). Für einen hochrangigen Ministeriumsmitarbeiter spielten die juristischen Maßnahmen zur Extremismus-Bekämpfung eine große Rolle. Er bewertete die 2016 geltende Gesetzeslage jedoch vor allem als klaren Fortschritt gegenüber der Vergangenheit. Seiner Ansicht nach herrschte in den 1990er Jahren Ratlosigkeit darüber, wie Religionsfragen zu handhaben seien: „Es gab keine Gesetzgebung dazu“ (R26). Im Einklang damit sprach er sich auch für die kritisierten Gefährderlisten aus, die die Exekutive 2016 weiterhin führte. Er sagte dazu: „Ein Terrorist ist auch eine Adresse. Er hat einen Namen, einen Wohnort, er ist Student. [...] Eine Gefährderliste braucht man. Man muss wissen, was vor sich geht“ (R26). Eine andere Respondentin kommentierte, diese Listen seien im Vergleich zu früher mit deutlich weniger

¹⁰¹ An einigen Stellen habe ich auf die Vergabe der Kürzel verzichtet, um Rückschlüsse auf einzelne Personen zu verhindern und die Anonymisierung sicherzustellen

Folgen für ExtremistInnen verbunden. Es sei klar, dass sie existierten, für die Registrierten mache sich dies jedoch weniger stark bemerkbar als in den Vorjahren (R21).

Indirekt rechtfertigte der Mitarbeiter des Ministeriums auch die KTOs in Kabardino-Balkarien. Wie die untenstehende Tabelle zeigt, spielten diese besonders zwischen 2011 und 2013 eine große Rolle. Insgesamt starben zwischen 2011 und 2015 mindestens 321 Kämpfer (Kavkazkiy Uzel 2017a). Die Anführer des Jamaats von 2005 wurden jedoch schon zuvor getötet (Shterin und Yarlykapov 2011, 321, 323).¹⁰²

Tabelle 6 Getötete im Untersuchungszeitraum

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Kämpfer	96	0*	0*	7	26	25	80	80	72	44	45	12
Sicherheitskräfte	35	0*	2*	13	7	23	31	19	14	4	2	2
Zivilisten	15	0*	14*	0	4	31	18	8	6	1	0	0
Gesamt	146	<u>0*</u>	<u>16*</u>	<u>20</u>	<u>37</u>	<u>79</u>	129	107	92	49	47	14

* Für 2006 konstatierte der FSB für KBR keine Terroranschläge. Die übrigen Zahlen wurden nur für den gesamten Südlichen Föderationskreis erhoben. Insgesamt wurden mindestens 120 Kämpfer getötet, davon 35 Anführer. Für 2007 gibt es ebenfalls keine umfassenden offiziellen Zahlen für Kabardino-Balkarien, da sich MVD und FSB widersprechen. Die angegebenen Zahlen sind eine eigene Hochrechnung aus verschiedenen Quellen. Quellen: (Fagan 2014, 32; Kavkazkiy Uzel 2007a, 2007b, 2009a, 2016a, 2017a; Shterin und Yarlykapov 2011, 321)

2011 wurde in der Republik außerdem eines der längsten KTO-Regime verhängt. Nach dem Anschlag auf drei Reisende hielt die Operation im Elbrus neun Monate an. Ähnlich lange KTO gab es in den Distrikten Baksansky, Chegemsky und Chereksky (ICG Group 2012a, 24). Im selben Jahr gelang es den Sicherheitskräften, den Nachfolger Mukozhevs im Jamaat KBR, Asker Dzhapuyev, bei einer KTO zu töten (Ratelle und Zhemukov 2011, 4; Shogenov 2011, 121). Allein 2012 wurden 23 „führende Kämpfer“ (ICG Group 2012a, 26) getötet. Zwischen 2010 und 2012 soll ein großer Teil der aufständischen Führung in Kabardino-Balkarien getötet

¹⁰² [Anzor Astemiroy](#) wurde 2007 Kämpfer und Kadi für das Kaukasus-Emirat, bis er im März 2010 im Alter von 34 Jahren durch russische Sicherheitskräfte erschossen wurde. Zuvor hatten diese eine Kopfprämie von drei Millionen Rubeln (damals 70.000 Euro) auf ihn ausgesetzt. Über [Musa Mukozhevs](#) Beteiligung am Angriff von 2005 ist nichts bekannt. Er tauchte in der Folge ab und befürwortete den Angriff ab 2006 jedoch öffentlich. Er galt fortan – erneut oder weiterhin – als enger Verbündeter Astemiroy. Mukozhev wurde am 11. Mai 2009 durch russische Sicherheitskräfte getötet (Shterin und Yarlykapov 2011, 321, 323).

worden sein (ebd.). 2012 war der islamistische Aufstand im gesamten Nordkaukasus bereits deutlich geschwächt (ebd. 23). Kurz vor der Olympiade wurde außerdem der Tod Doku Umarovs bekannt, was auch die Stimmung im Untergrund in Kabardino-Balkarien beeinflusste (R21). In den Folgejahren töteten Sicherheitskräfte weitere Führungsfiguren, etwa Robert Zankishiev, der zum Zeitpunkt seines Todes im November 2015 als Anführer des IS in Kabardino-Balkarien galt (Kavkazkiy Uzel 2015a). Laut Angaben des FSB-Chefs Aleksandr Bortnikovs wurden 2015 20 der 26 Anführer des IS im Nordkaukasus getötet (Kavkazkiy Uzel 2017c). Beispielhaft für die Kritik an KTO ist ein Vorfall aus Nalchik: 2015 wurden bei einer Spezialoperation sechs Männer getötet, die das NAK als Angehörige des IS bezeichnete. Nach der Evakuierung von 200 ZivilistInnen aus den umliegenden Wohnungen töteten Sicherheitskräfte alle Beschuldigten, welche nach Angaben des Staates massive Gegenwehr leisteten. Angehörige der Toten behaupteten wiederum, sie hätten angeboten, ihre Verwandten zur Aufgabe zu bewegen, dies sei von den Sicherheitskräften jedoch abgelehnt worden (Dzutsati 2015).

Gefragt nach KTO im Allgemeinen kommentierte ein involvierter Mitarbeiter des Ministeriums nur indirekt¹⁰³: „Die Macht muss leider hart reagieren. Sie [die Terroristen] wollen nur das Böse. Und dieses Böse muss man eliminieren“ (R26). Auch unter einem Großteil der übrigen Befragten war unumstritten, dass der feindzentrierte Ansatz zu gewissen Erfolgen geführt hat (vgl. R2, R21). Gleichzeitig argumentierten manche ExpertInnen, dass übermäßige Gewaltanwendung den Staat delegitimiere (ICG Group 2016, 2013, 2012a). Die Mutter eines getöteten Mannes bezeichnete die KTO als häufig willkürliche Maßnahme: „Mein Sohn hatte nichts gemacht. Er wurde getötet, weil er andere [unter Terrorverdacht stehende Personen] verteidigt hat“ (RXX). Sie ging davon aus, dass den Sicherheitskräften die Pläne zum Aufstand von 2005 bereits im Vorfeld bekannt gewesen seien – diese hätten es jedoch bewusst zur Eskalation kommen lassen, um anschließend ihren eigenen politischen Einfluss auszudehnen (ebd.). Auch Koehler et al. bewerteten den hohen Druck durch die Sicherheits- und Rechtsorgane (2016, 379) als Maßnahme, die zuweilen genutzt werde, um politische Interessen durchzusetzen. So sollen KTO verhängt worden seien, um Eigentumsrechte und Immobilien versteckt umzuverteilen (ebd.). Andere ExpertInnen kritisierten, dass besonders junge Rekruten nach ihren KTO-Einsätzen mit der psychologischen Belastung und ihren Traumata allein

¹⁰³ Der vor 2005 amtierende Innenminister Khachim Shogenov hatte dagegen offen gedroht, Gefährder „einen nach dem anderen zu töten“ (Fagan 2014, 33)

gelassen worden seien. Dies könne die Aggression gegenüber potenziellen Aufständischen und ihren vermuteten UnterstützerInnen weiter erhöhen (ICG Group 2012a, 22). Dennoch habe die Willkür der Maßnahmen seit dem Amtsantritt Yuri Kokovs im Jahr 2013 abgenommen (R21), teilweise seien auch die lokal anerkannten Institutionen wie der Dorfrat (Aktiv Sela) in die KTO einbezogen worden (Chechenov et al. 2014, 64). Eine international tätige Regionalexpertin berichtete, in jüngster Zeit habe sich die Furcht vor Repressionen unter Strenggläubigen verringert. In jüngster Zeit habe sich die Furcht vor Repressionen unter Strenggläubigen verringert. Während es insbesondere 2005 und in den Folgejahren zu einer regelrechten „Hexenjagd“ (R21) kam, habe sich die Lage danach deutlich entspannt.

Die Praxis, die Körper der bei einer KTO Getöteten ihren Angehörigen vorzuenthalten, hielt in Kabardino-Balkarien jedoch bis zum Ende des Untersuchungszeitraums an. Ein Menschenrechtler kritisierte dies als wesentliches Hindernis für einen gesellschaftlichen Aussöhnungsprozess (R24). Der Aufenthaltsort der Leichen der 2005 getöteten Kämpfer blieb der Öffentlichkeit und den Angehörigen auch nach deren Protesten weiterhin unbekannt (ICG Group 2012a, 20; Kavkazkiy Uzel 2016f; R24).

In Bezug auf Folter wurden besonders die Vorfälle im Zusammenhang mit dem Angriff von 2005 stark thematisiert. Wie bereits oben umrissen, erhoben MenschenrechtlerInnen schwere Vorwürfe gegen den Sicherheitsapparat in KBR: Dieser habe eine Vielzahl der Geständnisse durch Folter erpresst (Kavkazkiy Uzel 2014a). Die ICG sah einen Grund für die Anwendung von Folter darin, dass Geständnisse vor russischen Gerichten einen sehr hohen Stellenwert haben (ICG Group 2012a, 27).¹⁰⁴ Einige MenschenrechtlerInnen kritisierten, dass die Folter von Gefangenen auch 2016 weiter Praxis sei, nannten jedoch keine konkreten Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit (R13, R24).

Ein Familienmitglied eines Verurteilten berichtete, dass die im Zuge des Nalchik-Prozesses Inhaftierten auch im Gefängnis regelmäßiger Folter ausgesetzt waren. Diese habe erst mit den Protesten der „Mütter Kabardino-Balkariens für die Verteidigung der Rechte und Freiheiten der Bürger“ ein Ende gefunden (R13). Für besondere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit sorgten außerdem zwei weitere Fälle: 2012 wurde der Bruder des getöteten Kämpfers Astemir

¹⁰⁴ Außerdem konnten nicht aufgeklärte Straftaten zu Sanktionen gegen die ErmittlerInnen führen. In der Folge wurden Anzeigen von diesen oft nur bei großen Erfolgsaussichten aufgenommen, im ungünstigeren Fall wurden in der Vergangenheit auch häufig Indizien gefälscht (ICG Group 2013, 38). Um die Foltermaßnahmen zu vertuschen verschleiern, nötigten Sicherheitskräfte die Verdächtigen außerdem, eine/n ihnen wohlgesonne/n RechtsanwältIn zu wählen. Neben den Sicherheitskräften wurden so auch AnwältInnen zum Ziel der Aufständischen, umgekehrt richteten sich ErmittlerInnen gegen unabhängige AnwältInnen, die Spirale der Gewalt weitet sich aus (ebd., 39).

Mamishyev verhaftet und gefoltert, weil er Waffen versteckt gehabt haben soll. Ein Gericht in Naltschik sprach ihn jedoch frei (ICG Group 2012a, 27). Außerdem gab der als Kämpfer verdächtige Inal Berov an, nach seiner Entführung nicht nur gefoltert, sondern auch mit der Vergewaltigung seiner Eltern bedroht worden zu sein (ebd.). Ein Familienmitglied eines nach 2005 inhaftierten Kämpfers berichtete ebenfalls von massiven Drohungen: Der inhaftierte Kämpfer hatte wiederholt die schlechten Haftbedingungen kritisiert und seinen Prozess als unfair bezeichnet. Daraufhin hätten Sicherheitskräfte gedroht, seine Mutter oder seinen Bruder zu ermorden, um ihn zum Schweigen zu bringen. Während des Prozesses habe der Sicherheitsapparat außerdem gezielt versucht, die Angehörigen der Angeklagten zu entehren und zu kränken, wobei die Quelle keine Details nannte (R13).

Es kam außerdem zu tatsächlichen kollektiven Bestrafungen, die nicht nur von staatlicher Seite aus verübt wurden. 2011 machten die „Schwarzen Habichte“ von sich reden – eine Gruppe, die sich selbst als Zusammenschluss von „Anti-Wahabististen“ inszenierte und unter anderem die Familie des Kämpfers Mamishyevs mit Molotov-Cocktails attackierte. Die Selbstjustiz der Gruppe wurde von der Regierung Kabardino-Balkariens als Engagement gelobt (ICG Group 2012a, 29; Shogenov 2011, 120), ihr Anführer Vadim Sultanov war als stellvertretender Polizei-Oberst eng mit dem politischen Establishment verbunden. Nachdem Sultanov am 17. Dezember 2011 getötet wurde, verschwanden die Schwarzen Habichte aus der Öffentlichkeit (ICG Group 2012a, 28).¹⁰⁵

Wie Sultanov wurden Sicherheitskräfte insbesondere zwischen 2010 und 2012 Opfer von Attentaten (vgl. obige Tabelle). Besondere Empörung der Öffentlichkeit erregte jedoch ein Doppelmord im Jahr 2009. Damals waren der Ermittler Albert Shebzukhovs und einer seiner Freunde, Murat Dokshukin, gefoltert und anschließend erschossen worden. Nach ihrem Tod wurden beide geköpft, man fand ihre Leichen im Kofferraum von Dokshukins Wagen (Kavkazkiy Uzel 2009a; Maryanova 2009a). Ein naher Verwandter wertete die Tat als Racheakt und vermutete einen ehemaligen Mitschüler Shebzukhovs dahinter: „[Sein Vater, Sufadin Shebzukhov] hat vor einigen Jahren den Vater Tashuevs [der potenzielle Mörder] verhört. Vielleicht war es deswegen.“ Auch andere RespondentInnen beschrieben eine gegenseitige Radikalisierung im Rahmen verschiedener Racheaktionen (R18; R21; R24).

¹⁰⁵ Ähnliche Gruppen waren seit 2009 auch in Dagestan aktiv: Die „Rächer der Angehörigen ermordeter Polizisten“ schlossen sich zu Bürgerwehren zusammen und behaupteten unter anderem, drei angebliche Aufständische eigenmächtig hingerichtet zu haben (ICG Group 2012a, 29).

6.2.3 Zwischenfazit

Festzuhalten bleibt, dass sich die staatlichen Zwangsmaßnahmen ambivalent auf das Ausmaß der Gewalt auswirkten. Zwar argumentierten alle RespondentInnen, dass die gezielte Tötung verschiedener Aufstandsführer zu einem Rückgang ziviler Opfer führte. Ein nennenswerter Teil argumentierte jedoch, dass gleichzeitig auftretende Willkürjustiz, gewaltsame Repressionen und Folter bis dahin friedliche ZivilistInnen in den Untergrund trieben. Grundsätzlich hätte insbesondere die Justiz über klare und faire Verfahren einen positiven Einfluss ausüben können. Gefälschte Beweise und nicht untersuchte Folturvorfälle verstärkten jedoch erneut das Gefühl der Ungerechtigkeit auf Seiten der Aufständischen. Mit Blick auf die sich annähernd ähnlich entwickelnden Todeszahlen von Kämpfern und Sicherheitskräften lässt sich eindeutig eine gegenseitige Radikalisierung zwischen 2010 und 2013 feststellen. Diese griff letztlich auch auf bis dato nicht involvierte AkteurInnen über, wie die Entstehung militanter Gruppen wie die der „Schwarzen Habichte“ zeigt. Einige RespondentInnen wandten aber ein, dass KTO in den jüngsten Jahren gezielter durchgeführt wurden (R21) und Folter von inhaftierten Kämpfern sowie willkürliche staatliche Gewalt gegen angebliche ExtremistInnen abnahmen (R13; R21). Beides könnte den Rückgang der Gewalt positiv beeinflusst haben. Darüber hinaus habe der Staat parallel zu den harten Maßnahmen verstärkt auf Prävention gesetzt. Die entsprechenden Vorgänge beleuchtet das nächste Kapitel.

6.3 Dialogprogramme

6.3.1 Gesetzliche Grundlagen und staatliche Maßnahmen

Parallel zu den beschriebenen Repressionsmaßnahmen setzten alle Republikregierungen in unterschiedlichem Maße aber auch auf weiche Methoden der Aufstandsbekämpfung. Insbesondere seit Beginn der „Phase der Normalisierung“ (Snetkov 2011) ab 2005 setzte ein Umdenken in der russischen Regierung ein. Führende PolitikerInnen sprachen sich zusehends auch für sogenannte weiche Methoden der Aufstandsbekämpfung aus. In den Folgejahren konsolidierten sich eine Reihe von Dialog- und Präventionsprogrammen. Im Sommer 2011 sagte der damalige Präsident Dmitry Medvedev: „Wir dürfen diejenigen, die Terror verbreiten nicht einfach nur töten, wir müssen auch versuchen, sie zu erziehen und zu reintegrieren.“ (ICG Group 2012a, 23). Ein Jahr später betonte FSB-Chef Aleksandr Bortnikov, dass weiche Präventionsmaßnahmen Priorität haben sollten (ebd., 30). Schon nach der Geiselnahme von Beslan sah die Zentralregierung ein dreiteiliges Handeln vor, das Terrorismus vorbeugen, seine Ursachen ausmachen und eliminieren sowie die Folgen von Terror minimieren sollte (NAK

2014, 21-25). Das Konzept der Terrorbekämpfung aus dem Jahr 2009 hob die Relevanz der Präventions- und Dialogarbeit bereits deutlich hervor. Es betonte den hohen Stellenwert der Integration von Risikogruppen zur De-Radikalisierung, etwa durch eine gestärkte Zivilgesellschaft, Jugendprojekte, Bildungsprogramme, Aufklärungsveranstaltungen, verbesserte soziale Bedingungen oder die Wiedereingliederung ehemaliger Kämpfer über entsprechende Kommissionen (ebd., 28, 40-41).

Das Konzept sah außerdem vor, Objekte stärker vor Anschlägen zu schützen und von Terror Betroffene besser zu versorgen (ebd., 28). In Anlehnung an diese Konzeption hat das NAK eine Reihe von bevölkerungsorientierten Programmen und Plänen zur Terrorprävention entworfen. Im Zentrum stehen Maßnahmen, die die Gesellschaft über die Gefahren des Extremismus aufklären und das russische Informationssystem vor terroristischen Ideologien „beschützen“ (ebd., 38). Diese wurden im Rahmen der regionalen Pläne der Anti-Terror-Komitees (ATK) umgesetzt. Die erste Phase der „Konter-Ideologie“ war im Frühjahr 2013 abgeschlossen. Sie widmete sich der Gründung von Aufklärungsgruppen, der häufigeren Einbindung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft in diese, der Organisation von Aufklärungsveranstaltungen für Jugendliche und Inhaftierten sowie der Gründung von Kommissionen zur Adaption eines friedlichen Lebens für ehemalige Kämpfer, denen möglichst VertreterInnen aus verschiedenen Sektoren vorstehen sollten (ebd., 40-41).

Laut Angaben des NAK wurde in der ersten Phase die theoretische Basis für diese Präventionsarbeit und Rehabilitation geschaffen. Insgesamt fanden in dieser Phase über 240 000 Aufklärungsveranstaltungen in der russischen Föderation statt. Darüber hinaus organisierte das NAK seit 2012 über 20 große Konferenzen, die sich meist direkt der Terrorprophylaxe und Aufklärungsarbeit widmeten (NAK 2017c). Es wurden Informationsmaterialien für „konterideologische Maßnahmen“ entworfen¹⁰⁶, über 500 LehrerInnen absolvierten entsprechende Weiterbildungen und in Kooperation mit der DUM entstand ein Zertifikat für historische Islamkunde. Zwischen 2010 und 2012 verteilte das NAK außerdem mehr als 250.000 Informationsbroschüren zum Thema Anti-Terrorismus an über- und regionale Medien. Seit 2008 waren über 2.500 Quellen mit extremistischer Propaganda verboten worden (NAK 2014, 41-43). Das Internet spielte insgesamt eine zentrale Rolle für die Aufklärungsarbeit der Regierung. Vertreter des NAK führten den Erfolg des IS zuweilen direkt auf seine geschickte Internetpropaganda zurück, was auch das Blockieren verschiedener Websites in Russland notwendig mache. Sie wiesen darauf hin, dass auch gewöhnliche Massenmedien „unter den

¹⁰⁶ Gemeint sind zum Beispiel Textbücher für alle Altersstufen ab der fünften Schulklasse.

Prinzipien der Freiheit des Wortes unwillentlich extremistische Ideologien populärer machen“ könnten (NAK 2016, 35). Um dem vorzubeugen bot das NAK seit 2006 in Zusammenarbeit mit verschiedenen weiteren staatlichen Organisationen wie dem Verteidigungs- und Innenministerium Weiterbildungen für JournalistInnen an¹⁰⁷ (NAK 2010, 15).

Seit 2010 entwickelten sich in Dagestan und Inguschetien außerdem zeitweise publikumswirksame Dialogprogramme. In Dagestan eröffnete der damalige Präsident Magomedsalam Magomedov 2010 einen Dialog zwischen den konkurrierenden sufistischen und salafistischen Gläubigen (Falkowski 2016; ICG Group 2016, 5). Erstere wurden durch das Muftiat vertreten, letztere durch die Akhlu-Sunna Gemeinde (ICG Group 2016, 4). Im Frühjahr 2011 traten beide Gruppen zum ersten Mal zusammen. Daraufhin verhandelten sie in regelmäßigen Abständen religiöse Fragen, die sie 2012 in einer gemeinsamen geistlichen Publikation veröffentlichten (ICG Group 2012a, 9-11). Beide Seiten sprachen sich gegen Gewalt aus, Mufti Abdulaev rief zur Toleranz gegenüber anders- bzw. strenggläubigen Muslimen auf (ebd., 10). Gleichzeitig wurde der Dialog durch Anfeindungen und Gewalt gestört. Mehrmals kam es zu Terroranschlägen aus dem Untergrund, einzelne Mitglieder der Akhlu-Sunna verschwanden. ExpertInnen machen hierfür das Kaukasus-Emirat verantwortlich, welches zur Zeit des Dialogs deutlich weniger junge Anhänger in Dagestan rekrutieren konnte (ebd., 11). Der tödliche Anschlag auf den hochrangigen sufistischen Gelehrten Said Afandi im August 2013 brachte den Austausch schließlich ganz zum Erliegen (Falkowski 2016, 3; Kemper und Shikhaliev 2016, 146). Ende 2015 intensivierte Dagestan seine anti-salafistischen Maßnahmen erneut. Es kam zu Massenverhaftungen bei Gebeten, Brandstiftung und Schließungen salafistischer Moscheen. Viele beliebte Imame wurden wegen illegalen Waffenbesitzes verhaftet, wobei ihre Angehörigen beklagten, die Waffen seien von den Sicherheitsdiensten selbst platziert worden. Einzelne Mitglieder der Akhlu-Sunna schlossen sich in der Folge dem IS an (Falkowski 2016, 4; ICG 2016, 7).

In Inguschetien wurde ein ähnlicher Dialog durch Präsident Yunus-bek Yevkurov forciert (Falkowski 2016, 3). Dies führte jedoch zum Konflikt mit dem sufistischen Mufti Khamkhoev, der einen solchen Dialog ablehnte (ebd.). Khamkhoev erhielt dabei finanzielle Unterstützung vom tschetschenischen Präsidenten Ramzan Kadyrov, der wiederum dem inguschetischen Präsidenten Yevkurov feindlich gegenüberstand (ebd., 4). Anfang 2016 unterschrieben die Sufi-Bruderschaften in Inguschetien eine „Anti-Wahabisten-Deklaration“. Umstritten war unter den

¹⁰⁷ Die größte darunter war das Seminar „Bastion“, das einmal jährlich stattfand (ebd.)

Sufiten besonders der unter Salafisten beliebte Imam Khamzat Chumakov, der im März 2016 nur knapp einem Anschlag entging (ebd.).

Die zweite Phase der russischen Präventionsarbeit von 2013 bis 2018 sollte sich noch stärker auf die Risikogruppen konzentrieren, zu denen das NAK breit gefasst „Jugendliche, Verwandte von Gangmitgliedern, Studierende religiöser Institutionen, Arbeitslose, etc.“ (NAK 2014, 45) zählte. Die zweite Phase soll besonders folgende Elemente stärken: entsprechende Radio- und Fernseh-Programme, die Rehabilitation ehemals Inhaftierter, weitere Trainings für präventive Jugendarbeit, eine stärkere Kontrolle des Internet in Bezug auf Terrorpropaganda, eine „langfristige Propaganda-Kampagne“ zur Konsolidierung traditioneller¹⁰⁸ religiöser Werte, den zivilen und interkonfessionellen Dialog und die Nutzung von Medien, um die kriminellen Aktivitäten der ExtremistInnen zu verdeutlichen (ebd., 44-45). Die Bedeutung des Internets als Propaganda- und Gegenpropaganda-Instrument wird mehrfach hervorgehoben: „Das Internet ist die Hauptinformationsquelle für junge Menschen und diese sind zuerst und vor allem empfänglich für die Einflüsse terroristischer Ideologien, die über das Internet verbreitet werden.“ (ebd., 46). Als zentrale Gegenideologien nennt das NAK Patriotismus sowie interreligiöse und internationale Toleranz (ebd.).

6.3.2 Auswirkungen auf Kabardino-Balkarien

Eine erste staatliche Dialogmaßnahme waren die Amnestieprogramme für ehemalige Aufständische in Tschetschenien ab 1994 (ICG Group 2012a, 30). Zwischen September 2006 und Januar 2007 gewährte die russische Regierung auch landesweit eine Amnestie für Kämpfer, die sich ergaben. Laut Angaben des russischen Innenministeriums waren bis zum Ablauf der Frist 600 Kämpfer zur Aufgabe bereit – davon stammten jedoch nach einander widersprechenden Angaben höchstens 15 aus Kabardino-Balkarien¹⁰⁹ (Hahn 2008; Kavkazkiy Uzel 2007c).

Frühe Öffnungstendenzen hatten sich in KBR schon 2005 abgezeichnet. Anders als sein Vorgänger Kokov war der neue Präsident Arsen Kanokov eher zum Austausch mit informellen Muslimen bereit. Valery Kokov war – trotz seiner Erfolge in der Schlichtung der Territorialkonflikte – bei offiziellen und informellen Muslimen „gleichermaßen unbeliebt“ (Hahn 2008, 11) gewesen. Sein Nachfolger Kanokov nahm im Kabinett bedeutende

¹⁰⁸ Im unter Kapitel fünf erklärten Sinne, d.h. regierungsnah.

¹⁰⁹ Mit 480 Kämpfern stammte die überwiegende Mehrheit der Amnestierten aus Tschetschenien (Hahn 2008). Laut dem damaligen Präsidenten Alu Alkhanov waren schon 2005 durch vorige Amnestieprogramme 6.000 bis 7.000 ehemalige Kämpfer in den Polizeistrukturen Tschetscheniens angestellt (Hahn 2008, 8).

Änderungen vor: Der Sondergesandte Kozak überzeugte Kanokov, den umstrittenen Innenminister Khachim Shogenov auszutauschen. [Shogenov](#) hatte unter anderem gedroht, gelistete Gefährder „einen nach dem anderen zu töten“ (Fagan 2014, 33; Hahn 2008, 11) und war vielen Gläubigen wegen seiner repressiven Haltung verhasst. Sein Nachfolger wurde der Russe Yuriy Tomchak. Bald darauf unterzeichnete die Regierung ein Kooperationsabkommen mit der DUM KBR, im April 2007 plante die Regierung außerdem 4,5 Mio. Rubel ein, um den Bau von zwei neuen Moscheen zu ermöglichen¹¹⁰ (ebd.). In der Folge entstand eine Vielzahl an gemeinsamen Projekten, der damalige Mufti Anas Pshikhachev lobte die Zusammenarbeit mit dem Innenministerium und grenzte sich gegen Fundamentalismus ab.¹¹¹ Schon seit Juli 2004 realisierte die DUM KBR das Programm für die religiöse Vereinigung mit staatlicher Unterstützung. Dieses sah unter anderem vor, Grundlagen des Islams als Unterrichtsfach zu etablieren (Shogenov 2011, 116). Darüber hinaus setzte sich die DUM KBR in Zusammenarbeit mit der Regierung für eine Standardisierung kultischer Handlungen und eine bessere Ausbildung der Imame ein. Eine wesentliche Rolle spielte dafür das neu gegründete Islamische Institut (R10). Seit der Kooperationsvereinbarung war die geistliche Führung außerdem in verschiedenen Gremien und Foren vertreten, die die Regierung zum Austausch mit der Bevölkerung etablierte. So war der Mufti zum Beispiel Teil des „Gesellschaftlichen Rates“, der seit 2008 das Innenministerium beriet und sich aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen zusammensetzt (Hahn 2008; MVD KBR 2017a). Nach eigenen Angaben sollte der Rat das Vertrauen der BürgerInnen in das Innenministerium erhöhen (ebd.) – ein Menschenrechtler kritisierte ihn jedoch als kosmetische Maßnahme. Seine Organisation sei dort nicht eingeladen: „Wir würden ihnen nur Probleme machen, wir würden auf das, was schief läuft zeigen und das passt ihnen nicht“ (RXX). 2010 wurde Pshikhachev dann von radikalen Gläubigen ermordet, die ihn als „verräterischen Imam“ (Ratelle und Zhemukov 2011, 4) bezeichneten¹¹². Die Entwicklungen machten deutlich, dass die DUM KBR bei einem substanziellen Teil der aufständischen Muslime keine Autorität genoss (R3; R21; Ratelle und Zhemukov 2011, 2-6; Shogenov 2011).

Anders war dies bei der 2012 gegründeten Organisation „Mütter Kabardino-Balkariens für die Verteidigung der Freiheit und Rechte der Bürger“¹¹³. Die Organisation bestand aus zwölf

¹¹⁰ Auch 2016 gab es in Naltschik jedoch nur eine Moschee (DUM KBR 2016).

¹¹¹ In einem Interview von 2006 sagte er, jede Person, die an Allah glaube, sei Muslim/a, unabhängig davon, ob sie auch die religiösen Praktiken absolviere (Ratelle und Zhemukov 2011, 3).

¹¹² Kurz darauf wurde außerdem der kabardinische Folklorist Aslan Tsipinov unter dem Vorwurf der Ungläubigkeit ermordet (ebd.).

¹¹³ Im Russischen: „Матери Кабардино-Балкарии в защиту прав и свобод граждан“

Müttern von Kämpfern, die 2005 am Aufstand in Naltschik beteiligt waren. Schon im Sommer 2011 hatten die Mütter in einer [Videobotschaft](#) ihre Söhne dazu aufgerufen, die Waffen niederzulegen (Kavkazkiy Uzel 2011b). Der damalige Präsident KBRs, Arsen Kanokov, hatte eine juristische Verfolgung garantiert, sollten die Söhne sich kampfflos ergeben. Dennoch wurden einige der Söhne im Anschluss bei einer KTO am 3. September 2011 getötet (Kavkazkiy Uzel 2012). Weitere waren bereits vorher getötet oder inhaftiert worden. In einem offenen Brief an die Regierung, die DUM KBR und weitere Organisationen appellierten die Mütter daran, den Konflikt zwischen Aufständischen und den Sicherheitskräften zu beenden (Kavkazkiy Uzel 2011c). Nach der Gründung ihrer eigenen Organisation Anfang 2012 riefen die Mütter in einer ersten Aktion gegen den „Bruderkrieg“ (Kavkazkiy Uzel 2011d) in Kabardino-Balkarien auf und forderten erneut eine friedliche Lösung des Konflikts. Trotz der tödlichen Operationen gegen ihre Söhne im Sommer 2011 traten die Mütter erneut mit der Regierung zusammen. Unter anderem beteiligten sie sich an Runden Tischen zur Schlichtung des Konflikts (R13).

Mitte 2012 hatte sich jedoch auch eine weitere Organisation gegründet, die die Hinterbliebenen getöteter Sicherheitskräfte vertrat. Unter der Leitung des ehemaligen Ermittlers Sufadin Shebzukhov¹¹⁴ setzte sich die Organisation „Frieden für dein Haus“¹¹⁵ für einen besseren Schutz der Sicherheitskräfte und gegen Extremismus ein. Zwar versuchte die Organisation der Mütter, mit den VertreterInnen der Sicherheitskräfte einen Dialog zu beginnen, letztere lehnten dies jedoch strikt ab (R13; R14). Laut einer interviewten Vertreterin der „Mütter Kabardino-Balkariens für die Verteidigung der Freiheit und Rechte der Bürger“ sollen ihre KontrahentInnen der Regierung schließlich ein Ultimatum gestellt haben, nach dem jeweils nur die VertreterInnen der getöteten Sicherheitskräfte oder die Mütter der Kämpfer an Runden Tischen teilnehmen würden. Die „Mütter Kabardino-Balkariens“ wurden daraufhin laut ihren Angaben nicht mehr von der Regierung eingeladen (R13).

Wichtig – wenngleich unbekannter – waren im Anschluss laut verschiedenen RespondentInnen die „Kommissionen zur Adaption eines friedlichen Lebens für ehemalige Kämpfer“. Diese sollten zum einen die zuständigen Gerichte in den einzelnen Fällen beraten und zum anderen ehemalige Kämpfer und deren BeihelferInnen bei der Aufnahme eines zivilen Lebens unterstützen (NAK 2014, 41; R24; Glava KBR 2012). Sie dienten idealerweise als Scharnier zwischen ehemaligen Kämpfern und der Mehrheitsbevölkerung. Bereits 2010 etablierte sich in

¹¹⁴ Dessen Sohn 2009 vermutlich durch Aufständische getötet wurde (vgl. Kapitel 6.2.2.).

¹¹⁵ Im Russischen: „Мир дому твоему“.

Dagestan die erste solche Rehabilitationskommission (ICG 2012: 31). Ähnliche Programme folgten in Inguschetien und schließlich in Kabardino-Balkarien. Formal existiert die dortige Kommission seit 2012 (Kavkazkiy Uzel 2016d), hat aber laut einem ihrer Mitglieder erst 2016 die tatsächliche Arbeit aufgenommen. „Bis dahin wussten nicht mal die [angeblichen] Mitglieder der Kommission selbst, dass es diese Kommission gibt“ (RXX). Im Jahr 2016 gehörten der Kommission 14 Mitglieder aus verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen an. Ihre VertreterInnen arbeiteten unter anderem für die DUM KBR, republikanische Ministerien, den FSB und den Sicherheitsapparat allgemein, aber auch für Menschenrechtsorganisationen. Die breite Aufstellung der Kommission sollte einerseits die Anerkennung verschiedener Branchen und Bevölkerungsgruppen garantieren, führte aber andererseits zu großen ideologischen Differenzen, was den Umgang mit ehemaligen Kämpfern betraf (ebd.). Je nach Lage der Fälle trat die Kommission ca. einmal im Monat zusammen. 2016 behandelte sie insgesamt acht Fälle, zehn weitere Anträge blieben offen. Erstere betrafen unter anderem Inna Blenauva, für die die Kommission eine Bewährungsstrafe erreichte, und Ruslan Kuchmezov, der eine relativ milde Haftstrafe von drei Jahren wegen seiner Beteiligung an Kämpfen in Syrien erhielt (Kavkazkiy Uzel 2016g; R24). Ein weiteres Beispiel war Aslan Konov. Dieser hatte versucht, sich Kämpfern in Syrien anzuschließen, war aber bereits in der Türkei nach Russland zurückgekehrt. Er wurde von der Kommission unterstützt und engagierte sich schließlich in der Präventionsarbeit der Republik (Kavkazkiy Uzel 2016f, 2017c).¹¹⁶ Die befragten RespondentInnen bewerteten die Arbeit der Kommission – so sie ihnen bekannt war und sie dazu Stellung bezogen – zum Ende des Untersuchungszeitraums durchweg positiv (R13; R21; R24).

Besonders der geschlossene Austausch fernab der Öffentlichkeit galt ihnen als Vorteil. Eine Mitarbeiterin der ICG sah die Arbeit gar als zentrales Element der Präventionsarbeit: „Diese Kommission ist sehr wichtig, denke ich. [...] es ist wahrscheinlich das Wichtigste, was in Sachen Prävention in Kabardino-Balkarien passiert und ich denke, sie ist ziemlich erfolgreich“ (R21). Ein Mitglied der Kommission selbst äußerte jedoch wiederholt die Sorge, dieser Austausch könne von den Sicherheitsorganen torpediert werden, sobald diese ihre Interessen nicht ausreichend gewahrt sehen (RXX).

¹¹⁶ In seinem Fall kam es beispielsweise zu Differenzen zwischen verschiedenen Mitgliedern der Kommission. Während die Sicherheitsbehörden darauf bestanden, Konov sei in der Türkei verhaftet worden, bestanden Menschenrechtler in der Kommission darauf, er sei freiwillig zurückgekehrt und deswegen von seiner Schuld freizusprechen (Kavkazkiy Uzel 2016f).

In Kabardino-Balkarien wurden nach dem Angriff von 2005 außerdem vermehrt Konferenzen zur Extremismus-Prävention durchgeführt (Akkieva 2009, 111). Dabei war besonders die DUM KBR eng in die Extremismus-Prävention an Schulen und Universitäten eingebunden. Im Jahr 2015 ernannte die Republikregierung zudem erstmals einen Minister für Extremismus-Prävention, der seither die Präventionsarbeit gegen Extremismus koordinierte, was vor allem die Jugendarbeit betraf.¹¹⁷ Er übte diese Tätigkeit jedoch ohne eigenes Ministerium aus (Kavkazkiy Uzel 2015b).

Auffällig war, dass staatliche VertreterInnen sich auf Konferenzen in der Regel klar von der sui-generis-These distanzierten und den jihadistischen Salafismus als Instrument zur Durchsetzung politischer Interessen betrachteten (NAK 2017c), dem Islam also kein per se erhöhtes Gewaltpotenzial zuschrieben (ebd.). Sie bekannten sich nachdrücklich zum Dialog mit der offiziellen muslimischen Gemeinde. Im Gegenzug hoben VertreterInnen dieser die Ideologisierung der Kämpfer als eine der Hauptursachen hervor, während sozioökonomische Aspekte in den Hintergrund gerückt wurden (ebd.). Ein für Aufklärungsarbeit zuständiger hochrangiger Ministeriumsmitarbeiter führte die Radikalisierung der Jugend in seiner Republik dagegen direkt auf mangelnde Bildung und in Teilen auf fehlende Perspektiven zurück. „Es braucht gar nicht [verschiedene] Ursachen [um Radikalisierung zu erklären], eine reicht: Unwissenheit“ (R26). Die mangelnde religiöse Bildung habe radikalem Gedankengut Raum gelassen, weswegen der DUM KBR mittlerweile Sendeplätze im staatlichen Fernsehen und Radio der Republik eingeräumt wurden. Große Bedeutung maß der Respondent den zurückkehrenden Studierenden aus Saudi-Arabien bei, die im Ausland von terroristischen Organisationen beeinflusst worden seien: „Das kam dann alles [alle radikalen Ideen] zurück [nach Nalchik]“ (R26). Die dagegen geleistete Aufklärungsarbeit der Regierung beschrieb er als Lernprozess und nannte die DUM KBR als wichtigen Partner in der „Terrorprophylaxe“ der Regierung. Die Beziehung zwischen der Regierung und religiösen VertreterInnen seien gut (R26). Zwei befragte DUM KBR-Mitarbeiter beklagten allerdings, dass ihr Raum in Fernsehen und Radio stark limitiert sei, alle Sendungen mussten zudem mit der staatlichen [Abteilung für die Kooperation mit der Zivilgesellschaft](#)¹¹⁸ abgesprochen werden. Ein weiteres Problem war die Bezahlung der DUM-Angestellten: Einige hatten im Herbst 2016 bereits seit Monaten kein Gehalt bekommen und finanzierten sich über „Unterstützung von Freunden und Bekannten“ (R10; R11).

¹¹⁷ Bis zum Ende des Untersuchungszeitraums wurde dieses Amt von Zelim Kashirokov ausgeübt (ebd.)

¹¹⁸ Die Abteilung wurde 2014 gegründet, sie koordiniert bzw. kontrolliert die Aktivitäten der Zivilgesellschaft in KBR (Pravitelstvo KBR 2014).

Unter den übrigen Befragten blieb der Einfluss der gemeinsamen Aufklärungsarbeit durch Regierung, Bildungseinrichtungen und die DUM KBR umstritten. Ein Menschenrechtler kritisierte, die Prophylaxe sei „nur zum Abhaken, um etwas vorzuzeigen“ (RXX) – ein offener Dialog werde bewusst vermieden, da zentrale Akteure nicht eingebunden würden. Eine andere Respondentin sagte, viele Materialien ähnelten in ihrer Sprache auffallend stark der Rhetorik des Sicherheitsapparates (R21).

Die genannten Probleme machten sich auch in der Jugendarbeit allgemein bemerkbar. Um letztere in Kabardino-Balkarien zu stärken, hat die Regierung seit 2005 verschiedene Projekte initiiert. Darüber hinaus standen nichtkommerziellen Organisationen eine Reihe von Fördergeldern und Stipendien zur Verfügung. Zu den wichtigsten staatlich initiierten Jugendprojekten zählten unter anderem das Jugendparlament (Parlament KBR 2009), die Jugendregierung und die Abteilung für Jugendpolitik an der staatlichen Universität Kabardino-Balkariens. Das Jugendparlament existierte seit 2007 und wurde im Abstand von zwei Jahren neu einberufen. Sein Ziel war die Unterstützung des KBR-Parlaments zur „gesetzlichen Sicherstellung der Rechte und gesetzlichen Interessen der Jugend Kabardino-Balkariens“ (ebd.). Das Jugendparlament sollte zu diesem Zweck unter anderem Vorschläge für die Verbesserung von Gesetzen einbringen und gemeinsam mit dem Parlament und der Zivilgesellschaft Veranstaltungen organisieren (ebd.). Es hatte 45 Mitglieder, die zwischen 18 und 30 Jahre alt sein mussten. Über die Kandidatur der Mitglieder entschieden die politischen Parteien, gesellschaftliche Organisationen und Hochschulen KBRs ¹¹⁹(ebd.). Ähnliche Aufgaben übernahm seit 2008 die Jugendregierung in Zusammenarbeit mit der Regierung KBRs. Spiegelbildlich zur tatsächlichen Regierung deckten die Mitglieder der Jugendregierung verschiedene Ressorts ab (Arkhiv KBR 2008; Glava KBR 2015). Es stellte somit gleichzeitig ein „Reservekader“ (Arkhiv KBR 2008) für die Regierung dar.

Neben den Organisationen der klassischen Elitförderung unterstützte die Regierung außerdem verstärkt patriotische Jugendarbeitsprojekte. Ein interviewter Ministeriumsmitarbeiter nannte die nationale Kultur als wesentliches Instrument gegen Radikalisierung.¹²⁰ Er sah besonders die Unterdrückung der Adyge Khase während der Sowjetunion als Triebkraft für die religiöse Wiedergeburt und deren Radikalisierung in den 1990ern (R26). Ein relativ junges Beispiel solcher Projekte war die Sommerschule „[Wurzeln der Freundschaft unserer Völker – in unserer](#)

¹¹⁹ Dabei werden 13 Mitglieder von gesellschaftlichen Organisationen KBRs gestellt, 14 von gesellschaftlichen Organisationen zur lokalen Selbstverwaltung, zehn von Hochschulen und acht von den örtlichen Parteien (Parlament KBR 2009).

¹²⁰ Vgl. außerdem NAK unter 6.3.1.

Geschichte“, die von der KBGU durchgeführt und von der Stiftung „Russkiy Mir“ finanziert wurde (R4). Ob diese in Bezug auf die Aufstandsbekämpfung einen positiven Effekt erzielten, bleibt fragwürdig. So gab etwa Aslan Konov an, er habe sich dem IS anschließen wollen, nachdem er von Assads Unterdrückung der syrischen Tscherkessen erfahren habe (Kavkazkiy Uzel 2016f).

Darüber hinaus waren einige Projekte nicht direkt in Kabardino-Balkarien angesiedelt, strahlten aber dennoch in die Republik aus. 2010 entstand das Jugendforum „Mashuk“. Mit über 2.400 Teilnehmenden aus dem ganzen Nordkaukasus war das jährlich stattfindende Forum über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg eines der größten in Russland und die „Visitenkarte der Jugendpolitik des SKFO“ (SKFO 2017). Im Mittelpunkt des zweiwöchigen Treffens stand die Weiterentwicklung der Region: In Workshops zu den Themen „Unternehmertum“¹²¹ und „Gesellschaft“¹²² sollten die 15 bis 35-jährigen Teilnehmenden Zukunftsszenarien diskutieren und weiterentwickeln. Für eigene Projekte der jungen Erwachsenen vergab die Regierung im Rahmen eines Wettbewerbs Fördergelder von bis zu 500.000 Rubel pro Projekt¹²³. Ziel des Programms ist es laut SKFO, eine junge Elite herauszubilden und innovative Impulse zu stärken (ebd.). In die Koordination des Mashuks waren Institutionen verschiedener Ebenen eingebunden. Das Forum wurde gemeinschaftlich organisiert von der Verwaltung des Sondergesandten des Präsidenten im SKFO, der Regierung des Stavropolskiy Kray, dem Bildungsministerium der Russischen Föderation und der föderalen Agentur für Jugendangelegenheiten (ebd.).

Aus dem Mashuk ging in KBR auch die Organisation „Hilf deinem Nächsten“ hervor. Wie viele weitere finanzierte sie sich über staatliche Grants finanzierten, ohne eine formale direkte Beziehung zum Staat zu unterhalten. Nach eigenen Angaben betreute die Organisation im Herbst 2016 rund 1.000 Freiwillige in ganz Kabardino-Balkarien und war somit eine der größten. Ein Mitarbeiter beschrieb die Organisation als interethnisch und interkonfessionell, tatsächlich war diese personell aber eng mit der DUM KBR verwoben¹²⁴. Ein leitendes Mitglied definierte die Tätigkeit der Organisation so „Wir helfen dem Staat, das ist das Ziel unserer Organisation, dem Staat mit verschiedenen Aufgaben zu helfen.“ (R17). Zwar widmete sich der Verband im Untersuchungszeitraum verschiedenen Tätigkeiten. Als erfolgreichstes Projekt

¹²¹ Dieser Teil widmete sich den Schwerpunkten „Business, junges Schaffen [und] soziales Unternehmertum“ (SKFO 2017).

¹²² Im zweiten Teil lagen die Schwerpunkte auf den Bereichen „Informationsmittel, junge Führung [und] Zivilgesellschaft“ (SKFO 2017).

¹²³ Organisationen konnten jedoch höhere Summen erhalten (vgl. R2).

¹²⁴ Sie ging außerdem aus dem Forum „Wir gemeinsam“ hervor, das von der DUM KBR organisiert wurde.

nannte der Respondent jedoch die Aktion „Sauberer Elbrus“, bei der Freiwillige das Gebiet um den Elbrus reinigten, da dieser „für das Image der Republik sehr wichtig“ sei (R17). Großen Stellenwert maß er außerdem der Ernennung des „Goldenen Freiwilligen“ bei.

Auch in Bezug auf die staatliche Jugendpolitik vertraten die Interviewten kritische Positionen. Zwar bestätigten vor allem die jüngeren, dass die Maßnahmen der Regierung die Perspektiven für die „aktive Jugend“ (R2) verbessert haben. Ihr eigenes Engagement in dieser Sphäre beurteilten sie als bedeutendes Karrieresprungbrett: „Ich dachte mir, dass sich das für mich irgendwie auszahlt. [Die Jugendarbeit –] [d]as bedeutet ein großes Stipendium, die Bekanntschaft mit nützlichen Leuten [...] Damals habe ich vor allem Möglichkeiten für mich selbst gesehen, meine Karrierechancen zu verbessern“, kommentierte ein Respondent, der lange im Studierendenrat und dem Jugendparlament aktiv war. Eine andere Respondentin, die sich dort noch immer engagiert, äußerte eine ähnliche Motivation: „Mir hat das gefallen, alle zu organisieren [lacht]. [...] Ich habe so viele neue Leute kennengelernt. [...] Und wenn wir in zwanzig Jahren alle in irgendwelchen staatlichen Positionen sind [...], dann kennen wir uns schon.“ Auch das Mitglied von „Hilf deinem Nächsten“ hob hervor, dass die Mitglieder der Organisation durch die in der Freiwilligenarbeit gewonnenen Erfahrungen und Kontakte ihre Berufschancen deutlich verbesserten (R17).

Die oben genannten Institutionen bezeichneten die Befragten mehr oder weniger abschätzig als Rekrutierungspool für regierungsnahe Nachwuchskräfte. Ein Großteil kritisierte, dass die staatlichen Programme vor allem den elitären Teil der Jugend erreichen. Dies galt ebenso für Programme des SKFO: „Das Mashuk ist etwas für die Elite. Die Leute, mit denen wir arbeiten, sind davon weit weg“ (RXX), sagte zum Beispiel ein Menschenrechtler, der eng mit den Familien ehemaliger Kämpfer zusammenarbeitete. In diesem Zusammenhang beschrieb er die autokratischen Strukturen als Ursache für die mangelnde Teilhabe: „Gäbe es faire Wahlen, würden sich viele Probleme von allein erledigen“ (RXX). Insgesamt bestätigen die Interviews, dass sich der in Kapitel 6.1. konstatierte Klientelismus und mangelnde soziale Mobilität in der Jugendarbeit fortsetzten. Eine Ausnahme bildeten hier die Urteile der religiösen Vertreter. Diese beanspruchten, mit ihren Programmen die breite Bevölkerung anzusprechen und verwiesen dabei insbesondere auf ihre Arbeit in den lokalen Strafvollzugsanstalten (R11). Verschiedene Respondenten widersprachen dem jedoch rigoros: Die DUM KBR stehe „vollkommen unter staatlicher Kontrolle“ und ermögliche „überhaupt keinen offenen Dialog“ (RXX), folglich sei ihre Legitimität unter Teilen der Gläubigen sehr gering (R3; R13; R24).

Ein weiterer Kritikpunkt galt der Umsetzung staatlicher Jugendarbeit.

„Warum ich aus dieser Sphäre weg bin? Weil es dort so viel Heuchelei gibt. [...] Unsere Jugend ist sehr passiv. Also zwingt man sie, hinzugehen. Und ich bezweifle, dass das nützt. [...] Diese Veranstaltungen haben noch immer einen sowjetischen Anstrich. Man macht sie, um das abzuheken. Um zu zeigen, dass man was tut. Aber die Qualität ist sehr niedrig“,

äußerte ein ehemaliger Freiwilliger (R2). Ein weiterer Organisator bestätigte dies und verwies darauf, dass der Staat zum Beispiel Toleranzstunden an Schulen verordnete, hierfür aber kein unterstützendes Konzept bereitstelle (R20). Eine andere Respondentin sah die Verpflichtung zur Teilnahme als notwendiges Übel, das letztlich aber zum Erfolg der Veranstaltung ihrer Organisation geführt habe. Unter den interviewten VertreterInnen staatsnaher Projekte bestand nur ein Respondent auf der Freiwilligkeit seiner Freiwilligen. Ohne konkret danach gefragt zu werden, sagte ein Mitglied der Organisation „Hilf deinem Nächsten“: „Bei uns ist alles zur Zufriedenheit. Kein Zwang, keine Ideen, die uns aufgedrängt werden...Wer will, macht mit, wer nicht will, macht nicht mit“ (R17).

Auch Organisationen, die keine staatlichen Grants erhielten, hoben das souveräne Engagement ihrer Mitglieder hervor, „Sie [die regierungsnahen OrganisatorInnen] behandeln junge Menschen wie Objekte, nicht wie Individuen. Da unterscheiden wir uns“, sagte ein Mitglied der Organisation Novye Gorizonty. Mit rund 100 Teilnehmenden pro Jahr gehörte das Projekt zu einem der größten republiküberschreitenden nichtstaatlichen Jugendprojekte im Nordkaukasus. Ähnlich dem Mashuk zielt es darauf ab, das Engagement junger Erwachsener im Unternehmertum und der Zivilgesellschaft zu stärken. Unter den übrigen Befragten war es jedoch nahezu unbekannt, die nicht-staatlichen Jugendorganisationen spielten in den Augen der RespondentInnen überhaupt kaum eine Rolle. Mitglieder von Novye Gorizonty berichteten außerdem, dass die ausländische Finanzierung des Projekts ein großes Misstrauen der russischen Sicherheitsbehörden hervorrufe. So sei ein Großteil der Mitglieder bei der Initiative eigener Projekte vom FSB aufgesucht worden. „Sie haben mir gesagt, ich soll gut aufpassen, was ich da mache. Und für wen ich mich entscheide“, erklärte ein Mitglied während eines Workshops. Ein anderes erzählte im Vorfeld eines Kleingruppen-Treffens, es sei gerade von einem FSB-Beamten für ein kurzes Verhör aufgehalten worden: „Jetzt waren wir alle dran!“.

Gänzlich unabhängig und relevant erschien den Interviewten allein die Organisation Elbrusoid. Finanziert von einem balkarischen Geschäftsmann in Moskau, setzt sich die Organisation für die Stärkung der balkarischen Kultur in Russland ein (Elbrusoid 2017). Interessant war hier die fast einstimmige Haltung zu national-patriotischen Projekten. Obwohl die Befragten zum Teil

die Sorge äußerten, dass ethnische Konflikte durch die Förderung einiger Wirtschaftsbereiche wieder aufflammen könnten (vgl. 6.1.), sahen sie diese Tendenz bei der patriotisch bzw. ethnisch orientierten Jugendarbeit entweder nicht als gegeben oder erwähnten sie nicht. Ein ehemaliges Mitglied der Organisation Adyge Khase hinterfragte den Ansatz der ‚Gegenideologie Nationalismus‘ nur indirekt “Wir [Mitglieder der Adyge Khase] fanden damals, es müsse eine Balance zwischen Religion und Nation geben, keine Rivalität” (RXX). Seine Organisation habe in den 90ern die Aggressivität der anfangs nur marginalen Anzahl von Jihadisten hemmen können.¹²⁵

6.3.3 Zwischenfazit

Wie bei der vorausgegangenen Variable lassen sich über den Einfluss der Dialogprogramme ambivalente Schlüsse ziehen. Problematisch bleibt, dass sich die Auswirkungen solcher Programme auf das Ausmaß der Gewalt zeitlich stark unterscheiden kann. Es gilt somit zu diskutieren, wann eine Korrelation zwischen beiden Entwicklungen vorliegt.

Ein deutlicher Zusammenhang scheint zwischen den Schlichtungsversuchen Kanokovs nach 2005 und dem Rückgang des Gewaltpotenzials zu bestehen. Die Ablösung des Hardliners Shogenov im Innenministerium sowie der zunehmende Dialog mit der DUM KBR konnte offenbar einen Teil der gläubigen MuslimInnen beschwichtigen. Gleichwohl hielt die relativ ruhige Lage nur kurz an: Bereits 2007 musste die Regierung eine relativ hohe Zahl an zivilen Opfern verzeichnen, 2008 mehrten sich die tödlichen Angriffe auf Sicherheitskräfte. Die zur selben Zeit initiierten Jugendprogramme konnten die zunehmende Gewalt nicht verhindern. Angesichts der Aussagen der Befragten bleibt zu bezweifeln, dass diese Programme potenzielle Aufständische überhaupt erreichten. Vielmehr könnten sie dazu geführt haben, deren Narrativ über korrupte und klientelistische Eliten zu stärken. Da fast alle relevanten Programme regierungstreu organisiert waren, konnte hier höchstens ein Scheindialog entstehen. Als echte Schlichtungsinitiative bewerteten die Befragten die Organisation der Mütter Kabardino-Balkariens und die Kommission zur Adaption eines friedlichen Lebens für ehemalige Kämpfer. Diese waren letztlich die einzigen benannten Organisationen, die sowohl mit der Regierung als auch mit Kämpfern im Austausch standen, wenngleich dies nur kurzfristig bzw. erst seit Kurzem der Fall war. Die Erfolge beider Organisationen sollten daher – wenn möglich – in weiteren Arbeiten genauer betrachtet werden. Ihnen die allgemeine Trendwende zuzurechnen erscheint aber unrealistisch, da beide Organisationen nur während eines kleinen Teils des

¹²⁵ Konkret sagte die Person: „Nun, wir haben sie nicht bedroht. Aber klargemacht, dass sie mit uns Probleme bekommen. Und damit waren wir erfolgreich.“

Untersuchungszeitraums tatsächlich aktiv waren. Besonderes Augenmerk gilt somit der vierten Variable.

6.4 Externalisierung des Konflikts

Ein dritter, bislang unzureichend diskutierter Ansatz ist die Externalisierung aufständischer Gewalt. Einige ExpertInnen argumentieren, dass die Gewalt durch Jihadisten aus dem Nordkaukasus möglicherweise nicht insgesamt abnahm, sondern sich lediglich Richtung Syrien verschoben hat (ICG Group 2016; Kavkazkiy Uzel 2017c; R15; R21). Obwohl das Kaukasus-Emirat erst 2015 dem IS beitrug, war letzterer schon vorher unter Jihadisten aus dem Nordkaukasus populär. Spätestens seit Mitte 2012 kämpften Nordkaukasier im Nahen Osten gegen die Regierung Assads (Steinberg 2014). Die Mehrzahl der Radikalen hat sich ausländischen Kämpfern im Irak oder Syrien angeschlossen (ICG Group 2016, I). Laut offiziellen Zahlen der russischen Regierung für das Jahr 2016 kämpften 2900 russische Staatsbürger in einem der beiden Staaten (ebd., 4), im Vorjahr waren es zwischen 2.500 und 2.800 (European Parliament 2016; Kavkazkiy Uzel 2017c). In welchem Maße sich die aufständische Gewalt nach Syrien verschob, soll das folgende Kapitel beleuchten. Stärker als in den anderen Kapiteln muss ich dabei auf den Nordkaukasus allgemein rekurren, da viele Zahlen nicht für einzelne Republiken erhoben werden.

6.4.1 Gesetzliche Grundlagen und staatliche Maßnahmen

Im Vorfeld der Olympischen Winterspiele in Sochi 2014 sollen russische Sicherheitsdienste diese jihadistisch motivierten Ausreisen nach Syrien geduldet oder sogar forciert haben (ICG Group 2016, 16-17). Während sie gleichzeitig den Druck auf das Kaukasus-Emirat erhöhten, wurde der vom IS als „Fünf-Sterne-Jihad“ (ebd.) bezeichnete Kampf in Syrien populärer. Erfolgreich inszenierte sich der IS als funktionierender Gottesstaat, der seinen AnhängerInnen Gerechtigkeit und Wohlstand versprach. Das machte ihn besonders unter jungen Radikalen im Nordkaukasus beliebt (ebd., I-II).

Umstritten ist vor allem die Anzahl der im Nahen Osten kämpfenden Jihadisten aus Russland und dem Nordkaukasus. Laut Präsident Putin kämpften 2015 bis zu 7.000 Kämpfer aus der ehemaligen Sowjetunion in Syrien oder dem Irak, von denen 90 Prozent in Russland rekrutiert worden sein sollen (European Parliament 2016). Der FSB beschrieb für russische Kämpfer in Syrien und Irak einen Anstieg von 200 im Juni 2013 auf 2.900 im Jahr 2016 (ICG Group 2016; Kavkazkiy Uzel 2017c). Dagegen bezifferte das Anti-Terror-Zentrum der GUS die Zahl deutlich höher: Es vermutete, dass 2016 allein 5.000 Russen für den IS kämpften. Die Soufan

Group¹²⁶ schätzte, dass sich die Anzahl der nordkaukasischen Kämpfer seit 2014 von 800 auf 2400 erhöht hat (ICG Group 2016, 4; Soufan Group 2015). Wieder andere Quellen gehen davon aus, dass bereits 2014 rund 1.500 Nordkaukasier in jihadistischen Gruppen im Nahen Osten kämpften (Steinberg 2014, 3).

Unumstritten ist, dass sich die Zahl dieser Kämpfer um die Olympiade in Sochi erhöht hat. Jihadisten aus dem Nordkaukasus kämpften aber nicht nur für den IS, sondern auch für den weniger bekannten Jabhat al-Nusra und unabhängige Gruppen unter tschetschenischer Führung (ICG Group 2016, I-II, 4; Steinberg 2014, 2). Besonders bekannt wurden unter den Ausgereisten der tschetschenische „Abu Omar Shishani“ (Tarkhan Batirashvili), der für den IS die irakische Provinz Anbar und Teile im Osten Syriens eroberte. Der ethnische Tschetschene aus dem Pankisi-Tal kämpfte seit 2013 in Irak und Syrien. Er war zunächst Anführer der Gruppe Djeykh-al Mukhajirin val-Ansar¹²⁷, die viele Ausreisende aus dem Nordkaukasus und der Ukraine vereinigte. Die Gruppe spaltete sich im November 2013, wobei die Kämpfer um Batirashvili sich dem IS anschlossen und der andere Teil unabhängig blieb. 2015 soll Batirashvili die Khattab-Brigaden des IS angeführt haben, in der vor allem nordkaukasische Jihadisten aus den ehemaligen Brigaden Basaevs und Dudaevs kämpften. Batirashvili wurde mehrfach für tot erklärt und soll nach Angaben des Pentagons im März 2016 seinen Verletzungen erlegen sein (Kavkazkiy Uzel 2017c). Nachdem Batirashvili und seine Kämpfer sich dem IS anschlossen hatten, soll Salafudin Shishani (Feyzulla Margoshvili) das Kommando der Djeykh-al Mukhajirin val-Ansar übernommen haben. Margoshvili, ebenfalls ein ethnischer Tschetschene aus dem Pankisi Tal, schwor daraufhin dem Imarat Kavkaz die Treue, das zu dieser Zeit in Russland von Suleimanov angeführt wurde. Nach Angaben tschetschenischer Sicherheitsdienste soll Margoshvili die Gruppe im Herbst 2015 verlassen haben, woraufhin sich die vorwiegend nordkaukasischen Kämpfer dem Jabat an Nusra anschlossen, der sowohl gegen Regierungstruppen Assads als auch gegen den IS kämpfte (ebd.). Unter der Führung von Abu Abdurakhman wiederum kämpften seit Herbst 2013 nordkaukasische Jihadisten im Namen der Gruppe Al-Mukhadjirin. Im März 2015 wurden zwei Rückkehrer der Gruppe in Grozny verhaftet. Im November 2016 soll außerdem ein tschetschenischer Anführer einer Untergruppe des IS, Abu Anas ash-Shishani, getötet worden sein. Laut Angaben Ramzan Kadyrovs sollen seit Februar 2016 tschetschenische Spezialkräfte im Gebiet des IS gegen dessen Kämpfer im Einsatz sein (ebd.).

¹²⁶ Eine US-amerikanische Beratungsfirma, die unter anderem für US-Geheimdienste tätig ist (ICG Group 2016).

¹²⁷ Im Russischen: Джейш-аль-Мухаджирин валь-Ансар.

Auch die Einschätzungen zur russischen Reaktion auf den Jihad in Syrien verlangen eine kritische Diskussion. Sie sind teils sehr widersprüchlich und bislang noch kaum Thema wissenschaftlicher Arbeiten. Die Vermutung, dass russische Sicherheitskräfte die Ausreisen von Jihadisten bis zur Olympiade in Sochi im Jahr 2014 bewusst geduldet oder sogar forciert haben, wurde jedoch durch verschiedene Quellen bestätigt, wie im Folgenden gezeigt wird. Zwar hatte die russische Regierung erst 2013 ebensolche Ausreisen kriminalisiert, mit einer Änderung des Artikels 208 des Strafgesetzbuches verbot sie die Teilnahme in bewaffneten Organisationen im Ausland, die „den Interessen der Russischen Föderation widersprechen“ (ICG Group 2016, 5). 2014 wurden die Freiheitsstrafen für diesen Tatbestand auf zehn Jahre erhöht. Im Anschluss wurden viele Rückkehrer aus Syrien und Irak noch an der russischen Grenze verhaftet (ebd.). Zur selben Zeit erhöhte sich jedoch auch der Druck auf den lokalen Aufstand. Es wurde deutlich, dass das Kaukasus-Emirat kaum in der Lage sein würde, die Olympischen Spiele zu stören oder zu verhindern, wie von Doku Umarov es angekündigt hatte (ebd., 6). Nach Umarovs Vergiftung übernahm Aliaskhab Kebekov die Führung. Er schränkte die Methoden des Kampfes ein und verbot zum Beispiel Selbstmordattentate oder Angriffe auf ZivilistInnen. Dies machte die Mitgliedschaft im Kaukasus-Emirat für äußerst Radikale unattraktiver (ebd.). Begleitet wurde diese Entwicklung durch eine Art Head-Hunting-Kampagne des IS: Die Terror-Organisation versuchte gezielt, angesehene und charismatische Personen für sich zu gewinnen (ebd., 7). Sie überzeugte einige Schlüsselfiguren und genoss vor allem unter radikalen Jugendlichen ein wachsendes Ansehen¹²⁸ (ebd.). In Syrien nahm die Macht des IS seit 2012 beständig zu (Steinberg 2014, 3).

In diesem Zuge etablierte sich die Türkei zu einem Drehkreuz für emigrierende Muslime aus Russland. Auch wegen des steigenden Drucks gegenüber MuslimInnen sind im vergangenen Jahrzehnt Tausende in die Türkei ausgewandert (ICG Group 2016). Während sich viele konservative friedliche Muslime in und um Istanbul ansiedelten, reisten radikale Kämpfer von der Türkei aus weiter nach Syrien. So kam es im Vorfeld der Olympiade zu Hunderten von Ausreisen nach Syrien und in den Irak (ICG Group 2016, 6). Gegenüber der ICG sagte ein Funktionär des Sicherheitsapparates zum Beispiel:

„Natürlich haben wir das getan. Wir öffneten die Grenzen, halfen ihnen allen hinaus und schlossen die Grenze hinter ihnen, indem wir diese Form des Kampfes kriminalisierten. Wenn sie jetzt zurückwollen, erwarten wir sie an der Grenze. So ist jeder glücklich: Sie

¹²⁸ Erfolgreich war der IS auch unter NordkaukasierInnen, die Russland bereits vor Jahren wegen finanziellem oder politischem Druck Richtung Nahen Osten verlassen hatten (ICG Group 2016, 6).

sterben im Namen Allahs, und wir haben keine Terrorakte hier und bombardieren sie jetzt in Latakia und Idlib. Staatspolitik muss pragmatisch sein; das war sehr effektiv“ (ebd., 16).

Auch ein salafistischer Aktivist bestätigte die Praxis: “Das ist 100 Prozent sicher: Sie gaben grünes Licht und öffneten die Straßen“ (ebd.).

In der zweiten Hälfte des Jahres 2014 entschied sich die russische Regierung dann offenbar zu einem Strategiewechsel. In der Folge ging sie systematisch gegen ausreisende Kämpfer, IS-Rekrutierer und -Fundraiser vor. 2015 wurden über 100 BürgerInnen im Verdacht nach Syrien reisen zu wollen an der russischen Grenze aufgehalten (ebd., 17). Sowohl der tschetschenische Präsident Kadyrov als auch der inguschetische Yevkurov sprachen sich außerdem dafür aus, im Ausland aktiven IS-Kämpfern die russische Staatsbürgerschaft zu entziehen und sie so an ihrer Rückkehr zu hindern (ebd., 23). Seit August 2015 können Angehörige von potenziellen oder tatsächlichen Ausreisenden sich außerdem an eine Hotline gegen die IS-Rekrutierung wenden (ebd., 18).

Im November 2015 waren unter dem Vorwurf der Beteiligung an illegalen bewaffneten Organisationen bereits 650 Strafverfahren gegen rund 1.000 russische BürgerInnen eröffnet. Mehr als 150 Rückkehrer aus dem Irak und Syrien wurden zu Haftstrafen verurteilt (ebd., 16). In 270 Fällen wird den Angeklagten Terror-Finanzierung vorgeworfen¹²⁹ (ebd., 18). Die tatsächliche Schuld der in solchen Verfahren Verurteilten ist aber zu hinterfragen. Verschiedene RespondentInnen gaben an, dass in Kabardino-Balkarien – wie auch in anderen Republiken – Geständnisse nach wie vor durch Folter und gefälschte Beweise erpresst werden (Interviews vom Oktober und November 2016, ICG Group 2016, 18).

Durch die bereits erfolgten Ausreisen konnte die Aufstandsbekämpfung dennoch zu Teilen ausgelagert werden. Vor allem in Syrien selbst verfolgte die russische Regierung Jihadisten massiv. Ende September 2015 begann sie, Stellungen des IS zu bombardieren. Präsident Putin äußerte sich dazu so:

„Der einzig wahre Weg, internationalen Terrorismus zu bekämpfen ... ist Kämpfer und Terroristen dort aufzuhalten, zu bekämpfen und zu eliminieren, wo sie bereits Gebiete erobert haben, ohne zu warten, bis sie zu uns nach Hause kommen. [...] Es ist allgemein

¹²⁹ Eine Quelle aus dem dagestanischen Sicherheitssektor sagte dazu gegenüber der ICG: „Eine Person postet oder teilt Propaganda in den sozialen Netzwerken; ein paar Inhaftierte bestätigen, dass diese Person sie habe anwerben wollen, und schon haben Sie Ihren Verdächtigen“ (ICG 2016: 18).

bekannt, dass in ... solchen Terror-Organisationen wie dem sogenannten Islamischen Staat ... tausende mit Wurzeln in europäischen Staaten, Russland und postsowjetischen Ländern [kämpfen]. Man muss kein Experte in diesem Thema sein, um zu verstehen: Wenn sie in Syrien Erfolg haben ... kommen sie auch nach Russland.“ (ICG 2016, 16)

Nach den russischen Bombardements verstärkte der IS seine aggressive Haltung gegen Russland und drohte unter anderem, das Land mit „einem Meer aus Blut“ zu überfluten (ebd., 3). Gewissermaßen ging eine Externalisierung von beiden Seiten aus: Während der russische Staat Aufständische in Syrien bombardierte, sahen viele kaukasische Jihadisten den Kampf in Syrien auch als einen gegen Russland, war die russische Regierung doch einer der Verbündeten des Assad-Regimes (Steinberg 2014). Auch in der Türkei erhöhte sich der Druck auf nordkaukasische Ausgereiste: Mindestens acht hohe Funktionäre des Kaukasus-Emirats wurden dort seit 2003 getötet. Verschiedene ExpertInnen vermuten dahinter den FSB (ICG Group 2016, I; Steinberg 2014, 1). 2016 übergab die russische Regierung der türkischen außerdem eine Liste potenzieller Jihadisten. Einige dieser Verdächtigen wurden in der Folge von türkischen Sicherheitskräften verhaftet – somit stieg der Druck auf potenzielle oder tatsächliche russische Aufständische auch in der Türkei (ICG Group 2016). Aus Interviews der ICG geht hervor, dass die russische und die tschetschenische Regierung außerdem versuchten, den IS in Syrien und Irak zu infiltrieren. Dadurch waren insbesondere die einst populären TschetschenInnen beim IS häufiger mit dem Vorwurf konfrontiert, als Spione zu arbeiten (ICG Group 2016, 13).

6.4.2 Entwicklungen in Kabardino-Balkarien

Auch für Kabardino-Balkarien gibt es unterschiedliche Schätzungen, wie viele Kämpfer sich dem Jihad im Ausland anschlossen. Während das Anti-Terror-Zentrum der GUS 2016 von 130 zum IS Ausgereisten ausging (ICG Group 2016, II), rechnete die kabardino-balkarische Regierung im Herbst 2016 mit insgesamt 250 Ausreisen aus der eigenen Republik zu terroristischen Gruppen in Syrien oder Irak (R24). Davon sollen Ende 2016 mindestens 170 an illegalen terroristischen Aktivitäten des IS beteiligt gewesen sein (Kavkazkiy Uzel 2016c). Insgesamt nahm die Zahl der Kämpfer eher zu als ab: Im Frühjahr 2016 hatte der stellvertretende Innenminister Kazbek Tatuev von über 130 kabardino-balkarischen Mitgliedern¹³⁰ des IS gesprochen (Kavkazkiy Uzel 2016f). Im Juli 2014 waren dagegen laut Angaben des lokalen FSB-Chefs Sergey Kamenniy erst 60 kabardino-balkarische Kämpfer für

¹³⁰ Darunter waren laut seinen Angaben 28 Frauen (Kavkazkiy Uzel 2016f).

terroristische Organisationen in Syrien oder Irak aktiv. Ende des gleichen Jahres hatte sich diese Zahl auf schätzungsweise 85 bis 150 erhöht, die meisten von ihnen sollen zwischen 20 und 30 Jahren alt gewesen sein (Kavkazkiy Uzel 2016c, 2014b).

Die im Rahmen dieser Arbeit befragten RespondentInnen bezeugten den Ansatz der Externalisierung für Kabardino-Balkarien. So sagte ein Menschenrechtsaktivist: „Den Korridor gab es. Sie [die Sicherheitskräfte] haben ihnen einfach gesagt, sie sollen reisen wohin sie wollen. [...] Sie haben die Leute einfach durchgewinkt.“ (RXX). Er bezweifelte jedoch, dass die Ausgereisten tatsächlich im von der Regierung vermuteten Ausmaß in Syrien kämpften. Nach seinen Informationen hielt sich ein bedeutender Teil nach der Ausreise in anderen Ländern wie der Türkei aber zum Beispiel auch Belgien auf. Ein Wissenschaftler bestätigte ebenfalls: „Diesen Korridor gab es“ (R15). Ein direkt in die Thematik involvierter Ministeriumsmitarbeiter widersprach dem nicht, sagte aber auch, der Ausreisefaktor habe zwar eine gewisse Rolle gespielt, man dürfe ihn jedoch nicht überschätzen (R26). Er sah die Ausreisen als etwa gleichbedeutend mit den Geschehnissen vor Ort an.

Seit Beginn der Kämpfe in Syrien sind laut Mikhail Gromakov, dem stellvertretenden Polizeichef für die operative Arbeit des Innenministeriums, 23 Menschen aus den Kampfgebieten in Syrien und Irak nach Kabardino-Balkarien zurückgekehrt. Vier von ihnen wurden bei der Rückkehr getötet, weitere 24 sollen bei Kampfhandlungen in Syrien und Irak gestorben sein (Kavkazkiy Uzel 2017c, 2016c). Ende 2016 waren von den verbleibenden Ausgereisten 80 zur föderalen und 59 zur internationalen Fahndung ausgeschrieben (Kavkazkiy Uzel 2016c). Im Dezember 2016 berichtete die Staatsanwaltschaft Kabardino-Balkariens von strafrechtlichen Ermittlungen gegen 79 Mitglieder einer bewaffneten terroristischen Vereinigung im Ausland¹³¹, von denen fünf Ende des Jahres bereits verurteilt waren (Kavkazkiy Uzel 2017c). Einer der ersten Verurteilten war Murat Nagoev, der 2014 zu einer vierjährigen Haftstrafe wegen Beteiligung an ausländischen Kampfhandlungen als Söldner verurteilt worden war. Nagoev hatte bestritten, für Geld gekämpft zu haben und darauf bestanden, dass er lediglich tscherkessische Frauen und Kinder habe verteidigen wollen (Kavkazkiy Uzel 2014c). Die gleiche Strafe erhielt im Sommer 2016 Denis Pershin, den ein Gericht wegen seiner Beteiligung an Kampfhandlungen in Syrien zu vier Jahren Straflager verurteilte (ebd.). Ebenfalls zu vier Jahren verurteilt wurde Zhamal Tumenov, der IS-Kämpfer finanziell unterstützt haben soll (ebd.). Die örtliche Abteilung des FSB wies darauf hin, dass eine Vielzahl

¹³¹ Zum Vergleich: Anfang 2015 gab es erst 28 solcher Verfahren (Kavkazkiy Uzel 2016h).

der Ausreisenden Gelder von UnternehmerInnen aus Kabardino-Balkarien erhalten habe (Kavkazkiy Uzel 2016h).

Verhandelt wurden außerdem einige Fälle von Kämpfern, die in die Türkei reisten um sich von dort aus dem IS anzuschließen, dann aber doch nach Russland zurückkehrten. Ein prominentes Beispiel war der bereits erwähnte Aslan Konov, der von der Kommission zur Adaption ehemaliger Kämpfer unterstützt wurde und sich anschließend in der Präventionsarbeit für Jugendliche engagierte (Kavkazkiy Uzel 2017c; vgl. Kapitel 6.3.2.; 2016f). Eine der höchsten Strafen erhielt Akhmat Ulbashev. Er hatte bereits 2013 an einem dreiwöchigen Militärtraining des IS teilgenommen, war anschließend nach Russland zurückgekehrt und im Sommer 2015 zu 14 Jahren Straflager verurteilt worden (Kavkazkiy Uzel 2017c).

6.4.3 Zwischenfazit

Auch für Kabardino-Balkarien hat sich die Annahme bestätigt, dass Mitglieder der Regierung und Verwaltung Ausreisen nach Syrien im Vorfeld der Olympiade in Sochi bewusst duldeten oder gar forcierten. Zwar war das konkrete Ausmaß der Externalisierung unter den RespondentInnen umstritten, wenngleich die absoluten Zahlen divergieren, belegen sie aber doch, dass der Kampf in Syrien an Attraktivität gewann. In Kombination mit der rigorosen Bekämpfung Aufständischer in Kabardino-Balkarien verloren diese zusehends ihre Anziehungskraft vor Ort. Alle Befragten maßen der Externalisierung deshalb einen mehr oder minder großen Einfluss auf die Abnahme der Gewalt bei. Jedoch verwiesen sie auf weitere Faktoren, die damit verbunden waren (vgl. Kapitel 6.1.3., 6.2.3. und 6.3.3.). Besonderes Augenmerk galt außerdem potenziellen Rückkehrer: Verschiedene RespondentInnen verwiesen auf die Gefahr, dass Kämpfer aus Syrien früher oder später nach Russland zurückkehren könnten und aufgrund ihrer gestiegenen Kampferfahrung ein umso höheres Sicherheitsrisiko darstellten. Einen Überblick über daraus zu ziehende Schlüsse bietet das hieran anknüpfende Gesamtfazit. Es fasst die bisherigen Erkenntnisse zusammen und soll einen Ausblick bieten, welche Fragen sich aus diesen ergeben.

7. Fazit und Ausblick

Ziel der Arbeit war es herauszustellen, welche staatlichen Maßnahmen zum Rückgang der aufständischen Gewalt in Kabardino-Balkarien beigetragen haben. Im Zentrum standen dabei sozioökonomische Stabilisierungsversuche, Zwangsmaßnahmen gegen Aufständische, Dialogversuche mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen der Republik sowie die Externalisierung aufständischer Gewalt.

Um diese Analyse nachvollziehbar zu gestalten, habe ich zunächst mein methodisches Vorgehen erläutert (Kapitel zwei) und die zugrundeliegenden Theorien diskutiert (Kapitel drei). Meine Arbeit folgt den Annahmen von Stekelenburg und Klandermans (2010), die Radikalisierung als Wechselspiel aus Angebot- und Nachfrage verstehen: Die Bereitschaft zu politischer Gewalt erwächst einerseits aus Deprivationserfahrungen einer breiteren Bevölkerungsgruppe und wird andererseits von Eliten geschürt, die an einer Eskalation des Konflikts interessiert sind. Wie diese Prozesse ablaufen, lässt sich unter anderem mithilfe der Theorien della Portas, Malthanerss und Waldmanns oder Moghaddams und Konaevs detailliert nachvollziehen.

Es folgte ein geschichtlicher Abriss über Aufstände und ihre Bekämpfung vor Beginn des Untersuchungszeitraums (Kapitel vier) sowie eine Beschreibung der entscheidenden Entwicklungen in Naltschik zwischen 2005 und 2016 (Kapitel fünf). Im Hauptteil der Arbeit (Kapitel sechs) habe ich den Einfluss der vier zentralen Maßnahmen mithilfe von Leitfadeninterviews ausgewertet und über Sekundärquellen objektiviert.

Die Analyse hat gezeigt, dass die Auswirkungen der gewählten staatlichen Maßnahmen ambivalent zu beurteilen sind. Wegweisend ist hier das Zitat eines hochrangigen Ministeriumsmitarbeiters, der die Aufstandsbekämpfung in seiner Republik wie folgt beschrieb: „Wir haben jetzt ein sehr starkes System im Kampf gegen Terrorismus. Was ist dabei am wichtigsten? Da kann man nicht nur eine Priorität setzen. Alles hat Priorität. Man muss die Jugend erziehen, soziale Probleme lösen, gegen die Kämpfer vorgehen [...]“ (R26). Weniger wohlwollend nannte Snetkov dies ein „konzeptionelles Durcheinander“ in der Aufstandsbekämpfung und Gewaltprävention (vgl. Kapitel 4).

Ein erster Blick auf die sozioökonomische Entwicklung der Republik suggerierte zunächst den Erfolg der hier getroffenen Maßnahmen. Die Arbeitslosigkeit war im Untersuchungszeitraum deutlich zurückgegangen, die Gehälter pro Kopf im Schnitt gestiegen. Eine genauere Betrachtung zeigte jedoch, dass die Gewalt im Untersuchungszeitraum gerade dann zunahm, wenn sich wirtschaftliche Verbesserungen eingestellt hatten. Dagegen blieb ein Anstieg der Gewalt in jüngerer Zeit aus, obwohl zuletzt mehr Menschen unterhalb des Existenzminimums leben mussten. Möglich ist – wie auch bei den folgenden zwei Variablen – dass Veränderungen in diesen Bereichen erst mit großer zeitlicher Verzögerung von den Betroffenen wahrgenommen wurden. Plausibler erscheint jedoch, dass die empfundene Verteilungsgerechtigkeit eine wesentlich größere Rolle spielte als allgemeine statistische Verbesserungen. Die Interviews zeigen, dass Korruption und Klientelismus in Kabardino-Balkarien über den gesamten

Untersuchungszeitraum hinweg ein starkes Gefühl der Ungerechtigkeit schürten. Dieses konnte im Sinne der Theorie von Stekelenburg und Klandermans (2010) einerseits bei Teilen der Bevölkerung eine grundsätzliche Nachfrage nach gewaltsamen Reaktionen wecken und andererseits oppositionellen Eliten als Instrument der Mobilisierung dienen. In diesem Sinne könnten die staatlichen Förderprogramme die Deeskalation sogar gehemmt haben, führten sie doch – so die einhellige Meinung der Befragten – zum wachsenden Ausmaß an Korruption und Bestechung. Ergriffene Gegenmaßnahmen des Staates blieben offenbar wirkungslos.

Darüber hinaus scheint der gleichzeitig auftretende „Postismus“ den sozialen Druck insbesondere auf Männer ohne einflussreiche Kontakte weiter erhöht zu haben. Zwar seien die Erwartungen an das eigene Leben unter Befragten einer Studie „erschreckend niedrig“ (Kosterina 2016), der Leistungsdruck aus dem familiären Umfeld oft aber umso höher (ebd.; R17). Eine zentrale Erkenntnis aus den Interviews ist, dass Zugangschancen und Teilhabe nach wie vor massiv von klientelistischen Netzwerken abhingen. Als Ersatzidentität könnten politische Gewalt und das Leben im Untergrund an Attraktivität gewonnen haben. Sinnvoll erscheint mir deshalb, Korruption, Klientelismus und das Streben nach Staatsposten in weiteren Analysen noch detaillierter auszuwerten.

Gewissermaßen umgekehrt verhielten sich die Einschätzungen in Bezug auf die getroffenen Zwangsmaßnahmen des Staates. Zwar vertrat ein großer Teil der Befragten die These, dass die Tötung führender Aufständischer zu einem Rückgang der Gewalt geführt habe. Kurzfristig nahm die Eskalation jedoch zu: Während zwischen 2010 und 2012 besonders viele Kämpfer bei KTO getötet wurden, starben gleichzeitig deutlich mehr Sicherheitskräfte und ZivilistInnen als in den Vor- und Folgejahren. Mit Blick auf die sich annähernd ähnlich entwickelnden Todeszahlen der Kontrahenten lässt sich eindeutig eine gegenseitige Radikalisierung feststellen. Diese wurde durch die gleichzeitig auftretende Willkürjustiz offenbar noch verstärkt. Statt über faire Verfahren einen deeskalierenden Einfluss auszuüben, mehrten gefälschte Beweise und nicht untersuchte Foltervorwürfe das Gefühl der Ungerechtigkeit auf Seiten der Aufständischen. Verschiedene RespondentInnen argumentierten, dass insbesondere die gewaltsame Repression gegen Unbeteiligte und Folter der Verdächtigen bis dahin friedliche ZivilistInnen in den Untergrund trieben. Die gewaltsame Radikalisierung griff letztlich auch auf bis dato nicht involvierte AkteurInnen über, wie die Entstehung militanter Gruppen wie die der „Schwarzen Habichten“ zeigt. Einige RespondentInnen wandten jedoch ein, dass KTO in den jüngsten Jahren gezielter durchgeführt wurden und die Repressionen gegen inhaftierte Kämpfer ebenso wie gegen Dritte abnahmen (R13; R21). Es ist davon auszugehen, dass dies

den Rückgang der Gewalt zentral beeinflusst hat. Insbesondere die Tötung führender Personen des Aufstands – die in der Wissenschaft ambivalent beurteilt wird – sollte daher noch eingehender betrachtet werden.

Im engen Zusammenhang mit den angewandten Zwangsmaßnahmen standen die untersuchten Ansätze des Dialogs. Ein Respondent, der mit beiden Maßnahmen konfrontiert war, fasste dies so zusammen: „Die Ansätze zum Dialog sind gut, da gibt es Bewegung. Aber parallel dazu setzt der Staat weiter auf Repression, Folter. Und das macht unsere Bemühungen letztlich zunichte.“ Wie bei der vorausgegangenen Variable lassen sich über den Einfluss der Dialogprogramme ambivalente Schlüsse ziehen. Ein deutlicher Zusammenhang scheint zwischen den Schlichtungsversuchen Kanokovs nach 2005 und dem Rückgang des Gewaltpotenzials zu bestehen. Die Ablösung des Hardliners Shogenov im Innenministerium sowie der zunehmende Dialog mit der DUM KBR konnte offenbar einen Teil der gläubigen MuslimInnen beschwichtigen. Gleichwohl hielt die relativ ruhige Lage nur kurz an: Bereits 2007 musste die Regierung eine relativ hohe Zahl an zivilen Opfern verzeichnen, 2008 mehrten sich die tödlichen Angriffe auf Sicherheitskräfte. Die zur selben Zeit initiierten Jugendprogramme konnten die zunehmende Gewalt nicht verhindern. Angesichts der Aussagen der Befragten bleibt zu bezweifeln, dass diese Programme potenzielle Aufständische überhaupt erreichten. Vielmehr könnten sie dazu geführt haben, deren Narrativ über korrupte und klientelistische Eliten zu stärken. Da fast alle relevanten Programme regierungstreu organisiert waren, konnte hier höchstens ein Scheindialog entstehen. Als echte Schlichtungsinitiative bewerteten die Befragten die Organisation der Mütter Kabardino-Balkariens und die Kommission zur Adaption eines friedlichen Lebens für ehemalige Kämpfer. Diese waren letztlich die einzigen benannten Organisationen, die sowohl mit der Regierung als auch mit Kämpfern im Austausch standen, wenngleich dies nur kurzfristig bzw. erst seit Kurzem der Fall war. Positiv äußerten sich die Befragten außerdem über den Minister für Extremismusprävention. Die Erfolge dieser drei Akteure sollten daher in weiteren Arbeiten aufgegriffen werden. Hier stellt sich auch die Frage, welchen Einfluss Regierungswechsel auf die Kooperationsbereitschaft des Staates ausübten, da etwa der Amtsantritt Kokovs nur von einer Respondentin als positive Veränderung bewertet wurde. Besonders interessant war darüber hinaus die mehrfache Annahme verschiedener RespondentInnen, aufständische Ideologien seien nicht nur Instrument, sondern auch Ursache der Gewalt. Unter den VerfechterInnen dieser Annahme bot jedoch niemand eine plausible Erklärung dafür, weshalb diese Ideologien in der jüngsten Zeit weniger erfolgreich greifen sollten als bislang – wurden die entsprechenden Aufklärungsveranstaltungen doch vor allem mit Zwang assoziiert. Mit Blick auf Gegenideologien lohnt außerdem die Frage, ob der

von der Regierung beworbene Patriotismus die Gesellschaft – wie bereits in den 1990er Jahren – erneut spalten könnte. Weitere Untersuchungen können erhellen, ob die Dialogversuche zu einer weniger feindseligen Rhetorik der Regierung und somit zu weniger Vorbehalten gegenüber neuen MuslimInnen in Kabardino-Balkarien geführt haben.

Letztlich war allein der Einfluss der Externalisierung des Konflikts unter den RespondentInnen unumstritten und wurde durch entsprechend korrelierende Zahlen gestützt. Auch für Kabardino-Balkarien hat sich die Annahme bestätigt, dass Mitglieder der Regierung und Verwaltung Ausreisen nach Syrien im Vorfeld der Olympiade in Sochi bewusst duldeten oder gar forcierten. Zwar war das konkrete Ausmaß der Externalisierung unter den RespondentInnen umstritten – wenngleich die absoluten Zahlen divergieren, belegen sie aber doch, dass der Kampf in Syrien an Attraktivität gewann. In Kombination mit der rigorosen Bekämpfung Aufständischer in Kabardino-Balkarien verloren diese zusehends ihre Anziehungskraft vor Ort. Alle Befragten maßen der Externalisierung deshalb einen mehr oder minder großen Einfluss auf die Abnahme der Gewalt bei. Jedoch verwiesen sie auf weitere Faktoren, die damit verbunden waren (vgl. Kapitel 6.1.3., 6.2.3. und 6.3.3.). Besonderes Augenmerk galt außerdem potenziellen Rückkehrer: Verschiedene RespondentInnen warnten davor, dass Kämpfer aus Syrien früher oder später nach Russland zurückkehren würden und aufgrund ihrer gestiegenen Kampferfahrung ein umso höheres Sicherheitsrisiko darstellten. In Anbetracht der jüngsten Gebietsverluste des IS sollte diese Entwicklung in weiteren Arbeiten berücksichtigt werden.

Im abschließenden Vergleich wirkte sich die Externalisierung des Konfliktes für den Untersuchungszeitraum aber am eindeutigsten auf die Abnahme der Gewalt aus. Der Einfluss der übrigen Faktoren blieb ambivalent. Die ergriffenen Maßnahmen führten teils zur Beruhigung, teils zur erneuten Eskalation der Lage – und standen dabei in deutlicher Wechselwirkung. In Anlehnung an PISOIU lässt sich ein Kaleidoskop von ergriffenen Gegenmaßnahmen konstatieren. Inwieweit diese einander beeinflussten, sollte Gegenstand weiterer Arbeiten sein, die idealerweise Makro- Meso und Mikroebene kombinieren.

Ein zentrales Scharnier stellt dabei die Akteursgruppe der Sicherheitskräfte dar. Wie gezeigt, hat sich der staatliche Sicherheitsapparat in der Region als wichtiger Arbeitgeber etabliert und wurde für seine stabilen Gehälter geschätzt (UV I). Dies könnte zu einer Art Teufelskreis geführt haben: Da die Gehälter der Branche wesentlich von der aktuellen Bedrohungslage und damit einhergehenden Zwangsmaßnahmen (UV II) abhingen, sank unter Sicherheitskräften das Interesse an Dialog (UV III) oder gar einem vollständigen Ende der Gewalt. Ähnlich könnte sich die Lage in anderen Branchen verhalten haben: Aus Mangel an stabilen beruflichen

Alternativen strebten junge Menschen im Untersuchungszeitraum vor allem nach staatlichen Posten. Da diese weitgehend mit Klientelismus und Korruption assoziiert wurden, stieg die empfundene Deprivation unter Außenstehenden, was wiederum Radikalisierung und eine wachsende Bedrohungslage verstärkte. Postismus und Perverted-reciproke-violence könnten sich somit auch in nachfolgenden Generationen fortsetzen.

Um hierüber Klarheit zu gewinnen, sollten folgende Arbeiten stärker auf das Verhältnis verschiedener Akteursgruppen eingehen. Besonders wichtig wäre einerseits, die Konkurrenz zwischen militärisch und dialogorientierten Regierungskräften beleuchten und andererseits die Dynamiken zwischen regierender Elite und ihren GegnerInnen im Aufstand zu analysieren. Meine Arbeit hat bereits Beispiele aufgegriffen, in denen die Interessen verschiedener Akteursgruppen kollidierten und divergierten. So gaben einige Befragte an, die jüngsten Schlichtungsversuche könnten am mangelnden Interesse der Sicherheitskräfte scheitern. Eine tiefgreifende Analyse der verschiedenen Felder könnte diese These – etwa am Beispiel der Kommission für die Adaption ehemaliger Kämpfer – wissenschaftlich untermauern oder zurückweisen. Es bleibt jedoch darauf hinzuweisen, dass diese Feldforschung eine enorme Ortskenntnis voraussetzt, da insbesondere Informationen aus dem Sicherheitsapparat kaum zugänglich sind. Darüber hinaus verdeutlicht meine Analyse vor allem, wie sich die ergriffenen Maßnahmen auf die aufständische Gewalt insgesamt auswirkten. Sie zeigt nur bedingt, warum sich einzelne Kämpfer oder ganze Gruppen radikalisiert haben. Hilfreich für beide Themenkomplexe sind unter anderem die Feldtheorie Fligsteins und McAdams (2012), die Abhandlungen über Arenen des Konfliktes von Alimi, Bosi, Demetriou und Malthaner, Erläuterungen zu Prozessen gegenseitiger Radikalisierung von Moghaddam und Konaev sowie die Arbeiten della Portas und Koehlers et al.

8. Literatur

- Akkieva, S.I. (2009). *Islam v Kabardino-Balkarskoy Respublike*. Moskau: Logos.
- al-Shishani, M.B. (2005). "From Grozny to Nalchik. Is the North Caucasus heading back to the nineteenth century?" *Central Asia Caucasus Analyst. Bi-weekly briefing* 6 (20):<https://www.files.ethz.ch/isn/106098/Analyst%20vol%206%20no%2020.pdf>.
- Alimi, E., L. Bosi und C. Demetriou. (2012). "Relational Dynamics and Processes of Radicalization: A comparative Framework." *Mobilization* 17 (1):7-26.
- Arkhiv KBR. (2008). "Ukaz ot 25.07.2008 g N° 85-UP. O Molodezhnom Pravitelstve Kabardino-Balkarskoy Respubliki." Abgerufen am 16.10.2016. <http://kbr-gov.ru/doc/8381>.
- Balmforth, T. (2016). "Russian Duma Drops Citizenship-Stripping Clause Ahead of Antiterror Bill Vote." *Radio Liberty*. Abgerufen am 22.06.2016. <https://www.rferl.org/a/russia-duma-drops-citizen-stripping-from-terror-bill/27816171.html>.
- Bogner, A., B. Littig und W. Menz. (2005). *Das Experteninterview: Theorie, Methode, Anwendung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Briggs, R. (2010). "Community Engagement for Counterterrorism: lessons from the United Kingdom." *International Affairs* 86 (4):971-981.
- Brubaker, R. (2015). "Religious Dimensions of Political Conflict and Violence." *Sociological Theory* 33 (1):1-19.
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). (2014). "Wie wird Arbeitslosigkeit gemessen?" Abgerufen am 16.02.2017. <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/54909/arbeitslosigkeit-messen?p=all>.
- Chechenov, A., I. Gaunova und K. Kushkhova. (2014). "Vliyanie gosudarstvennykh program razvitiya na instityty na lokalnom urovne. Vypusk 2." In *Ot ponimaniya lokalnykh konfliktov k ispolzovaniyu shansov razvitiya*, hrsg. von J. Koehler, A. Gunya und M. Shogenov, 55-68. Berlin, Nalchik: Free University of Berlin, The North Caucasian Graduate School of Conflict Studies, Kabardino-Balkarian State University
- Crenshaw, M. (2011). *Explaining Terrorism: Causes, Processes, and Consequences*. London: Routledge.
- della Porta, D. (1995). *Social Movements, Political Violence and the State: A Comparative Analysis of Italy and Germany*. Cambridge: Cambridge University Press.
- DUM KBR. (2016). "Pyatnichnaya propoved v mecheti mikrorajona Volnij Aul." Abgerufen am 21.06.2018. <http://www.kbrdum.ru/novosti/885-pyatnichnaya-propoved-v-mecheti-mikrorajona-volnyj-aul>.
- Dzutsati, V. (2015). "Six Suspected Rebels Killed in Kabardino-Balkaria." Abgerufen am 31.10.2017. <https://jamestown.org/program/six-suspected-rebels-killed-in-kabardino-balkaria-2/>.
- Elbrusoid. (2017). "Elbrusoid. Chistye pomysly – dobre delo! O nas." Abgerufen am 07.03.2017. <http://www.elbrusoid.org/about/>.
- European Parliament. (2016). "At a glance. Countering extremism and terrorism in Russia." Abgerufen am 28.02.2017. http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2016/582024/EPRS_ATA%282016%29582024_EN.pdf.
- Fagan, G. (2014). "A word of justice: Islam and state repression in the North-West Caucasus." *Central Asian Survey* 33:29-68.
- Fagan, G., S. Markedonov und S. Zhemukov. (2012). "Political Islam in the Caucasus. Panel 2: Political Islam in the North Caucasus. Transcript by Federal News Service Washington D.C." Abgerufen am 23.10.2016. http://carnegieendowment.org/files/022212_transcript_poli-islam-2_edited.pdf.
- Falkowski, M. (2014). "On the periphery of global jihad. The North Caucasus: The Illusion of stabilisation." *Point of view. OSW Warsaw* 45.
- Falkowski, M. (2016). "Russia's 'Middle East': the escalation of religious conflicts in the Northern Caucasus." *OSW Commentary* 207.
- Fligstein, N. und D. McAdam. (2012). *A Theory of Fields*. Oxford: Oxford University Press.

- Fuller, L. (2016). "Moscow Amends North Caucasus Development Program Yet Again." *Radio Free Europe. Radio Liberty*. Abgerufen am 23.10.2016. <http://www.rferl.org/a/caucasus-report-development-program-amended-moscow/27803510.html>.
- Galeotti, M. (2014). "Caucasus crossroads. Russian insurgency reaches a turning point." *Jane's intelligence review* 26 (5):14-19.
- Gläser, J. und G. Laudel. (2010). *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Glava KBR. (2012). "Ukaz Glavy KBR ot 24. Yanvarya 2012g. Nr. 10 UG." Abgerufen am 31.10.2017. <http://glava.kbr.ru/kbr-events/document/decrees-and-orders/11371--21-2016-43-.html>.
- Glava KBR. (2015). "Rasporyazhenie Glavy KBR ot 11 iunya 2015g. N° 58 RG. Ob utverzhdenii sostava Molodezhnogo Pravitelstva Kabardino-Balkarskoy Respubliki." Abgerufen am 10.03.2017. <http://glava.kbr.ru/kbr-events/document/decrees-and-orders/10703--11-2015-58-.html>.
- GTD. (2017). "Global Terrorism Database. Search the Database: Russia. Fatalities." Abgerufen am 28.07.2017. http://www.start.umd.edu/gtd/search/Results.aspx?chart=fatalities&casualties_type=&casualties_max=&country=167.
- Gunya, A. (2017). *Insurgency Violence Overview* (unveröffentlicht). Staatliche Universität Kabardino Balkarien.
- Gunya, A., T. Tenov und A. Chechenov. (2017). *The Influence of the State Development on Stability at Local Level in the North Caucasus* (unveröffentlicht). Staatliche Universität Kabardino Balkarien.
- Hahn, G. (2008). "The Jihadi Insurgency and the Russian Counterinsurgency in the North Caucasus." *Post-Soviet Affairs* 24 (1):1-39.
- Hahn, G. (2014). *The Caucasus Emirate Mujahedin. Global Jihadism in Russia's North Caucasus and Beyond*. North Carolina: Mc Farland & Company.
- Halbach, U. (2016). "Islamistischer und pan-islamistischer Einfluss auf bewaffneten Widerstand." *Russland-Analysen* 316:2-4.
- Halbach, U. und M. Isaeva. (2015). *Dagestan: Russlands schwierigste Teilrepublik. Politische und religiöse Entwicklung am „Berg der Sprachen“*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Helfferrich, C. (2009). *Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Holland, E.C. (2016). "Economic Development and Subsidies in the North Caucasus." *Problems of Post-communism* 63 (50-61).
- Huéro, A., A. Merlin, A. Regamey und E. Sieca-Kozłowski. (2014). *Chechnya at War and Beyond*. New York: Routledge.
- ICG Group. (2012a). "The North Caucasus: The Challenges of Integration (II), Islam, the Insurgency and Counter-insurgency." *Europe Report* 221: <https://d2071andvip0wj.cloudfront.net/221-the-north-caucasus-the-challenges-of-integration-ii-islam-the-insurgency-and-counter-insurgency.pdf>, abgerufen am 21.02.2017.
- ICG Group. (2012b). "The North Caucasus: The challenges of integration (I), ethnicity and conflict." *Europe Report* 220: <https://d2071andvip0wj.cloudfront.net/220-the-north-caucasus-the-challenges-of-integration-i-ethnicity-and-conflict.pdf>, abgerufen am 21.02.2017.
- ICG Group. (2013). "The North Caucasus: The Challenges of Integration (III), Governance, Elections, Rule of Law." *Europe Report* 226: <https://d2071andvip0wj.cloudfront.net/the-north-caucasus-the-challenges-of-integration-III-governance-elections-rule-of-law.pdf>, abgerufen am 21.02.2017.
- ICG Group. (2016). "The North Caucasus: Insurgency and Syria: An Exported Jihad?" *Europe Report* 238: <https://d2071andvip0wj.cloudfront.net/238-the-north-caucasus-insurgency-and-syria-an-exported-jihad.pdf>, abgerufen am 21.02.2017.
- International Labour Organization. (2017). "Unemployment rate." Abgerufen am 16.02.2017. http://www.ilo.org/ilostat-files/Documents/description_UR_EN.pdf.

- James Town Foundation. (2005). "Observers continue to question why Nalchik happened." *North Caucasus Weekly* 6 (40):<https://jamestown.org/program/observers-continue-to-question-why-nalchik-happened-2/>.
- Jüngling, K. (2017). "Die Geiselnahme von Beslan." *Dekoder*. Abgerufen am 29.04.2017. <http://www.dekoder.org/de/gnose/geiselnahme-beslan-tschetschenien-kriege-terror>.
- Kahl, M., P. Schneider und J. Schmid. (2011). "Strategien zur Bekämpfung von Terrorakteuren und Aufständischen." *Aus Politik und Zeitgeschichte* 61 (27):14-18.
- Kavkazkiy Uzel. (2007a). "FSB i MVD Rossii razoshlis v otsenkakh aktivnosti boevikov na Severnom Kavkaze." Abgerufen am 30.09.2017. <http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/109932/>.
- Kavkazkiy Uzel. (2007b). "UFSB: V Kabardino-Balkarii sokhranyaetsa ugroza terraktov." Abgerufen am 30.09.2017. <http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/109932/>.
- Kavkazkiy Uzel. (2007c). "Rezultaty amnistii v Kabardino-Balkarii stavyatsya pod somnenie. (Результаты амнистии в Кабардино-Балкарии ставятся под сомнение)." Abgerufen am 18.06.2018. <http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/107780/>.
- Kavkazkiy Uzel. (2009a). "Ubitikh v Kabardino-Balkarii sledovatelya i sudebnogo pristava pered smertyu pytali." Abgerufen am 22.06.2017. <http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/162359/>.
- Kavkazkiy Uzel. (2009b). "Severny Kavkaz – 2008: god neokonchennoy voyny." http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/north-caucasus-itogi_2008.
- Kavkazkiy Uzel. (2011a). "Minregionrazvitiya RF predlagaet vydelit na razvitie Severnogo Kavkaza okolo 4 trln rubley." Abgerufen am 16.02.2017. <http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/189707/>.
- Kavkazkiy Uzel. (2011b). "V Kabardino-Balkarii materi prosyat boevikov vernutsya domoy." Abgerufen am 04.03.2017. <http://m.kavkaz-uzel.eu/articles/190691/>.
- Kavkazkiy Uzel. (2011c). "Group of KBR residents calls society not to remain indifferent to situation in the region." Abgerufen am 04.03.2017. <http://www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/18678/>.
- Kavkazkiy Uzel. (2011d). "V Kabardino-Balkarii materi sozdali pravozashitnyuyu organizatsiyu." Abgerufen am 04.03.2017. <http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/199430/>.
- Kavkazkiy Uzel. (2012). "Mothers in Kabardino-Balkaria created a human rights organization." Abgerufen am 04.03.2017. <http://www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/19741/>.
- Kavkazkiy Uzel. (2014a). "Napadenie na Nalchik 13-14 Oktyabrya 2005 goda." Abgerufen am 16.10.2017. <http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/219748/>.
- Kavkazkiy Uzel. (2014b). "Zhitel zolskogo rayona Kabardino-Balkarii pogib v Sirii." Abgerufen am 02.10.2017. <http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/254595/>.
- Kavkazkiy Uzel. (2014c). "Zhitel Kabardino-Balkarii osuzhden po obvineniyu v uchastii v voyne v Sirii." Abgerufen am 02.10.2017. <http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/253030/>.
- Kavkazkiy Uzel. (2015a). "Siloviki zayavili ob ubistvie lidera yacheyki IGIL v Nalchike." Abgerufen am 26.05.2017. <http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/272253/>.
- Kavkazkiy Uzel. (2015b). "Ministrom po profilaktike ekstremizma v Kabardino-Balkarii stal Zelim Kashirokov." Abgerufen am 30.06.2017. <http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/266595/>.
- Kavkazkiy Uzel. (2016a). "Kabardino-Balkariya: Khronika vzryvov, obstrelov i teraktov." Abgerufen am 16.10.2016. <http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/172027/>.
- Kavkazkiy Uzel. (2016b). "Imarat Kavkaz." Abgerufen am 21.02.2017. <http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/158730/>.
- Kavkazkiy Uzel. (2016c). "Prokuratura naschitala v IG 170 zhiteley Kabardino-Balkarii." Abgerufen am 26.05.2017. <http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/294684/>.
- Kavkazkiy Uzel. (2016d). "Kommissiya po adaptatsii vstupilas za vernuvshegosya iz Sirii zhiteleya Kabardino-Balkarii." Abgerufen am 27.05.2017. <http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/290711/>.
- Kavkazkiy Uzel. (2016e). "Sovet Federatsii odobril antiterroristicheskiy ,paket Yarovoy'." Abgerufen am 22.06.2016. <http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/284948/>.
- Kavkazkiy Uzel. (2016f). "Kommissiya po adaptatsii v Kabardino-Balkarii vystupila v poderzhku Aslana Konova." Abgerufen am 10.10.2017. <http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/286667/>.
- Kavkazkiy Uzel. (2016g). "Vosmi byvshim boevikam v Kabardino-Balkarii v 2016 godu smygacheni prigovory." Abgerufen am 02.10.2017. <http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/295016/>.
- Kavkazkiy Uzel. (2016h). "UFSB soobshilo o gibeli v Sirii devjati urozhentsev Kabardino-Balkarii." Abgerufen am 02.10.2017. <http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/257060/>.
- Kavkazkiy Uzel. (2016i). "Ten residents of Kabardino-Balkaria accused of attempting to create caliphate." Abgerufen am 31.10.2017. <http://www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/36509/>.

- Kavkazkiy Uzel. (2016j). "Moskva bolee chem dvoe predlozhila snizit financirovanie gosprogramma razvitiya SKFO." Abgerufen am 01.11.2016. <http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/291317/>.
- Kavkazkiy Uzel. (2017a). "Statistika Zhertv na Severnom Kavkaze po Kagegoriyam za 7 let. Dannye ,Kazkazkogo Uzla'." Abgerufen am 19.05.2017. http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/statistika_jertv_2010_2015.html.
- Kavkazkiy Uzel. (2017b). "Defence claims prosecutors' negligent attitude to complaints about torture filed by defendants in Caliphate case ", Abgerufen am 28.10.2017. <http://www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/39205/>.
- Kavkazkiy Uzel. (2017c). "Vykhodtsy s Kavkaza v ryadakh IG (IGIL)." Abgerufen am 26.05.2017. http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/251513/#cont_2.
- Kemper, M. und S. Shikhaliev. (2016). "Islam and Political Violence in Post-Soviet Daghestan: Discursive Strategies of the Sufi Masters." *Princeton papers: interdisciplinary journal of Middle Eastern studies* 17:117-154.
- Khodzhaeva, E. (2016). "Der Islam in der Republik Tatarstan – ein Überblick." *Russland-Analysen* 316 (10-13).
- Koehler, J., A. Gunya und M. Alkhazurov. (2016). "Insurgency-informed governance in the North Caucasus: observations from Chechnya, Dagestan, and Kabardino-Balkaria." *Small Wars & Insurgencies* 27 (3):367-391.
- Kolosov, V.A., O.I. Vendina, A.A. Gritsenko, O.B. Glezer, A.N. Panin, A.B. Sebentsov und Zotova M.V. (2016). *Resultaty politiki postsovetskykh ekonomicheskikh i sotsialnykh reform na Severnoy Kavkaze*. Moskau: Institut Geografii RAN.
- Konaev, M. und F. Moghaddam. (2010). "Mutual Radicalization: Bush, Ahmadinejad and the 'Universal' Cycle of Out-group Threat—In-group Cohesion." In *Words of Conflict, Words of War. Santa Barbara*, hrsg. von F. Moghaddam und R. Harré, 155-171. CA: Praeger Press.
- Kosterina, I. . (2016). "Luchshee slovo, kotoroe opisyyaet proiskhodyashee na Severnom Kavkaze – eto 'shizofreniya'." Abgerufen am 28.10.2017. <http://www.the-village.ru/village/city/city-interview/248845-kavkaz>.
- KRSFKO. (2017c). "North Caucasus Federal District development government program." Abgerufen am 14.02.2017. <http://krskfo.ru/en/118>.
- KRSFKO. (2017a). "North Caucasus Federal District Social and Economic Development Strategy to 2025." Abgerufen am 14.02.2017. <http://krskfo.ru/44>.
- KRSFKO. (2017b). "Regional Strategies of the North Caucasus Federal District." Abgerufen am 13.02.2017. <http://krskfo.ru/en/45>.
- KRSFKO. (2017d). "Pasport podprogrammy 'Razvitie turistscheskogo klastera v Severo-Kavkazskom federalnom okruge, Krasnodarskom krae i Respublike Adygeya' (v red. Postanovleniya Pravitelstva RF ot 27.02.2016 N148)." Abgerufen am 14.02.2017. http://krskfo.ru/documents/10180/992709/pasport_razv_tur_klaster.pdf.
- KRSFKO. (2017e). "Protivodeystvie Korruptsii." Abgerufen am 18.04.2017. <http://krskfo.ru/140>.
- Kruse, J. . (2014). *Qualitative Interviewforschung. Ein integrativer Ansatz*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Legislationline. (2006). "Federal Law No. 35 FZ of March 6, 2006. On Counteraction of Terrorism." Abgerufen am 28.02.2017. <http://www.legislationline.org/documents/action/popup/id/4365>.
- Luhn, A. (2016). "Russia passes 'Big Brother' anti terror laws." *The Guardian*. Abgerufen am 22.06.2017. <https://www.theguardian.com/world/2016/jun/26/russia-passes-big-brother-anti-terror-laws>.
- Lützing, S. (2010). *Die Sicht der Anderen - Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen*. Köln: Luchterhand.
- Malthaner, S. (2011). *Mobilizing the Faithful. Militant Islamist Groups and their consituencies*. Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Malthaner, S. und K. Hummel. (2012). "Islamistischer Terror und salafistische Milieus: Die Sauerlandgruppe und ihr soziales Umfeld." In *Radikale Milieus. Das Umfeld terroristischer Gruppen*, hrsg. von S. Malthaner und P. Waldmann, 247-278. Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Malthaner, S. und P. Waldmann. (2012). *Radikale Milieus. Das soziale Umfeld terroristischer Gruppen*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

- Maryanova, A. (2009a). „Shura‘ obezglavila.” *Gazeta.ru*. Abgerufen am 22.06.2017.
<https://www.gazeta.ru/social/2009/11/24/3290447.shtml>.
- Mayring, P. (2007). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Meuser, M. und U. Nagel. (2005). „ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion.” In *Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung*, hrsg. von A. Bogner, B. Littig und W. Menz, 71-94. Wiesbaden: VS Verlag.
- Meyer, T. (1989). *Fundamentalismus. Aufstand gegen die Moderne*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Minkavkaz. (2013). „Postanovlenie Pravitelstva RF ot 26.12.2013 N 1297 (red. Ot 14.03.2015) ,O federalnoy tselevoy programme Yug Rossii (2014-2020 gody)‘.” Abgerufen am 19.02.2017.
http://www.minkavkaz.gov.ru/upload/iblock/bc3/postanovlenie_oravitelstva_rf_26122013_1297.pdf.
- Minkavkaz. (2014). „Postanovlenie Pravitelstvo Rossiskoy Federacii ot 15.04.2014 N 309 (red. Ot 27.02.2016) Ob utverzhdenii gosudarstvennoy programmy Rossiskoy Federacii ‘Razvitie Severo-Kavkazskogo federalnogo okruga’ na period do 2025 goda.” Abgerufen am 13.02.2017.
http://www.minkavkaz.gov.ru/upload/iblock/780/postanovlenie-pravitelstva-rf-ot-15-04-2014_-309-ob-utverzhdenii-gosprogrammy-skfo.pdf.
- Minkavkaz. (2017). „O Ministerstve.” Abgerufen am 13.02.2017.
<http://www.minkavkaz.gov.ru/ministry/about/>.
- Moghadam, V. (2009). *Globalization and Social Movements. Islamism, Feminism, and Global Justice Movement*. Plymouth: Rowman & Littlefield Publishers.
- MVD KBR. (2017a). „Obshchestvenny Sovet.” Abgerufen am 07.03.2017.
https://07.mvd.mpf/mvd/Obshchestvennij_Sovet.
- MVD KBR. (2017b). „Tsentr po protivodeystviyu ekstremizmu MVD po KBR informiruet.” Abgerufen am 29.05.2017. <https://07.xn--b1aew.xn--p1ai/mvd/structure/cpe>.
- NAK. (2010). „Herald of the National Antiterrorism Committee.” Book Journal Publishers Granitsa of the Russian Federal Security Service, Abgerufen am 10.02.2017.
http://en.nac.gov.ru/sites/default/files/nak_herald_2010.pdf.
- NAK. (2014). „Vestnik natsionalnogo antiterroristicheskogo komiteta.” Abgerufen am 06.03.2017.
http://nac.gov.ru/sites/default/files/vestnik_nak_2014_1_10.pdf.
- NAK. (2016). „Konferenciya protiv ekstremizma i terrorizma proshla v KBGAU.” Abgerufen am 28.10.2017. <http://nac.gov.ru/konferencii-i-kruglye-stoly/konferenciya-protiv-ekstremizma-i-terrorizma-proshla.html>.
- NAK. (2017a). „Natsionalny Antiterroristicheskyy Komitet.” Abgerufen am 28.02.2017.
<http://nac.gov.ru/>.
- NAK. (2017b). „Federal Law No. 35 FZ of 6 March 2006 on Counteraction against Terrorism.” Abgerufen am 28.02.2017. <http://en.nac.gov.ru/federal-law-no-35-fz-6-march-2006-counteraction-against-terrorism.html>.
- NAK. (2017c). „Konferencii i kruglye stoly.” Abgerufen am 30.05.2017. <http://nac.gov.ru/konferencii-i-kruglye-stoly@page=2.html>.
- NCRC. (2017a). „Company.” Abgerufen am 16.02.2017. <http://www.ncrc.ru/en/company/>.
- NCRC. (2017b). „Elbrus ATRC.” Abgerufen am 19.02.2017.
<http://www.ncrc.ru/en/investproekty/vtrk-elbrus/>.
- North, D. (1991). „Institutions.” *Journal of Economic Perspectives* 5 (1):97-112.
- Parlament KBR. (2009). „Postanovlenie ot 31. Oktyabrya 2009 g. N 177-P-P. O polozhenii o molodozhnoy palate pri parlamente Kabardino-Balkarskoy Respubliki. (v red. Postanovleniy Parlamenta KBR ot 22.12. 2011 N-1008-P-P, ot 29.03.2012 N 1083-P-P, ot 10.06.2014 N-1996 P-P).” Abgerufen am 09.03.2017.
http://parlament.kbr.ru/index.php?Page=page_438&cz=76.
- Perovic, J. (2015). *Der Nordkaukasus unter russischer Herrschaft. Geschichte einer Vielvölkerregion zwischen Rebellion und Anpassung*. Weimar: Böhlau Verlag.
- Pisoiu, D. (2013). „Theoretische Ansätze zur Erklärung individueller Radikalisierungsprozesse: eine kritische Beurteilung und Überblick der Kontroversen.” *Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur* 1.
- Pravitelstvo KBR. (2014). „Polozhenie ob upravlenii po vzaimodeystviyu s institutami grazhdanskogo obshestva i delam natsionalnostey Kabardino-Balkarskoy Respubliki.” Abgerufen am

- 31.10.2017.
http://pravitelstvo.kbr.ru/oigv/uvigodn/ob_upravlenii/polozhenie_ob_upravlenii.php.
- Ratelle, J.F. (2014). "The North Caucasus Insurgency. Understanding the Chechen rebels in the context of the Caucasus Emirate." In *Chechnya at War and Beyond*, hrsg. von A. Huéro, A. Merlin, A. Regamey und E. Sieca-Kozłowski, 176-198. New York: Routledge.
- Ratelle, J.F. und S. Zhemukov. (2011). "The Kabardino-Balkaria Insurgency." *Ponars Eurasia Policy Memo* 156:http://www.ponarseurasia.org/sites/default/files/policy-memos-pdf/pepm_156.pdf.
- Röhrich, W. (2015). *Die Politisierung des Islam. Islamismus und Dschihadismus*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Rosstat. (2015). "Regiony Rossii. Osnovnye kharakteristiki subektov Rossiyskoy Federacii." Abgerufen am 16.02.2017. http://www.gks.ru/bgd/regl/B15_14s/Main.htm.
- Rosstat. (2016). "Kabardino-Balkarskaya Respublika. Regiony Rossii. Osnovnye kharakteristiki subektov Rossiyskoy Federacii." Abgerufen am 16.02.2017. http://www.gks.ru/free_doc/doc_2016/region/reg_sub16.pdf.
- Rosstat. (2017). "Doklad ,Sotsialno-ekonomicheskoe polozhenie Rossii'." Abgerufen am 16.02.2017. http://www.gks.ru/bgd/regl/B15_14s/Main.htm.
- Rubin, H. und I. Rubin. (2012). *Qualitative Interviewing. The Art of Hearing Data* London: Sage.
- Sageman, M. (2004). *Understanding Terror Networks*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Schaefer, R.W. (2011). *The Insurgency in Chechnya and the North Caucasus. From Gazavat to Jihad*. Denver: Praeger.
- Schmid, A. (2013). "Radicalization, De-Radicalization, Counter-Radicalization: A Conceptual Discussion and Literature Review. ICCT Research Paper." Abgerufen am 20.01.2017. <https://www.icct.nl/download/file/ICCT-Schmid-Radicalisation-De-Radicalisation-Counter-Radicalisation-March-2013.pdf>.
- Schmidinger, T. und M. Al-Hassan Diaw. (2015). *Jihadismus. Ideologie, Prävention und Deradikalisierung*. Wien: Mandelbaum Verlag.
- Schulzke, M. (2011). "Creating an Enemy: Social Militarization in the War on Terror." *Canadian Political Science Review* 5 (2):157-164.
- Shogenov, M. (2011). "Ot religioznoy identichnosti k religioznomu ekstremizmu v Kabardino-Balkarii: identifikatsiya i analiz konfliktnoy poley." In *Ot ponimaniya lokalnykh konfliktov k ispolzovaniyu shansov razvitiya*, Vypusk 1, hrsg. von J. Koehler, A. Gunya und M. Shogenov, 105-125. Berlin, Nalchik: Free University Berlin, Kabardino-Balkarian State University.
- Shterin, M. und A. Yarlykapov. (2011). "Reconsidering Radicalisation and Terrorism: the New Muslims Movement in Kabardino-Balkaria and its Path to Violence." *Religion, State & Society* 39 (2/3):303-325.
- Silke, A. und J. Schmidt-Petersen. (2015). "The Golden Age? What the 100 Most Cited Articles in Terrorism Studies Tell Us." *Terrorism and Political Violence*:1-21.
- SKFO. (2017). "Forum ,Mashuk'." Abgerufen am 07.03.2017. <http://www.skfo.gov.ru/projects/P1/>.
- Snetkov, A. (2011). "Analyse: Terrorismus in Russland: von der existenziellen Bedrohung zum Sicherheitsrisiko und einer konzeptionellen Sackgasse". Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Abgerufen am 02.02.2017. <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/48279/analyse-terrorismus-in-russland-von-der-existenziellen-bedrohung-zum-sicherheitsrisiko-und-einer-konzeptionellen-sackgasse?p=all>.
- Snetkov, A. (2015). *Russia's Security Policy under Putin. A critical perspective*. New York: Routledge.
- Soufan Group. (2015). "Foreign Fighters. An Updated Assessment of the Flow of Foreign Fighters into Syria and Iraq." Abgerufen am 26.05.2017. http://soufangroup.com/wp-content/uploads/2015/12/TSG_ForeignFightersUpdate1.pdf.
- Steinberg, Guido. (2014). "Eine tschetschenische Al-Qaida?" *SWP Aktuell. Stiftung Wissenschaft und Politik*.
- Stekelenburg, van, J. und B. Klandermans. (2010). "Radicalization." In *Identity and Participation in Culturally Diverse Societies*, hrsg. von A.E. Azzi, X. Chrysoschoou, B. Klandermans und B. Simon, 181-194. Oxford: Wiley Blackwell.
- Toft, M. und Y. Zhukov. (2015). "Islamists and Nationalists: Rebel Motivation and Counterinsurgency in Russia's North Caucasus." *American Political Science Review* 109 (2).

- Trinquier, R. (2008). *La Guerre Moderne*. Heidelberg: Economica.
- Wiktorowicz, Q. (2004). *Islamic Activism: A Social Movement Theory Approach*. Bloomington: Indiana University Press.
- Wiktorowicz, Q. (2006). "Anatomy of the Salafi Movement." Abgerufen am 06.02.2015.
http://archives.cerium.ca/IMG/pdf/WIKTOROWICZ_2006_Anatomy_of_the_Salafi_Movement.pdf.
- Wilhelmsen, J. (2005). "Between a Rock and a Hard Place: Islamisation of the Chechen Separatist Movement." *Europe-Asia Studies* 57 (1):35-59.
- Willems, H. (1995). "Development, Patterns and Causes of Violence against Foreigners in Germany: Social and Biographical Characteristics of Perpetrators and the Process of Escalation." In *Terror from the extreme right*, hrsg. von T. Bjorgo, 162-181. London: Frank Cass.

9. Anhang

(Die Interviews sind im Sinne der Anonymisierung der RespondentInnen nicht öffentlich einsehbar.

Interessierte können sie auf Anfrage erhalten: lina.verschwele@gmx.de)

Auswertung der UV I: Sozioökonomische Stabilisierungsmaßnahmen

Definition:

Im Vordergrund dieser Variabel stehen staatliche Maßnahmen zur sozioökonomische Stabilisierung der Republik. Hierzu zählen insbesondere föderale Fördergelder, aber auch staatliche Grants, die in der Jugendarbeit vergeben werden, da letztere in der kabardino-balkarischen Politik einen besonderen Stellenwert einnimmt. In den Interviews werde ich gezielt auf die Perspektiven junger Menschen und die empfundene soziale Gerechtigkeit eingehen.

Quantifizierte

Indikatoren:

Arbeitslosigkeit, Einkommen, Bevölkerungsanteil unterhalb des Existenzminimums (vgl. Kapitel 6.1.)

Suchraster:

- | | |
|---|------------------------------|
| 10. Arbeitsabläufe | 39. Soziale Sicherheit |
| 11. Arbeitslosigkeit | 40. Staatliche Kontrolle |
| 12. Arbeitsmigration | 41. Staatsposten |
| 13. Aufstiegsmöglichkeiten | 42. Staatliche Unterstützung |
| 14. Armut | 43. Teilhabe |
| 15. Bildung | 44. UnternehmerInnen |
| 16. Branchen | 45. Veruntreuung |
| 17. Bürokratie | 46. Wohlstand |
| 18. Dienstleistung | 47. Zufriedenheit |
| 19. Effektivität | |
| 20. Effizienz | |
| 21. Einkommen | |
| 22. Erfolg | |
| 23. Grants | |
| 24. Kompetenz | |
| 25. Konkurrenz | |
| 26. Kooperation | |
| 27. Korruption | |
| 28. Krise | |
| 29. Nachhaltigkeit | |
| 30. Netzwerke | |
| 31. Industrie | |
| 32. Partner | |
| 33. Perspektiven | |
| 34. Reputation / gesellschaftliche Normen | |
| 35. Ressourcen | |
| 36. Selbstverwirklichung | |
| 37. Selbstständigkeit | |
| 38. Soziale Gerechtigkeit | |

Auswertung der UV II: Zwangsmaßnahmen

Definition:

Im Vordergrund dieser Variabel stehen gewaltsame staatliche Maßnahmen der Aufstandsbekämpfung, im Wesentlichen die Tötung vermeintlicher oder tatsächlicher Aufständischer, ihre Inhaftierung, aber auch illegale Methoden wie Folter.

Quantifizierte Indikatoren:

Anzahl der getöteten Kämpfer im Untersuchungszeitraum

Suchraster:

- Angriff
- Angst
- Anführer
- Ausnahmezustand
- Bedrohung
- Begräbnis
- De-/ Eskalation
- Effektivität
- Effizienz
- Folter
- Gefährderlisten
- Gewalt
- Gericht
- Gesetze
- Haft (-strafen)
- Innenministerium
- Justiz
- Kämpfer
- Konkurrenz
- KTO
- NAK
- OMON
- Ordnung
- Polizei
- Repression
- Reputation/ gesellschaftliche Normen
- Routine
- Schießerei
- Sicherheitskräfte
- Speznaz
- Staatliche Kontrolle
- Tote
- Tötung
- Verhör
- Verschwindenlassen
- Waffen
- Willkür

Auswertung der UV III: Dialogprogramme

Definition:

Die Variabel konzentriert sich auf diejenigen staatlichen Maßnahmen der Gewaltprävention, bei denen ein Austausch mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gesucht und ohne Zwang ausgeübt wird.

Suchraster:

- Aktivisten
- Arbeitsabläufe
- Aufklärung
- Ausgrenzung
- Austausch
- Bildung
- Bürokratie
- Deeskalation
- Dialog
- DUM KBR
- Effektivität
- Effizienz
- Feindschaft
- Freiwillige
- Freundschaft
- „Frieden deinem Haus“ (Organisation)
- „Hilf deinem Nächsten“ (Organisation)
- Ideologie
- Innenministerium
- Interkonfessionell
- Intrakonfessionell
- International
- Jugendorganisationen
- Kommission zur Adaption (eines friedlichen Lebens für ehemalige Kämpfer)
- Kompetenzen
- Konferenzen
- Kooperation
- Motivation
- „Mütter Kabardino-Balkariens“ (Organisation)
- Muslime
- Nachhaltigkeit
- Netzwerke
- Partner
- Prävention
- Propaganda
- Rhetorik
- Reichweite
- Reputation/ gesellschaftliche Normen
- Ressourcen
- Risikogruppen
- Runder Tisch
- Sicherheitsrat
- Staatliche Unterstützung
- Staatliche Kontrolle
- Teilhabe
- Toleranz
- Versöhnung
- Vorurteile
- Zivilgesellschaft

Auswertung der UV IV: Externalisierung

Definition:

Diese Variabel fokussiert sich auf die Duldung und Forcierung von Ausreisen jihadistischer Kämpfer Richtung Syrien durch russische Sicherheitskräfte.

Quantifizierte Indikatoren:

Ausreisen Richtung Türkei und Syrien im Untersuchungszeitraum

Suchraster:

- Ägypten
- Anwerber
- Ausreisen
- Bedrohung
- Camp
- Druck
- Effektivität
- Effizienz
- Europa
- FSB
- Gefährder
- Gewalt
- Gesetze
- Grenzen
- Irak
- IS/ ISIS
- Jihadistische Gruppen
- Kämpfer
- Kaukasus-Emirat
- Kontrolle
- Korridor
- Militär
- Olympiade
- Organisation
- Routen
- Schlepper
- Sochi
- Staatliche Unterstützung/ Maßnahmen
- Syrien
- Transfer
- Türkei

Leitfaden der UV I

1. Allgemeine Fragen:

- Wie würden Sie/ würdest du die wirtschaftliche Entwicklung KBRs in den letzten Jahren bewerten? Welche Tendenzen gibt es?
- Welche Etappen lassen sich ausmachen?
- Welche staatlichen Maßnahmen spielen für diese Entwicklung eine Rolle?
- Welche nichtstaatlichen Maßnahmen haben dies beeinflusst?
- Gibt es besondere Charakteristika der wirtschaftlichen/ sozialen Lage in Kabardino-Balkarien?
- Wie haben sich die Einkommen entwickelt?
- Wie sind sie verteilt?

2. Spezifische Fragen

zum GPR SKFO:

- Welche Folgen des Programmes sehen Sie/ siehst du für die soziale Entwicklung in KBR?
→ Welche Probleme und
→ welche Möglichkeiten entstehen dadurch?
- Welche Akteure und Institutionen sind wesentlich an der Verteilung der Gelder des GPR SKFO beteiligt?
→ Einbindung religiöser Akteure?
→ Organisation “Kurorty Severnogo Kavkaza”?
- In welcher Beziehung stehen sie zueinander?
→ Wo gibt es Spannungen?
- Kabardino-Balkarien ist ein Kerngebiet des touristischen Clusters. Was wurde hier bislang erreicht?
- 2016 soll die erste Etappe des Gosprogramma Razvitiya SKFO abgeschlossen werden. Welche sozialen Veränderungen haben die Maßnahmen in KBR bewirkt?
- Wie viel Prozent der Gelder werden für die eigentlichen Zwecke verwendet?

Zu den Perspektiven junger Berufstätiger:

- Welche Berufe sind besonders populär?
- Welche Karrierechancen bieten sich?
- Wie verläuft in der Regel ein Aufstieg in Ihrer/ deiner Branche?
- In welchen Branchen erhalten junge Menschen besonders hohe Gehälter?

Leitfaden UV II

Allgemeine personenbezogene Fragen zur Tätigkeit:

- Was macht Ihre/ deine Organisation?
- Was sind ihre Ziele?
- Wie sind Sie/bist du dorthin gekommen? Was ist Ihre/deine persönliche Motivation dabei?
- Wer sind die wichtigsten Partner der Organisation? [besonders Verhältnis zum Staat erfragen]

- Welche Entwicklungen haben die Arbeit der Organisation in den letzten Jahren geprägt?
- Wie läuft die Arbeit konkret? Welche Projekte sind besonders erfolgreich? Und wo sehen Sie/ siehst du Probleme?
- Wie finanziert sich die Arbeit?
- Warum glauben Sie/ glaubst du, fördert [Träger] diese Arbeit?

Allgemeine Fragen zur Sicherheit und Gewalt in KBR:

- In den letzten Jahren hat sich die Lage in der Republik deutlich beruhigt. Welche Ursachen sehen Sie/ siehst du für diese Stabilisierung?
- Wer sind bzw. waren die entscheidenden Konfliktparteien?
- Wie hat sich ihre Lage und ihr Einfluss verändert?
- Zuletzt gab es Diskussionen um [hier jeweils entsprechendes aktuelles Problem einfügen] Was müsste passieren, um die Lage zu verbessern? Wen sehen Sie/ siehst du hier in der Verantwortung?

Allgemeine Fragen zur Bekämpfung der Gewalt:

- Was hat der Staat zur aktuellen Situation in KBR beigetragen?
- [Bei paternalistischen Gesprächspartnern:] Ich habe gehört, dass vor [Zeitraum anpassen] ein Verdächtiger bei einer KTO in Baksan erschossen wurde. Kommt das häufig vor?
- [Bei offenen Gesprächspartnern:] Wie schätzen Sie/ schätzt du die Auswirkungen von [KTO/ Gefährderlisten/ Gerichtsprozessen/ Folter] ein?

Leitfaden UV III

Allgemeine personenbezogene Fragen zur Tätigkeit:

- Was macht Ihre/ deine Organisation?
- Was sind ihre Ziele?
- Wie sind Sie/bist du dorthin gekommen? Was ist Ihre/deine persönliche Motivation dabei?
- Wer sind die wichtigsten Partner der Organisation? [besonders Verhältnis zum Staat erfragen]
- Welche Entwicklungen haben die Arbeit der Organisation in den letzten Jahren geprägt?
- Wie läuft die Arbeit konkret? Welche Projekte sind besonders erfolgreich? Und wo sehen Sie/ siehst du Probleme?
- Wie finanziert sich die Arbeit?
- Warum glauben Sie/ glaubst du, fördert [Träger] diese Arbeit?
- Welche Erfahrungen haben Sie/ hast du mit den größten Veranstaltungen der Region, zum Beispiel dem Mashuk?

Allgemeine Fragen zur Beziehung verschiedener Gesellschaftsgruppen in KBR:

- Wie würden Sie das Verhältnis zwischen [unterschiedlichen Generationen/ Staat und DUM KBR/ Staat und jungen Studierenden/ DUM KBR und Gläubigen] beschreiben?
- Zuletzt gab es Diskussionen um [hier jeweils aktuelles Problem einfügen] Was müsste passieren, um die Lage zu verbessern? Wen sehen Sie/ siehst du hier in der Verantwortung?
- Mit wem macht ein Dialog in dieser Hinsicht Sinn?

Allgemeine Fragen zur Jugend:

- Sie arbeiten/ du arbeitest ja vor allem mit jungen Menschen. Wie haben sich deren Bedürfnisse und Wünsche in den letzten Jahren verändert?
- Welche Veranstaltungen für junge Menschen finden Sie/ findest du besonders wichtig?
- Welche Organisationen in diesem Bereich sind besonders bekannt?
- Was ist ein typisches Problem für junge Menschen in der Region?

Leitfaden UV IV

Allgemeine personenbezogene Fragen zur Tätigkeit [ggf. zu Beginn]:

- Was macht Ihre/ deine Organisation?
- Was sind ihre Ziele?
- Wie sind Sie/bist du dorthin gekommen? Was ist Ihre/deine persönliche Motivation dabei?
- Wie läuft die Arbeit konkret? Welche Projekte sind besonders erfolgreich? Und wo sehen Sie/ siehst du Probleme?

Allgemeine Fragen zur Sicherheit und Gewalt in KBR:

- Wie würden Sie/ würdest du die Entwicklung der Republik in Bezug auf die Gewalt beschreiben?
- Welche Ursachen sehen Sie/ siehst du für diese Veränderungen – insbesondere mit Blick auf staatliche Maßnahmen?
- Wer sind bzw. waren die entscheidenden Parteien in den [genannten/ früheren] Konflikten?
- Wie hat sich ihre Lage und ihr Einfluss verändert? [bei offenen GesprächspartnerInnen – direkt auf Kaukasus-Emirat eingehen, Eingliederung in IS aufgreifen]

Allgemeine Fragen zum Umgang mit jihadistisch motivierten Ausreisen:

- Neulich war ich auf einer Aufklärungsveranstaltung in der Universität. Da wurde unter anderem ein Propagandavideo des IS gezeigt und vor der Organisation gewarnt. Was denken Sie/ denkst du, wer ist für solche Propaganda anfällig und wie funktioniert sie?
- Verschiedene russische Experten haben immer wieder vor Rückkehrern aus Syrien und dem Irak gewarnt. Wie sollte der Staat mit denen umgehen?
- Was ist in dieser Hinsicht bereits passiert?
- Wie viele Ausreisen gab es aus KBR?

[Bei offenen Gesprächspartnern:]

- Verschiedene ExpertInnen argumentieren, besonders vor Sochi hätten Sicherheitskräfte die Ausreisen geduldet oder sogar forciert. Wie schätzen Sie das ein?
- Können Sie konkrete Beispiele nennen für das, was damals passiert ist?
- Welchen Einfluss hatten diese Ausreisen auf den Rückgang der Gewalt?

